ZAHLEN · DATEN · FAKTEN

TLS
Thüringer Landesamt
für Statistik

Statistisches Monatsheft Thüringen

MAI 2024

- THÜRINGEN 2042: Ergebnisse der Vorausberechnung der Krankenhausfälle
- Redebeitrag Herr Huber: Statistik und Grundgesetz

IMPRESSUM

Herausgeber:
Thüringer Landesamt für Statistik
Europaplatz 3, 99091 Erfurt
Postfach 90 01 63, 99104 Erfurt
Telefon: +49 361 57331-9642
Telefax: +49 361 57331-9699
E-Mail: auskunft@statistik.thueringen.de
Internet: www.statistik.thueringen.de

Schriftleitung:
Dr. Holger Poppenhäger

Auskunft erteilt:
Referat: Präsidialbereich – Grundsatzfragen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Forschungsdatenzentrum
Babette Lauenstein
Telefon: +49 361 57331-9110
Telefax: +49 361 57331-9697
E-Mail: Babette.Lauenstein@statistik.thueringen.de

Herausgegeben im Juli 2024
Satz und Druck:
Thüringer Landesamt für Statistik
Bestell-Nr.: 40301
ISSN 0948-5449
Heft-Nr.: 71/24
Jahrgang: 31
Preis: 5,00 Euro

Titelfoto: © ungnguyen0905 – pixabay.com
© Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt 2024
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet

Zeichenerklärung:

–	nichts vorhanden (genau Null)
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
x	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
p	vorläufige Zahl
r	berichtigte Zahl
/	Zahlenwert nicht sicher genug
( )	Aussagewert eingeschränkt

Anmerkung: Abweichungen in den Summen, auch im Vergleich zu anderen Veröffentlichungen, erklären sich aus dem Runden von Einzelwerten.

MAI 2024

3 INHALT

5 AN EINEM TAG IN THÜRINGEN

6 NEUES

6 Zum Muttertag: Knapp 13 Tausend lebendgeborene Kinder 2023 in Thüringen

6 Zum Internationalen Tag der Pflege am 12. Mai: 2042 voraussichtlich 11 Prozent der Thüringer Bevölkerung pflegebedürftig

6 Zum Vatertag am 9. Mai 2024: Mehr Väter mit minderjährigen Kindern im Haushalt

6 Ausländerzentralregister: Zahl der ausländischen Personen in Thüringen 2023 um 9,1 Prozent gestiegen

6 Zum Tag der Arbeit am 1. Mai 2024: Weniger Wochenend- und Schichtarbeit als vor 10 Jahren

7 1605 Einbürgerungen in Thüringen im Jahr 2023

7 3145 Ehescheidungen im Jahr 2023 in Thüringen

7 Agrarstrukturerhebung 2023: Beschäftigungsrückgang in der Thüringer Landwirtschaft

7 Agrarstrukturerhebung 2023: Betriebsstruktur in der Thüringer Landwirtschaft nahezu unverändert

7 Agrarstrukturerhebung 2023: Weiter steigende Pachtpreise, rückläufiger Pachtflächenanteil

7 Agrarstrukturerhebung 2023: 13 Prozent der Thüringer Landwirtschaftsbetriebe wirtschafteten nach den Kriterien des ökologischen Landbaus

8 Holz- und Schadholzeinschlag in Thüringens Wäldern erneut gestiegen

8 Energieaufkommen in Thüringen – Ergebnisse aus der Thüringer Energiebilanz 2021

8 Zahl der Studierenden mit Deutschlandstipendium an Thüringer Hochschulen steigt auf 781 im Jahr 2023

8 Rund 144000 Studierende im Wintersemester 2023/24 in Thüringen

8 Kaum Zuwachs im Thüringer Gesundheitspersonal 2022

8 Finanzen der Thüringer Kommunen 2023

8 23. April 2024 – Tag des Bieres

9 Inflationsrate in Thüringen im März 2,0 Prozent

9 Zum Männertag am 9. Mai 2024: Thüringer werden durchschnittlich mit 34,8 Jahren Vater

9 Das Thüringer Landesamt für Statistik präsentierte sich beim Europafest 2024 in Gera

9 Rückblick auf Symposium zum Bundesstatistikgesetz am 25. Januar 2024 in Erfurt

10 IM FOKUS

13 TROCKENE ZAHL

14 THÜRINGEN AKTUELL

28 SCHADENSUHR

30 AUFSATZ

Dr. S. Knabe& M. Mascher:
„THÜRINGEN 2042: Ergebnisse der Vorausberechnung der Krankenhausfälle“

39 HANDWERK

40 KARTE DES MONATS

41 TROCKENE ZAHL

42 GASTBEITRAG

Prof. Dr. Peter M. Huber, LMU München:
„Statistik und Grundgesetz“

54 THÜRINGEN 2042

56 GRAFIKEN

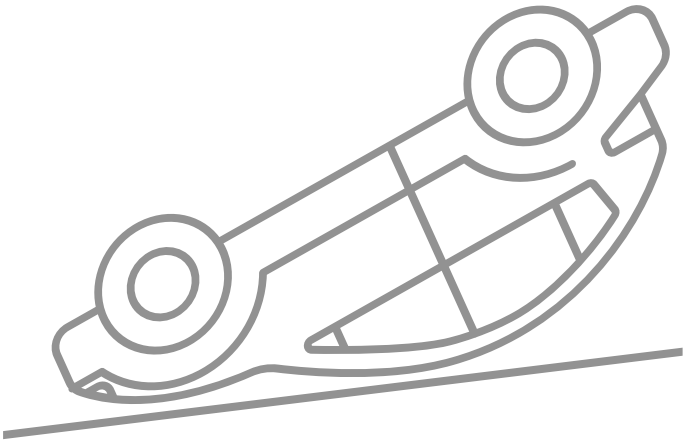
62 TROCKENE ZAHL

63 WIRTSCHATFSINDIKATOREN

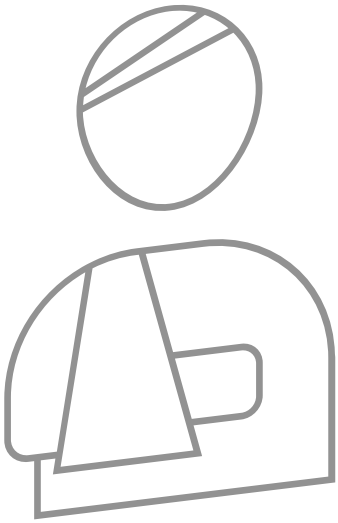
66 ZAHLENSPIEGEL

AN EINEM TAG IN THÜRINGEN

VERKEHR



138
erfasste Unfälle



20
Verunglückte

Die Daten beziehen sich auf das Jahr 2023.

Pressemitteilungen aus der Statistik

Anbei finden Sie eine kleine Auswahl von Ausschnitten aus den Pressemitteilungen des Thüringer Landesamtes für Statistik.
Die vollständige Pressemitteilung ist in der Druckversion über den QR-Code oder in der papierlosen Version über den Link im QR-Code abrufbar.

096/2024

Zum Muttertag: Knapp 13 Tausend lebendgeborene Kinder 2023 in Thüringen

Jährlich am 2. Sonntag im Mai ist internationaler Muttertag, ein Tag, an dem Mütter und die Mutterschaft im Allgemeinen gefeiert werden. Anlässlich des diesjährigen Muttertages am 12. Mai wird mitgeteilt, dass im Jahr 2023 insgesamt 12952 lebendgeborene Kinder in Thüringen das Licht der Welt erblickten. Die Anzahl der Lebendgeborenen sank gegenüber dem Vorjahr um 8,3 Prozent. Nach dem Jahr 1994 mit 12721 Lebendgeborenen war dies die zweitniedrigste Anzahl an Lebendgeborenen seit der Wiedervereinigung.

095/2024

Zum Internationalen Tag der Pflege am 12. Mai: 2042 voraussichtlich 11 Prozent der Thüringer Bevölkerung pflegebedürftig

Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt in Thüringen bis 2042 auf 211 Tausend Personen bzw. um 27,0 Prozent gegenüber 2021, als es noch 166 Tausend Pflegebedürftige gab. Damit werden nach der Vorausberechnung in 20 Jahren voraussichtlich 11 Prozent der Bevölkerung Thüringens pflegebedürftig sein – mehr als die Hälfte davon Frauen (60,1 Prozent). Diese und weitere Daten und Hintergrundinformationen können dem Aufsatz zur Pflegevorausberechnung 2042 im Statistischen Monatsheft März 2024 des Thüringer Landesamtes für Statistik entnommen werden.

092/2024

Zum Vatertag am 9. Mai 2024: Mehr Väter mit minderjährigen Kindern im Haushalt

In Deutschland ist es Tradition, am gesetzlichen Feiertag Christi Himmelfahrt auch die Väter bzw. Männer zu ehren. Nach vorläufigen Ergebnissen des Mikrozensus 2023 wird mitgeteilt, dass sich an diesem Tag 891 Tausend Thüringer Männer (ab 15 Jahren) feiern lassen können. Darunter waren 168 Tausend Väter mit minderjährigen Kindern[1)] im Haushalt und damit 18 Tausend bzw. 11,7 Prozent mehr als noch 10 Jahre zuvor.

085/2024

Ausländerzentralregister: Zahl der ausländischen Personen in Thüringen 2023 um 9,1 Prozent gestiegen

Nach einer Auswertung des Ausländerzentralregisters (AZR)[2)] lebten am 31. Dezember 2023 in Thüringen 180850 ausländische Personen. Das waren 15010 Personen bzw. 9,1 Prozent mehr als am Ende des Jahres 2022. Im Vorjahr lag dieser Wert noch bei 31,3 Prozent (+39570 Personen).

081/2024

Zum Tag der Arbeit am 1. Mai 2024: Weniger Wochenend- und Schichtarbeit als vor 10 Jahren

Anlässlich des Tags der Arbeit wird mitteilt, dass es in Thüringen nach vorläufigen Ergebnissen des Mikrozensus im Jahr 2023 rund 1019 Tausend Erwerbstätige gab. Jeder 5. von ihnen (21,1 Prozent) arbeitete sonn- und/oder feiertags. Das sind 6,5 Prozentpunkte weniger als 10 Jahre zuvor. Im Jahr 2013 arbeiteten 27,6 Prozent der 1071 Tausend Erwerbstätigen auch außerhalb der regulären Werktage. Dabei war das Geschlechterverhältnis 2023 sehr ausgewogen, während im Jahr 2013 mehr männliche (29,0 Prozent) als weibliche (26,1 Prozent) Erwerbstätige sonn- und/oder feiertags

1) Als Kinder gelten im Mikrozensus Personen ohne Lebenspartner bzw. -partnerin und ohne eigene Kinder im Haushalt, die mit mindestens einem Elternteil in einer Familie zusammenleben. Dazu zählen – neben leiblichen Kindern – auch Stief-, Adoptiv- und Pflegekinder, sofern die zuvor genannten Voraussetzungen vorliegen. Eine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind besteht prinzipiell nicht.

2) Das Ausländerzentralregister (AZR) wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geführt (Registerbehörde). Es unterstützt durch die Speicherung und Übermittlung der Daten von ausländischen Personen die mit der Durchführung ausländer- oder asylrechtlicher Vorschriften betrauten Behörden und andere öffentliche Stellen. Rechtsgrundlage der statistischen Auswertung des Registers ist § 23 des Gesetzes über das Ausländerzentralregister (AZR-Gesetz).

arbeiteten.

079/2024

1605 Einbürgerungen in Thüringen im Jahr 2023

Im Verlauf des Jahres 2023 erlangten in Thüringen 1605 ausländische Personen (945 Männer und 660 Frauen) durch Einbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit. Dies ist der höchste Wert seit dem Jahr 2000. Gegenüber dem Vorjahr, in welchem 1360 Einbürgerungen registriert wurden, stellt dies eine Steigerung um 245 Einbürgerungen bzw. 18,3 Prozent dar. Der Anstieg bei den Einbürgerungen geht vor allem auf die weiter gestiegene Zahl von Einbürgerungen syrischer Staatsangehöriger zurück.

071/2024

3145 Ehescheidungen im Jahr 2023 in Thüringen

Im Jahr 2023 haben die Gerichte in Thüringen 3145 Ehen geschieden. Das waren 192 Scheidungen bzw. 5,8 Prozent weniger als im Jahr 2022 und 2413 Scheidungen bzw. 43,4 Prozent weniger als 2003 – dem Jahr mit den meisten Ehelösungen in Thüringen seit der Wiedervereinigung. Die Anzahl der geschiedenen Ehen in Relation zur Bevölkerung lag 2023 bei 1,5 Scheidungen je 1000 Einwohner[3)] und damit 36,6 Prozent unter dem Wert des Jahres 2003 (2,3 Scheidungen je 1000 Einwohner).

086/2024

Agrarstrukturerhebung 2023: Beschäftigungsrückgang in der Thüringer Landwirtschaft

Laut den Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung 2023 waren in den 3590 landwirtschaftlichen Betrieben Thüringens 18200 Personen beschäftigt. 3800 Familienarbeitskräfte, 11400 ständige Arbeitskräfte und 3000 Personen waren mit einem auf weniger als 6 Monate befristeten Arbeitsvertrag zur Überwindung zeitweiliger Arbeitsspitzen als Saisonarbeitskräfte angestellt.

082/2024

Agrarstrukturerhebung 2023: Betriebsstruktur in der Thüringer Landwirtschaft nahezu unverändert

Laut den Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung 2023 gab es in Thüringen 3590 landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von 772300 Hektar. Gegenüber der Landwirtschaftszählung im Jahr 2020, in der 3708 Betriebe mit einer Fläche von 774830 Hektar festgestellt wurden, bedeutet dies einen Rückgang um 3 Prozent bei der Betriebszahl und um weniger als 1 Prozent bei der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Die durchschnittliche Betriebsgröße stieg innerhalb von 3 Jahren von 209 auf 215 Hektar.

078/2024

Agrarstrukturerhebung 2023: Weiter steigende Pachtpreise, rückläufiger Pachtflächenanteil

Laut den Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung 2023 gab es in Thüringen 3590 landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von 772300 Hektar. 576400 Hektar bzw. 75 Prozent dieser Flächen waren Pachtland. Insgesamt bewirtschafteten 2630 bzw. knapp drei Viertel der landwirtschaftlichen Betriebe Thüringens fremden Grund und Boden, darunter 670 Betriebe bzw. knapp 19 Prozent ausschließlich gepachtete Flächen.

076/2024

Agrarstrukturerhebung 2023: 13 Prozent der Thüringer Landwirtschaftsbetriebe wirtschafteten nach den Kriterien des ökologischen Landbaus

Laut den Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung 2023 bewirtschafteten 3590 Thüringer Betriebe eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von 772300 Hektar. Es wirtschafteten 450 bzw. 13 Prozent dieser Betriebe nach den Kriterien des ökologischen Landbaus und unterlagen dem Kontrollverfahren entsprechend der Verordnung (EU) Nr. 2018/848 für die Bodenbewirtschaftung und Tierhaltung.

3) Berechnet mit der Stichtagsbevölkerung 30.06.2023 auf Basis des Zensus 2011

NEUES

072/2024

Holz- und Schadholzeinschlag in Thüringens Wäldern erneut gestiegen

Im vergangenen Jahr wurden in Thüringen 6,8 Millionen Kubikmeter Holz eingeschlagen. Das war gegenüber dem Vorjahr knapp ein Drittel (+1,7 Millionen Kubikmeter bzw. +32 Prozent) mehr Holz. Das langjährige Mittel der Jahre 2017/2022 wurde um knapp zwei Drittel (+64 Prozent) übertroffen. Ein Großteil (86 Prozent) des gesamten Holzeinschlages resultierte aus der Bergung von geschädigtem Holz.

077/2024

Energieaufkommen in Thüringen – Ergebnisse aus der Thüringer Energiebilanz 2021

Die Thüringer Energiebilanz basiert auf Ergebnissen der amtlichen Statistik sowie Datenlieferungen von Verbänden und anderen Institutionen der Energiewirtschaft. Darin werden das Aufkommen, die Umwandlung und der Verbrauch von Energieträgern im Land nachgewiesen. Der Primärenergieverbrauch[4] belief sich 2021 nach endgültigen Angaben auf ein Volumen von 235 Tausend Terajoule. Gegenüber dem Vorjahr 2020 entsprach dies einer Erhöhung um 2,9 Prozent. Für Deutschland wurde ein Zuwachs des Primärenergieverbrauchs von 4,7 Prozent für 2021 berechnet[5].

087/2024

Zahl der Studierenden mit Deutschlandstipendium an Thüringer Hochschulen steigt auf 781 im Jahr 2023

Im Jahr 2023 erhielten 781 Studierende in Thüringen ein Deutschlandstipendium nach dem Stipendienprogramm-Gesetz. Die Zahl der Stipendiatinnen und Stipendiaten stieg im Vergleich zum Jahr 2022 um 92 Studierende bzw. 13,4 Prozent. Damit verzeichneten die beteiligten Thüringer Hochschulen zum 4. Mal in Folge einen neuen Höchstwert. Mit 529 geförderten Studentinnen lag der Frauenanteil bei 67,7 Prozent (Vorjahr: 64,0 Prozent).

074/2024

Rund 144000 Studierende im Wintersemester 2023/24 in Thüringen

Im Wintersemester 2023/24 waren nach vorläufigen Ergebnissen 144391 Studierende (Vorjahr[6]: 135974 Studierende) an einer Hochschule in Thüringen eingeschrieben, darunter 60,4 Prozent Frauen. Damit stieg die Zahl der Studierenden weiter an (+6,2 Prozent), wobei der Anstieg erneut überwiegend auf den Zuwachs an Studierenden an der IU Internationale Hochschule in Erfurt zurückzuführen ist.

084/2024

Kaum Zuwachs im Thüringer Gesundheitspersonal 2022

Zum Jahresende 2022 waren im Gesundheitswesen Thüringens 148400 Beschäftigte tätig. Damit stieg die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr unwesentlich (+0,1 Prozent). Auch das Gesundheitswesen in Deutschland verzeichnete eine im Vergleich zu den Vorjahren geringe Zunahme von 0,6 Prozent auf 6048000 Beschäftigte. Der Anteil weiblicher Beschäftigter im Gesundheitswesen Thüringens wie auch in Deutschland ist dagegen leicht rückläufig (Thüringen: −0,4 Prozent; Deutschland: −0,2 Prozent).

093/2024

Finanzen der Thüringer Kommunen 2023

Die Thüringer Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise hatten bis zum 31.12.2023 Ausgaben in Höhe von 7,38 Milliarden Euro. Das waren 599,9 Millionen Euro bzw. 8,8 Prozent mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

075/2024

23. April 2024 – Tag des Bieres

Um den Bierdurst im Freistaat sowie in anderen deutschen Regionen und im Ausland zu stillen, wurden im Jahr 2023 in Thüringen 44 von deutschlandweit 1492 Braustätten betrieben. Das waren 3 Braustätten mehr als im Jahr zuvor. Im Jahr 2023 wurden im Freistaat insgesamt 2,2 Millionen Hektoliter Bier[7] abgesetzt, und zwar fast ausschließlich im Inland (99,3 Prozent).

4) Der Primärenergieverbrauch berechnet sich aus der Gewinnung von Energieträgern, den Bezügen/Lieferungen und den Bestandsveränderungen. Er umfasst die für die Umwandlung und den Endverbrauch im Land benötigte Energie sowie den nichtenergetischen Verbrauch.

5) Quelle: AGEB e. V., November 2023“

6) endgültige Ergebnisse

7) Die Daten wurden auf der Grundlage der nach Feststellung des Hauptzollamtes Stuttgart vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Daten ermittelt.

067/2024

Inflationsrate in Thüringen im März 2,0 Prozent

Die Verbraucherpreise erhöhten sich gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,0 Prozent. Im Vergleich zum Monat Februar stiegen die Preise um durchschnittlich 0,4 Prozent. Der Verbraucherpreisindex erreichte einen Indexstand von 119,6 (Basis 2020=100). Die Jahresteuerungsrate sank von 2,5 Prozent im Februar auf 2,0 Prozent im März. Damit setzte sich der Trend einer abflauenden Teuerung aus dem Jahr 2023 weiter fort.

090/2024

Zum Männertag am 9. Mai 2024: Thüringer werden durchschnittlich mit 34,8 Jahren Vater

Traditionell wird an Christi Himmelfahrt jedes Jahr ebenfalls der Vatertag begangen. Vor allem in den neuen Bundesländern feiert man an diesem Tag außerdem den „Männertag“. Anlässlich dieses Feiertags möchte das Thüringer Landesamt für Statistik erneut auf seine im März erschienene Veröffentlichung des Faltblattes „Thüringen Falter – Frauen und Männer“ hinweisen. In dieser Veröffentlichung werden Frauen und Männer in verschiedenen Lebensbereichen statistisch verglichen und geschlechtsspezifische Besonderheiten aufgedeckt.

088/2024

Das Thüringer Landesamt für Statistik präsentierte sich beim Europafest 2024 in Gera

Das 15. Hofwiesenparkfest, das Blumen- und Parkfest, fand vom 26. bis 28. April 2024 mit viel Musik, Tanz, Sport und Aktionen für die ganze Familie in Gera statt. Teil des Hofwiesenparkfestes war in diesem Jahr das Thüringer Europafest, um auf die Bedeutung der Europäischen Union aufmerksam zu machen. Auch das Thüringer Landesamt für Statistik war an 2 Tagen mit einem Informationsstand in Gera vertreten. Es gab interessante Gespräche mit Besucherinnen und Besuchern zu aktuellen europäischen Themen und zu unseren Aufgaben als Landesbehörde.

080/2024

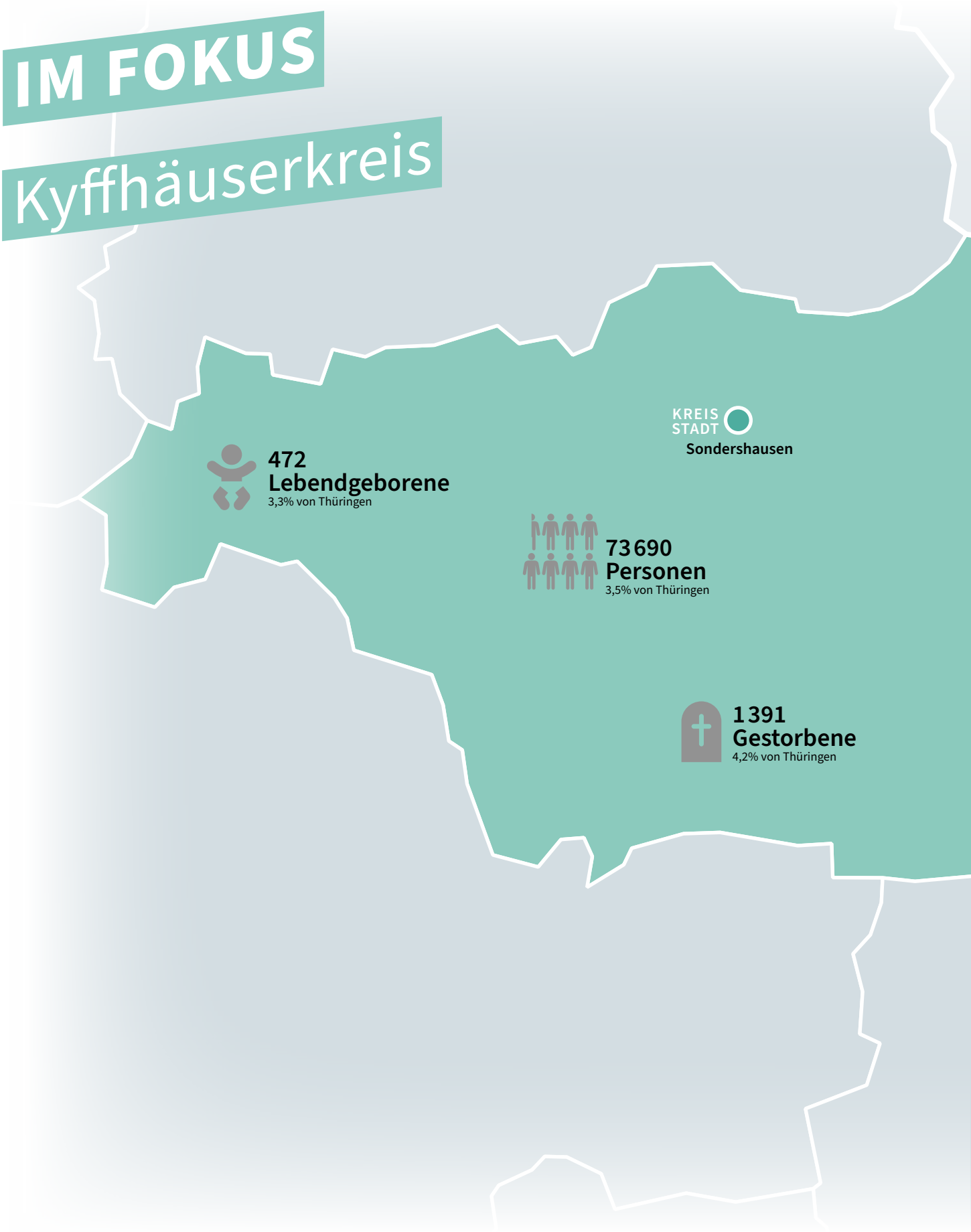
Rückblick auf Symposium zum Bundesstatistikgesetz am 25. Januar 2024 in Erfurt

Das Thüringer Landesamt für Statistik war zu Beginn dieses Jahres Gastgeber einer besonderen Veranstaltung: Am 25. Januar 2024 fand in Kooperation mit dem Bayerischen Landesamt für Statistik zum ersten Mal ein Symposium zum Bundesstatistikgesetz statt. Dafür waren Vertreterinnen und Vertreter der Statistischen Ämter des Bundes und Länder, verschiedener Bundes- und Landesministerien und -behörden, wissenschaftlicher Einrichtungen und anderer Institutionen sowie Expertinnen und Experten in den Thüringer Landtag eingeladen.

Weitere Pressemitteilungen finden Sie unter dem Link https://statistik.thueringen.de/presse

IM FOKUS

Kyffhäuserkreis

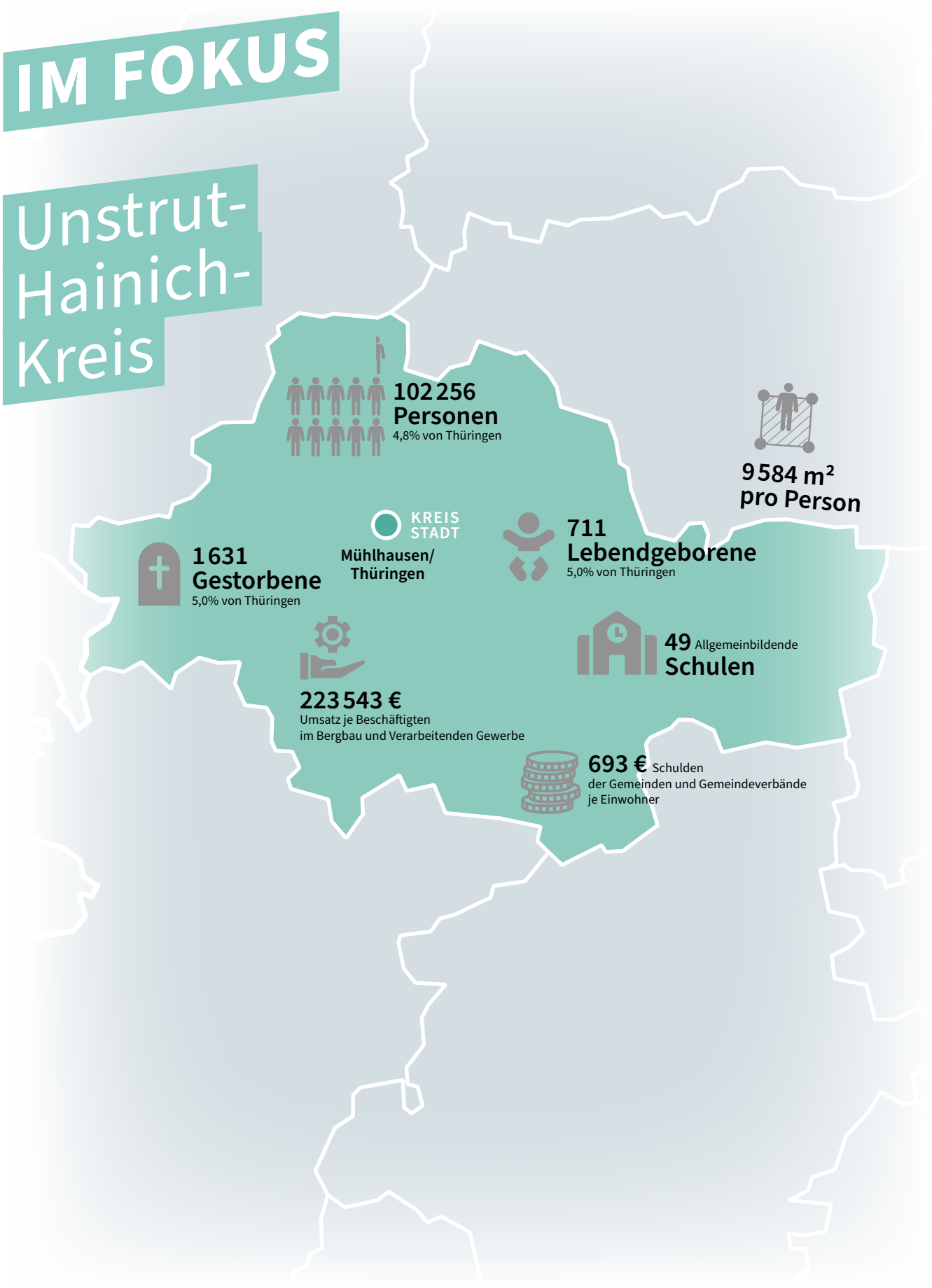


Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2022.

Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2022.

IM FOKUS

Unstrut-Hainich-Kreis



Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2022.

TROCKENE ZAHL

32

WISSENSCHAFTLERINNEN UND WISSENSCHAFTLER

HABEN IM JAHR 2023 IHRE HABILITATION
IN THÜRINGEN ERFOLGREICH ABGESCHLOSSEN.

(DEUTSCHLANDWEIT WAREN ES 1 592 HABILITATIONEN)

Sylvia Schlapp
Präsidialbereich:
Grundsatzfragen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Forschungsdatenzentrum

Robert Kaufmann
Präsidialbereich:
Grundsatzfragen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Forschungsdatenzentrum

Thüringen aktuell

Die wirtschaftliche Entwicklung in den Thüringer Betrieben des Bereiches Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe verlief im Februar 2024 durchaus positiv. Der Umsatz, die Zahl der Beschäftigten und die Produktivität lagen über den Werten vom Januar 2024. Auch die Auftragseingänge stiegen an (bei 1 Arbeitstag weniger). Im Vergleich zum Februar letzten Jahres blieb die Zahl der Beschäftigten fast konstant und der Auftragseingang verzeichnete einen erheblichen Zuwachs (bei 1 Arbeitstag mehr). Dagegen gingen der Umsatz und die Produktivität zurück.

Im Bauhauptgewerbe lagen der Umsatz, die Beschäftigten und die Produktivität unter dem Vorjahresniveau. Die Auftragseingänge stiegen dagegen an. Gegenüber dem Vormonat blieb die Beschäftigtenzahl nahezu unverändert. Der Umsatz und die Produktivität stiegen an, ebenso wie der Auftragseingang.

Die Zahl der Arbeitslosen blieb im Februar 2024 nahezu auf dem Niveau des Vormonats, stieg jedoch gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Arbeitslosenquote lag im Februar 2024 gleichauf mit dem Wert des Vormonats und leicht über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

Im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe erzielten die Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten im Februar 2024 mit 2990 Millionen Euro einen um 3,4 Prozent höheren Umsatz als im Januar 2024 (Deutschland: +6,8 Prozent).

Thüringer Industriebetriebe erwirtschafteten im Februar 2024 ein Umsatzplus

Dabei stieg auch in fast allen Hauptgruppen der Umsatz an. Der höchste absolute Umsatzzuwachs wurde bei den Vorleistungsgüterproduzenten errechnet (+94,8 Millionen Euro bzw. +7,0 Prozent). Mit großem Abstand folgten die Gruppe der Gebrauchsgüterproduzenten (+17,5 Millionen Euro bzw. +11,4 Prozent) und der Verbrauchsgüterproduzenten (+9,5 Millionen Euro bzw. +2,1 Prozent). Die Investitionsgüterproduzenten verzeichneten ein Umsatzminus von 23,6 Millionen Euro bzw. 2,5 Prozent.

Abbildung 1: Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Hauptgruppen

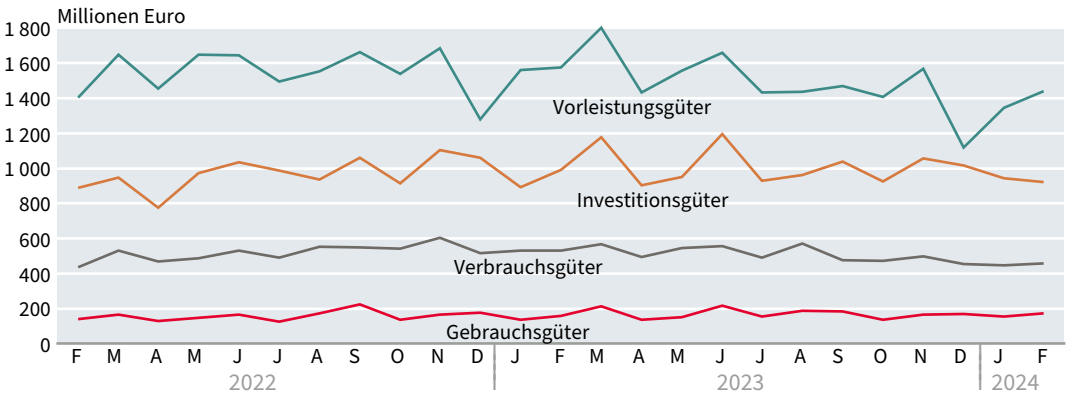
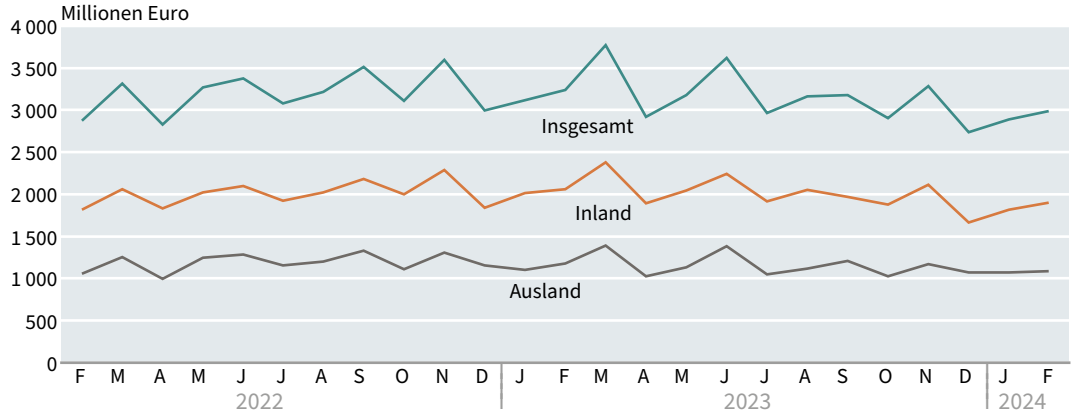


Abbildung 2: Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe



Im Vergleich zum Vorjahresmonat sank der Umsatz jedoch um 7,7 Prozent (Deutschland: −1,7 Prozent). Auch hier spiegelt sich das Gesamtergebnis in fast allen Hauptgruppen wider. Die Hauptgruppe der Vorleistungsgüterproduzenten trägt mit einem Umsatzminus von 114,1 Millionen Euro bzw. 7,3 Prozent am stärksten zum Umsatzrückgang bei. Bei den Verbrauchsgüterproduzenten betrug der Rückgang 74,5 Millionen Euro, gefolgt von den Investitionsgüterproduzenten (−73,6 Millionen Euro). Die Gebrauchsgüterproduzenten verzeichneten einen Zuwachs von 11,4 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahresmonat (+7,1 Prozent).

Inlandsumsatz gegenüber Vormonat gestiegen

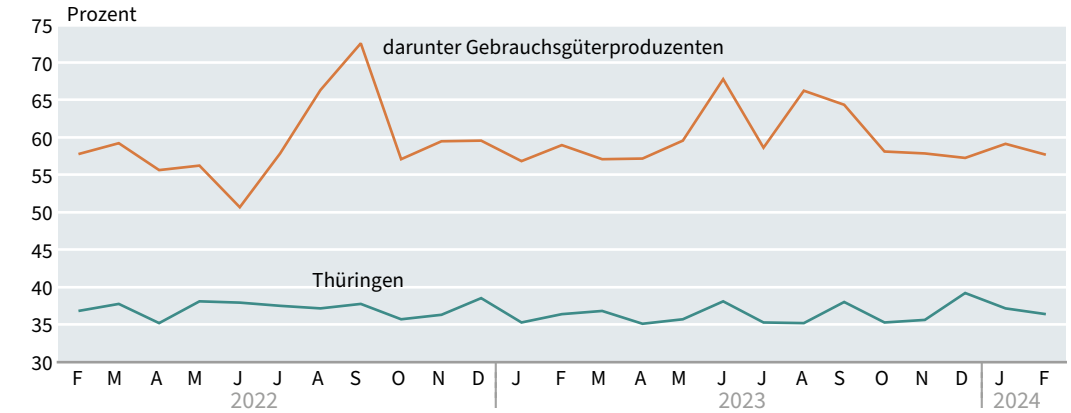
Der Inlandsumsatz betrug im Februar dieses Jahres 1902 Millionen Euro und damit 84,3 Millionen Euro bzw. 4,6 Prozent mehr als im Vormonat. Im Vergleich zum Februar 2023 wurde ein Rückgang errechnet (−158,8 Millionen Euro bzw. −7,7 Prozent).

Der Auslandsumsatz erreichte im Februar 2024 einen Wert von 1088 Millionen Euro und lag damit zwar leicht über dem Niveau des Vormonats (+1,3 Prozent) aber deutlich unter dem des Vorjahresmonats (−7,8 Prozent).

Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz (Exportquote) blieb mit 36,4 Prozent unter dem Vormonatsniveau (−0,8 Prozentpunkte) und war nahezu exakt auf dem Niveau vom Februar 2023. Die höchste Exportquote erreichte im Februar 2024 die Gruppe der Gebrauchsgüterproduzenten mit 57,7 Prozent, gefolgt von der Gruppe der Investitionsgüterproduzenten mit 37,8 Prozent.

Bei der Betrachtung der Monate Januar bis Februar 2024 wurde im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe ein Umsatzminus von 7,5 Prozent bzw. 476,3 Millionen Euro erwirtschaftet (bei 1 Arbeitstag mehr). Der Inlandsumsatz sank dabei überdurchschnittlich um 8,8 Prozent und der Auslandsumsatz um 5,1 Prozent.

Abbildung 3: Exportquote im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe



Bis Ende Februar 2024 wurden in 3 Hauptgruppen niedrigere Umsätze errechnet. Der größte absolute Rückgang wurde in der Hauptgruppe der Vorleistungsgüterproduzenten mit einem Minus von 314,7 Millionen Euro ermittelt.

Anstieg der Exportquote in 3 Hauptgruppen

Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz stieg von 35,9 Prozent in den ersten 2 Monaten des Jahres 2023 auf 36,8 Prozent in den ersten 2 Monaten dieses Jahres. In 3 Hauptgruppen lag die Exportquote über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Die Gruppe der Gebrauchsgüterproduzenten hatte mit 58,4 Prozent die höchste Exportquote und stieg um 0,4 Prozentpunkte. Die Hauptgruppe mit der niedrigsten Exportquote, die Verbrauchsgüterproduzenten (28,0 Prozent), lag um 5,6 Prozentpunkte über dem Wert des Vorjahreszeitraums.

Leichter Anstieg der Beschäftigtenzahl gegenüber Vormonat

Die Zahl der Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe hat sich im Februar 2024 gegenüber dem Vormonat um 0,5 Prozent bzw. 695 Personen erhöht. Mit 143 937 Personen war die Anzahl der Beschäftigten annähernd unverändert zum Vorjahresmonat (−28 Personen).

In 2 Hauptgruppen stieg die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahresmonat an, bei den Investitionsgüterproduzenten um +535 Personen und bei den Gebrauchsgüterproduzenten um +409 Personen.

Bei den Vorleistungsgüterproduzenten sank die Anzahl um 842 Personen und bei den Verbrauchsgüterproduzenten um 130 Personen.

Die Hauptgruppe der Vorleistungsgüterproduzenten hatte mit 68 453 Beschäftigten nach wie vor den höchsten Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (47,6 Prozent).

Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl lag in den ersten 2 Monaten des Jahres 2024 mit +56 Beschäftigten etwa auf dem Vorjahresniveau. Das positive Ergebnis wurde maßgeblich von den Hauptgruppen der Investitionsgüterproduzenten (+632 Personen) und Gebrauchsgüterproduzenten (+421 Personen) getragen.

Produktivität höher als im Januar 2024

Der Umsatz je Beschäftigten betrug im Monat Februar dieses Jahres 20 773 Euro (Vormonat: 20 188 Euro) und war damit um 2,9 Prozent höher als im Januar 2024. Die höchste Produktivität erreichte mit 23 656 Euro Umsatz je Beschäftigten die Gruppe der Gebrauchsgüterproduzenten, gefolgt von den Vorleistungsgüterproduzenten (21 042 Euro) und den Investitionsgüterproduzenten (20 530 Euro).

Im Vergleich zum Februar 2023 sank die Umsatzproduktivität deutlich (−7,7 Prozent). Besonders bei den Verbrauchsgüterproduzenten lag das Produktivitätsniveau deutlich unter dem Vorjahresergebnis (−13,5 Prozent).

Abbildung 4: Veränderung der Beschäftigtenzahl im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe gegenüber dem Vorjahresmonat

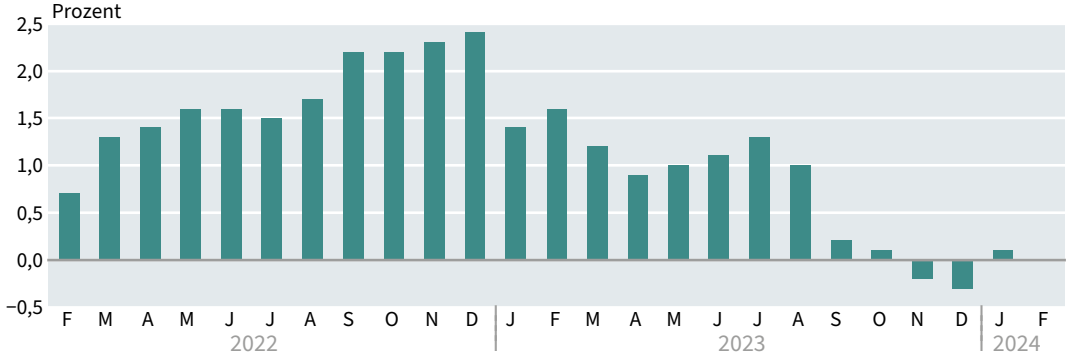
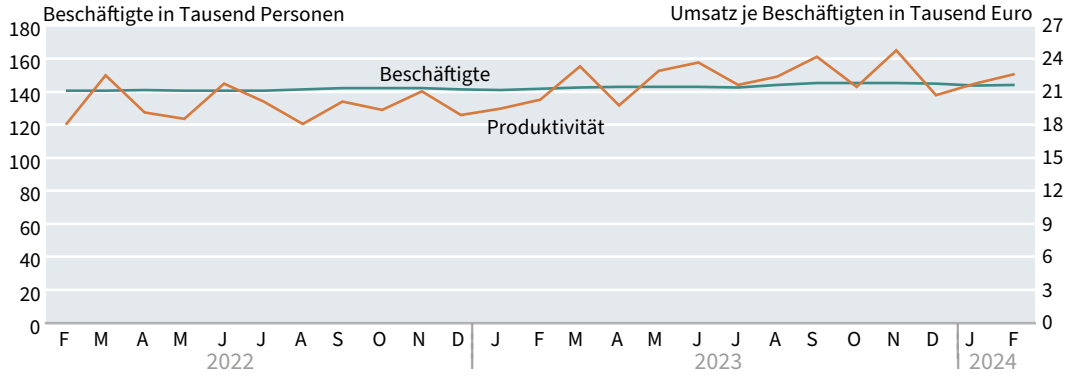


Abbildung 5: Beschäftigte und Produktivität im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe



Im Zeitraum Januar bis Februar 2024 wurde ein Produktivitätsrückgang um 7,5 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum ermittelt. Die Produktivität sank bis Ende Februar 2024 in 3 Hauptgruppen, am stärksten bei den Verbrauchsgüterproduzenten (−14,2 Prozent). Lediglich die Gebrauchsgüterproduzenten verzeichneten hier einen Anstieg von 3,5 Prozent.

Die geleisteten Arbeitsstunden waren im Februar 2024 mit 19195 Tausend Stunden um 1,8 Prozent niedriger als im Januar 2024, überstiegen aber das Niveau des Vorjahresmonats (+2,0 Prozent). Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten und Arbeitstag betrug 6,3 Stunden (Februar 2023: 6,6 Stunden; Januar 2024: 6,2 Stunden).

Steigende Auftragseingänge im Februar 2024

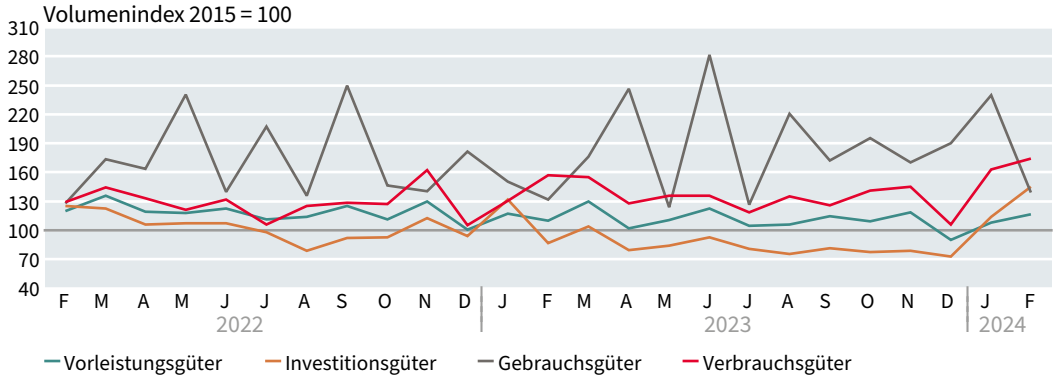
Der Volumenindex des Auftragseingangs (Basis: 2015 = 100) in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes stieg im Februar 2024 im Vergleich zum Vormonat um 12,6 Prozent auf einen Indexstand von 132,8 und lag damit ebenfalls über dem Niveau des Vorjahresmonats (+32,4 Prozent). Die Auftragseingänge gegenüber Februar 2023 stiegen aus dem Inland (+39,7 Prozent) und aus dem Ausland (+20,7 Prozent).

Mit einem Volumenindex des Auftragseingangs (Basis: 2015 = 100) von durchschnittlich 125,4 in den ersten 2 Monaten des Jahres 2024 stieg die Nachfrage gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um +10,7 Prozent an. Das Plus an Auftragseingängen resultierte daraus, dass sowohl die Auftragseingänge aus dem Inland (+9,2 Prozent) als auch die Auftragseingänge aus dem Ausland (+13,3 Prozent) angestiegen sind.

Die Auftragseingänge stiegen in diesem Zeitraum in fast allen Hauptgruppen und lagen zwischen plus 17,3 Prozent bei den Verbrauchsgüterproduzenten und plus 34,1 Prozent bei den Gebrauchsgüterproduzenten. Die Nachfrage sank lediglich bei den Vorleistungsgüterproduzenten um 1,3 Prozent.

Abbildung 6: Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe

Abbildung 7: Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe nach Hauptgruppen



Bauhauptgewerbe

Die Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten des Bauhauptgewerbes erreichten im Februar 2024 einen Umsatz von rund 133 Millionen Euro. Im Vergleich zum Januar 2024 wurde ein Zuwachs von 53,2 Millionen Euro bzw. 66,7 Prozent errechnet. Im Vergleich zum Vorjahresmonat wurde ein um 3,2 Prozent niedrigeres Umsatzvolumen erwirtschaftet (−4,3 Millionen Euro).

Umsatz im Bauhauptgewerbe gegenüber Vormonat gestiegen

Der baugewerbliche Umsatz lag bei 132 Millionen Euro und stieg gegenüber dem Vormonat um 66,6 Prozent an. Dabei wurde in allen 3 Bausparten ein Umsatzzuwachs errechnet. Den höchsten relativen Umsatzzuwachs erwirtschaftete der Wohnungsbau (+113,6 Prozent), gefolgt vom öffentlichen und Straßenbau (+93,2 Prozent). Der gewerbliche Bau verzeichnete einen Zuwachs von 31,3 Prozent.

In der Summe der ersten 2 Monate 2024 lag der Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe um 7,3 Prozent unter dem Niveau des vergleichbaren Vorjahreszeitraums. Beim baugewerblichen Umsatz verbuchten alle 3 Hauptgruppen einen Rückgang. Der Wohnungsbau notierte einen Umsatzrückgang in Höhe von 17,1 Prozent, der gewerbliche Bau in Höhe von 8,2 Prozent und der öffentliche und Straßenbau in Höhe von 3,8 Prozent.

Beschäftigtenzahl im Jahresverlauf nahezu konstant

Die Zahl der Beschäftigten blieb im Bauhauptgewerbe im Februar 2024 fast konstant. Mit insgesamt 13983 Beschäftigten waren in den Betrieben von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 44 Personen weniger tätig als im Vormonat. Im Vergleich zum Februar 2023 ist die Beschäftigtenzahl um 1,1 Prozent bzw. 159 Personen gesunken.

Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl der Monate Januar bis Februar 2024 war mit 14005 Personen etwas niedriger als im vergleichbaren Zeitraum 2023 (−1,0 Prozent bzw. −136 Personen).

Abbildung 8: Veränderung der Beschäftigtenzahlen im Bauhauptgewerbe gegenüber dem Vorjahresmonat

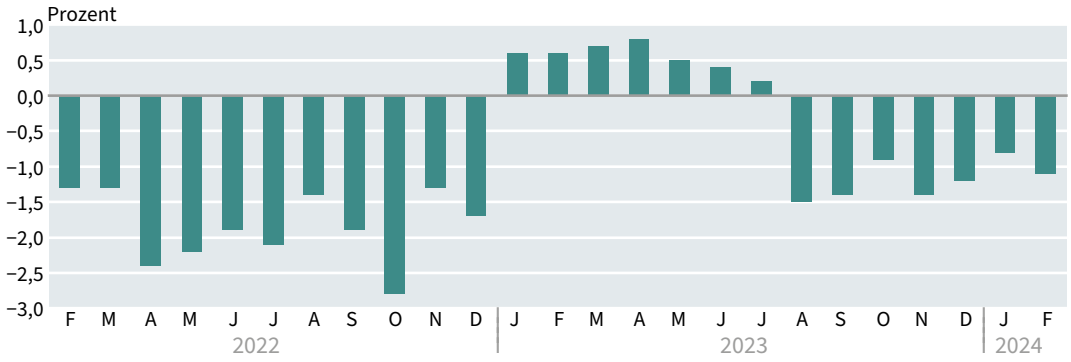
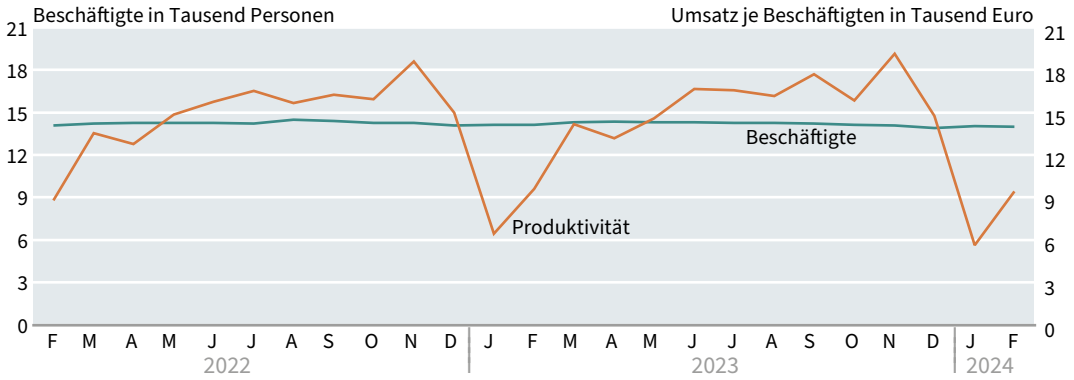


Abbildung 9: Beschäftigte und Produktivität im Bauhauptgewerbe



Gestiegenes Produktivitätsniveau gegenüber Januar 2024

Da der baugewerbliche Umsatz gegenüber dem Vormonat anstieg und die Beschäftigtenzahl fast konstant blieb, stieg auch die Produktivität (baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten) an. Mit 9407 Euro wurden 67,1 Prozent mehr Umsatz je Beschäftigten erzielt als noch einen Monat zuvor. Gegenüber dem Vorjahresmonat ging dagegen das Produktivitätsniveau zurück (−2,1 Prozent).

In den ersten 2 Monaten des Jahres 2024 lag die Produktivität im Bauhauptgewerbe mit einem Wert von durchschnittlich 15032 Euro jedoch um 6,3 Prozent unter dem vergleichbaren Wert des Vorjahres.

Anstieg der Arbeitsstunden im Vormonatsvergleich

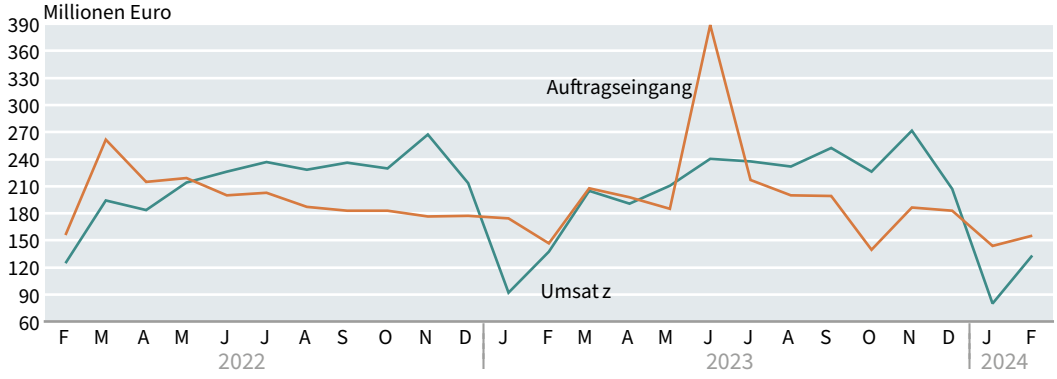
Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden erhöhte sich im Februar 2024 im Vergleich zum Vormonat um 55,3 Prozent auf 1106 Tausend Stunden und lag auch über dem vergleichbaren Vorjahreswert (+7,4 Prozent). Dieser Zuwachs spiegelt sich sowohl in der Bausparte öffentlicher und Straßenbau (+12,4 Prozent) als auch im gewerblichen Bau (+6,9 Prozent) wider.

Im Zeitraum Januar bis Februar 2024 waren die geleisteten Arbeitsstunden insgesamt um 3,1 Prozent niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dabei stieg das Arbeitsvolumen nur im öffentlichen und Straßenbau an (+3,3 Prozent).

Bessere Auftragslage gegenüber Vormonat

Mit den gestiegenen Umsatzzahlen gegenüber dem Vormonat erhöhte sich auch die Auftragslage im Bauhauptgewerbe. Im Vergleich zum Vormonat stieg der Auftragseingang um 8,3 Prozent bzw. 11,9 Millionen Euro auf 156 Millionen Euro. Im Vergleich zum Februar 2023 waren die Auftragseingänge um 5,9 Prozent bzw. 8,7 Millionen Euro höher. Diese positive Entwicklung ist allerdings nur auf den öffentlichen und Straßenbau (+24,3 Prozent) zurückzuführen. Die

Abbildung 10: Umsatz und Auftragseingang im Bauhauptgewerbe



Nachfrage im gewerblichen Bau verringerte sich um 18,7 Prozent und im Wohnungsbau um 4,9 Prozent.

Das Volumen der Auftragseingänge betrug in den ersten beiden Monaten dieses Jahres 299 Millionen Euro; 21,9 Millionen Euro bzw. 6,8 Prozent weniger als im Vorjahr. Hier wurden ebenfalls von 2 Bausparten weniger Aufträge gegenüber dem Vorjahreszeitraum gemeldet. Der gewerbliche Bau verzeichnete einen Nachfragerückgang von 23,7 Prozent und der Wohnungsbau von 21,6 Prozent. Der öffentliche und Straßenbau Bau verbuchte dagegen auch kumulativ mehr Auftragseingänge (+9,2 Prozent).

Baugenehmigungen

In den ersten 2 Monaten 2024 wurde mit 461 Anträgen der Bau von 474 Wohnungen genehmigt. Damit wurde die Zahl der genehmigten Wohnungen bis Ende Februar 2024 um 22,9 Prozent bzw. 141 Wohnungen gegenüber dem Vorjahreszeitraum unterschritten.

Durch bauliche Veränderungen an bestehenden Gebäuden, z. B. durch Umbau-, Ausbau-, Erweiterungs- oder Wiederherstellungsmaßnahmen, werden 150 Wohnungen entstehen.

Rückgang in allen Gebäudetypen

Im Wohnungsneubau hatten die Bauherren mit 324 Wohnungen mehr als ein Viertel Wohnungen weniger geplant als in den ersten 2 Monaten 2023 (−26,8 Prozent bzw. −118 Wohnungen). Dabei entwickelten sich alle 3 Gebäudetypen rückläufig. 89 Anträge für den Bau von Einfamilienhäusern bedeuten einen Rückgang um 43,3 Prozent bzw. 68 Wohnungen. 24 Wohnungen wurden in Zweifamilienhäusern beantragt, ein Rückgang von 14,3 Prozent bzw. 4 Wohungen gegenüber der Zeitspanne des Vorjahres. Zur Schaffung neuen Wohnraums in Mehrfamilienhäusern wurde für 209 Wohnungen eine Genehmigung beantragt, darunter 52 in Wohnheimen. Es wurden damit 46 Wohnungen weniger genehmigt, ein Rückgang um 18,0 Prozent.

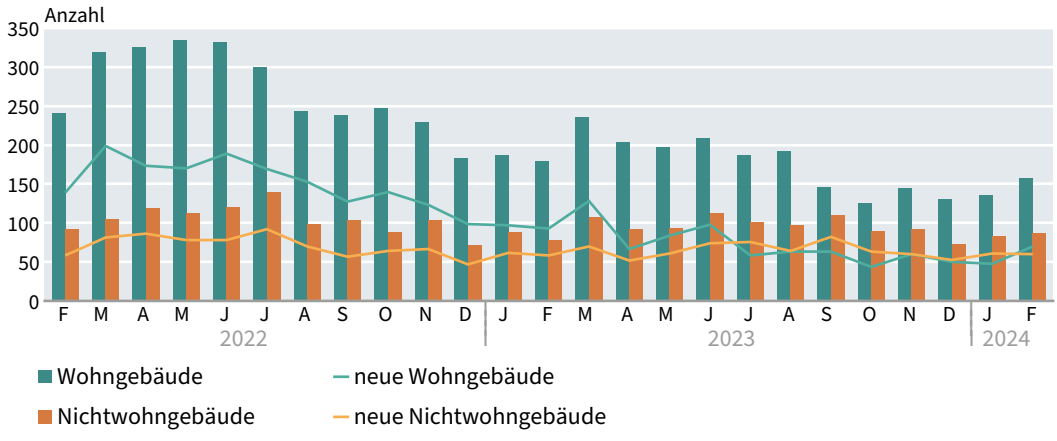
Zum Zeitpunkt der Genehmigung neuer Wohngebäude sind insgesamt 66,6 Millionen Euro Baukosten veranschlagt worden. Die Kosten je Quadratmeter Wohnfläche lagen insgesamt bei 2 204 Euro, dabei in neuen Einfamilienhäusern bei 2 103 Euro, in neuen Zweifamilienhäusern bei 2 793 Euro und in Mehrfamilienhäusern (ohne Wohnheime) bei 2 328 Euro.

Zahl der Nichtwohngebäude gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen

In den ersten 2 Monaten 2024 wurden von den Thüringer Bauaufsichtsbehörden 168 Nichtwohngebäude genehmigt. Damit stieg die Zahl der Genehmigungen für Nichtwohngebäude geringfügig gegenüber dem Vorjahreszeitraum (+2 Bauvorhaben).

Von den bis Ende Februar 2024 genehmigten Bauvorhaben im Nichtwohnbau werden 121 Gebäude neu entstehen (+1 Bauvorhaben). Die geplanten Neubauinvestitionen beim Bau von Nichtwohngebäuden in Höhe von 84,5 Millionen Euro lagen um 28,1 Prozent bzw. 33,0 Millionen Euro unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums.

Abbildung 11: Baugenehmigungen für Gebäude



Beherbergungswesen

Die Thüringer Beherbergungsstätten mit 10 und mehr Gästebetten einschließlich Campingplätze verzeichneten im Februar 2024 keine nennenswerten Zuwächse im Gäste- und Übernachtungsaufkommen. Etwa 216 Tausend Gäste wurden gemeldet, die rund 594 Tausend Übernachtungen buchten.

Februar 2024: Gäste und Übernachtungszahlen stagnieren

Damit lagen die Gäste- und Übernachtungszahlen auf Vorjahresniveau. Im Vergleich zu Februar 2023 blieben die Ankünfte mit einem Plus von 0,4 Prozent nahezu gleich. Die Übernachtungen sanken dabei um 3,0 Prozent.

Die Verweildauer pro Gast lag mit durchschnittlich 2,8 Tagen leicht unter dem im Februar 2023 gemessenen Niveau (2,9 Tage).

202 988 Gäste (94,2 Prozent) kamen aus Deutschland und 12 474 Gäste hatten ihren Wohnsitz im Ausland. Auch hier konnten keine bemerkenswerten Veränderungen zum Vorjahresmonat festgestellt werden.

In Deutschland betrug die Zahl der Gästeankünfte im Februar dieses Jahres 11,1 Millionen. Das waren 8,6 Prozent mehr als noch vor einem Jahr. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 6,8 Prozent auf 28,2 Millionen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer pro Gast lag mit 2,5 Tagen unter dem Thüringenwert.

In den ersten beiden Monaten des Jahres 2024 empfingen die Thüringer Beherbergungsbetriebe mit 10 und mehr Gästebetten (einschließlich Campingplätze) 411 317 Gäste. Die Anzahl der Übernachtungen erreichte einen Wert von 1 121 831. Das waren +3,7 Prozent mehr Gäste als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Übernachtungen stieg leicht um 0,4 Prozent. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste betrug 2,7 Tage.

Auch deutschlandweit stiegen in den ersten 2 Monaten sowohl die Zahl der Gäste (+7,7 Prozent) als auch die der Übernachtungen (+5,9 Prozent) an. 9,4 Millionen Übernachtungen entfielen auf ausländische Gäste (+7,7 Prozent) und 43,8 Millionen auf inländische Gäste (+5,5 Prozent).

Unterschiedliche Entwicklung in den Tourismusregionen

In den 11 Thüringer Reisegebieten stellt sich die Veränderung zum Vorjahr unterschiedlich dar. In 3 Reisegebieten wurde ein Rückgang bei den Übernachtungen verzeichnet; darunter im Altenburger Land in Höhe von −7,7 Prozent. In den restlichen Reisegebieten haben sich die Übernachtungen gesteigert. Der größte prozentuale Anstieg wurde im Reisegebiet Weimar mit +16,4 Prozent errechnet.

Das größte Thüringer Reisegebiet, der Thüringer Wald, vermeldete in den ersten 2 Monaten 2024 rund 133 Tausend Ankünfte und mehr als 445 Tausend Übernachtungen. Gegenüber dem Vorjahresmonat gingen die Ankünfte um 1,5 Prozent zurück und die Übernachtungen um 5,7 Prozent.

Abbildung 12: Übernachtungen in den Thüringer Beherbergungsbetrieben 2019 bis 2024

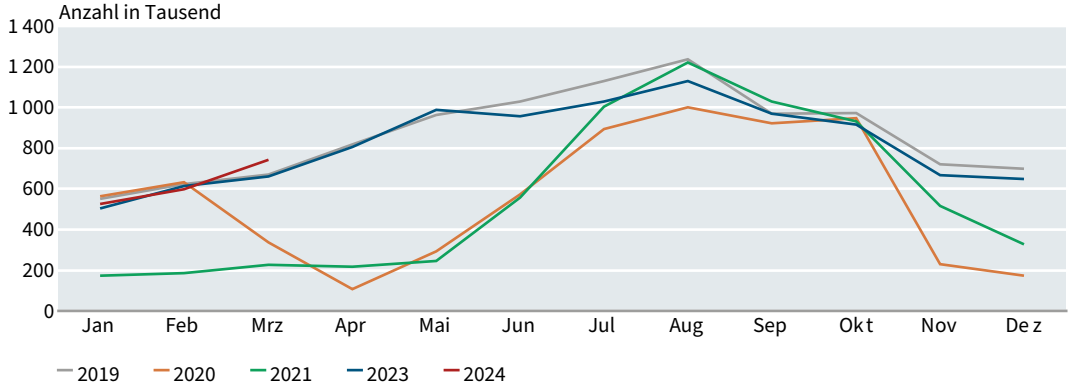


Abbildung 13: Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben (einschließlich Campingplätze) Januar bis Februar 2024 nach Reisegebieten

Reisegebiet	Ankünfte		Übernachtungen		Durchschnittliche Aufenthaltsdauer
	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Tage
Altenburger Land	5341	3,9	10819	−7,7	2,0
Eichsfeld	16821	−1,9	50320	−1,6	3,0
Erfurt	68767	12,0	120888	8,4	1,8
Saaleland	36505	3,9	91962	3,4	2,5
Südharz-Kyffhäuser	15287	−0,1	49319	3,2	3,2
Thüringer Rhön	10366	−1,2	57884	6,0	5,6
Thüringer Vogtland	18808	5,9	32878	5,5	1,7
Thüringer Wald	133115	−1,5	447298	−5,7	3,4
Weimar	40578	14,0	75098	16,4	1,9
Weimarer Land	16366	7,9	63338	0,8	3,9
Welterberegion Wartburg-Hainich	49363	2,3	122027	2,6	2,5
Thüringen	**411317**	**3,7**	**1121831**	**0,4**	**2,7**
davon					
Bundesrepublik Deutschland	386606	3,6	1060209	0,5	2,7
anderer Wohnsitz	24711	6,0	61622	−1,6	2,5

Verbraucherpreisindex

Im Februar 2024 stiegen die Verbraucherpreise an. Der Verbraucherpreisindex erhöhte sich gegenüber dem Vormonat Januar 2024 um 0,5 Prozent und erreichte einen Indexstand von 119,1 Prozent (Basis: 2020 = 100).

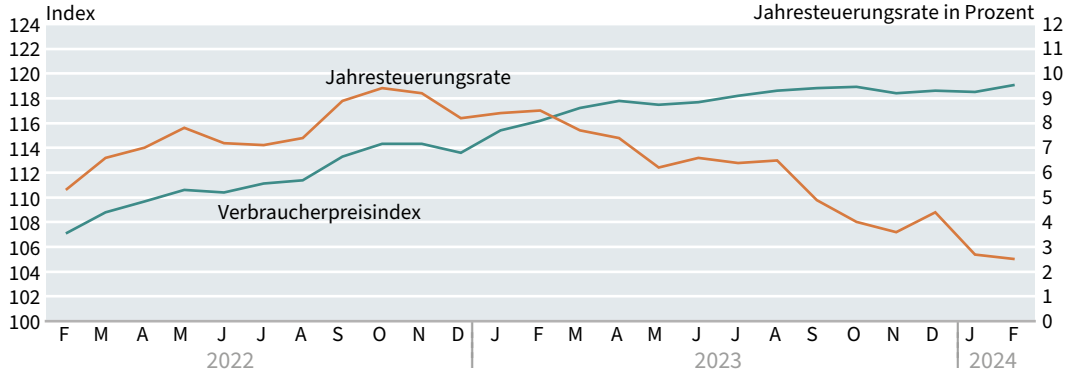
Jahresteuerungsrate leicht gesunken

Die Jahresteuerungsrate sank geringfügig von 2,7 Prozent im Januar 2024 auf 2,5 Prozent im Februar. Somit setzte sich der Trend einer abflauenden Teuerung aus dem Jahr 2023 weiter fort.

Erneut sanken die Energiepreise (Haushaltsenergie und Kraftstoffe) um 1,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dabei war die stärkste Senkung zum Vorjahresmonat genau wie im Monat Januar bei Heizöl, einschließlich Betriebskosten (−8,5 Prozent) zu beobachten. Fernwärmepreise verringerten sich leicht um 0,3 Prozent. Die Teuerung für Gaspreise einschließlich Betriebskosten betrug im Jahresvergleich 1,7 Prozent zum Vorjahresmonat. Die Steigerung fiel damit allerdings etwas moderater aus. Die Preise für feste Brennstoffe sanken unwesentlich im Vergleich zum Vorjahresmonat. Die Kraftstoffpreise (Kraft- und Schmierstoffe für Fahrzeuge) wurden im Februar im Vergleich zum Vorjahr ebenso etwas billiger. Im Vergleich zum Vorjahr bezahlte der Verbraucher durchschnittlich 2,1 Prozent weniger für eine Tankfüllung.

Preiserhöhungen wurden bei den Preisen für alkoholische Getränke und Tabakwaren (+6,4 Prozent) gesehen. Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke erhöhten sich um 0,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Hier waren Mineralwasser, Limonaden und Säfte (+12,4 Prozent), Zucker, Marmelade, Honig und andere Süßwaren mit einem Plus von 12,2 Prozent sowie Obst (+5,2 Prozent) betroffen. Für Gemüse gingen die Preise um 11,6 Prozent zurück.

Abbildung 14: Verbraucherpreisindex (Basis 2020 = 100) und Jahresteuerungsrate



Steigende Preise gegenüber dem Vormonat

Zum Vormonat Januar erhöhten sich die Verbraucherpreise um durchschnittlich 0,5 Prozent. Außer für die Bereiche Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke sowie den Leistungen für Post und Telekommunikation gab es zum Vormonat Januar durchweg Preiserhöhungen. Mit Blick auf die Saison stiegen die Preise in den verschiedenen Lebensbereichen an. So wechselt z. B. im Bekleidungs- und Schuhbereich allmählich das Sortiment. Hier wurden Preiserhöhungen von durchschnittlich 1,6 Prozent im Vergleich zum Monat Januar festgestellt. Im Bereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur gab es einen Preisanstieg von 1,5 Prozent. Dieser ist auf gestiegene Preise für Pauschalreisen zurückzuführen (+9,0 Prozent). Gaststätten- und Hotelbesuche wurden um durchschnittlich 1,0 Prozent teurer.

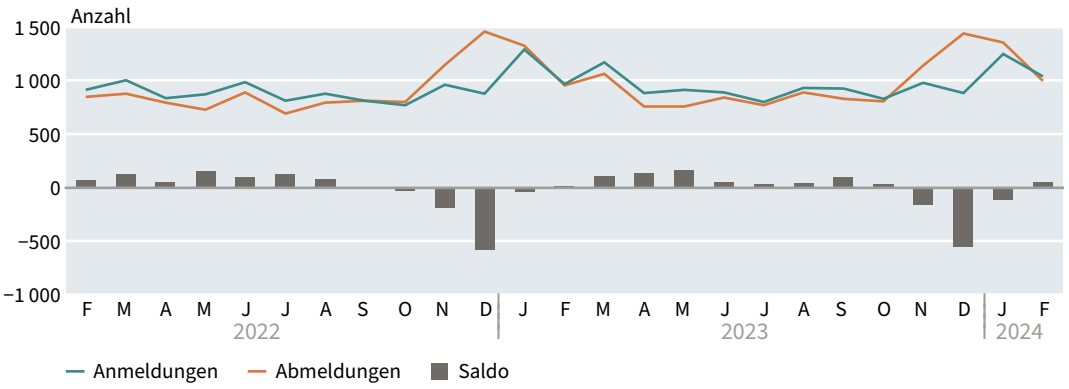
Gewerbeanzeigen

Im Zeitraum Januar bis Februar 2024 wurden 2287 Gewerbeanmeldungen und 2351 Gewerbeabmeldungen registriert. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum stiegen die Gewerbeanmeldungen um 28 Anzeigen bzw. 1,2 Prozent an und die Gewerbeabmeldungen um 72 Anzeigen bzw. 3,2 Prozent.

Auf 100 Anmeldungen kamen 103 Abmeldungen

Auf 100 Gewerbeanmeldungen entfielen damit 103 Gewerbeabmeldungen. Im gleichen Vorjahreszeitraum lag diese Relation bei 101 Abmeldungen je 100 Anmeldungen. Im Wirtschaftsbereich Verarbeitendes Gewerbe lag das Verhältnis mit 91 Gewerbeabmeldungen je 100 -anmeldungen unter dem Durchschnitt und im Baugewerbe mit 147 Gewerbeabmeldungen je 100 -anmeldungen deutlich darüber.

Abbildung 15: Gewerbean- und -abmeldungen



Bereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen mit den meisten Gewerbean- und -abmeldungen

Die meisten Bewegungen bei den An- und Abmeldungen verzeichnete der Bereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen. Mit 24,9 Prozent aller Gewerbeanmeldungen wurden hier 570 Gewerbe angemeldet und mit 27,7 Prozent aller Gewerbeabmeldungen 652 Gewerbe abgemeldet. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stiegen die Anmeldungen in diesem Wirtschaftsbereich um 2,7 Prozent und die Abmeldungen um 11,3 Prozent.

Insolvenzen

Die Amtsgerichte in Thüringen entschieden in den ersten 2 Monaten 2024 über 337 Insolvenzverfahren. Im Vergleich zu den ersten 2 Monaten 2023 verringerte sich die Zahl der Insolvenzen um −37 Anträge bzw. −9,9 Prozent.

Zahl der Unternehmensinsolvenzen gestiegen

Von den Insolvenzen waren insgesamt 53 Unternehmen und 284 übrige Schuldner (natürliche Personen als Gesellschafter u. Ä., ehemals selbständig Tätige, private Verbraucher und Nachlässe) betroffen. Während bei den betroffenen Unternehmen die Zahl der Insolvenzen gegenüber Januar bis Februar 2023 anstieg (+9 Anträge), sank sie bei den übrigen Schuldnern (−46 Anträge).

302 Verfahren bzw. 89,6 Prozent (Vorjahr: 93,0 Prozent) aller Insolvenzanträge wurden eröffnet, 32 Verfahren wurden mangels Masse abgewiesen und 3 Verfahren endeten mit der Annahme eines Schuldenbereinigungsplanes.

Die voraussichtlichen Gläubigerforderungen bezifferten die Gerichte auf rund 39,0 Millionen Euro. Pro Verfahren standen Forderungen von durchschnittlich 115,7 Tausend Euro aus (Vorjahr: 96,7 Tausend Euro).

Im Baugewerbe deutlicher Anstieg der Unternehmensinsolvenzen

Der wirtschaftliche Schwerpunkt der Unternehmensinsolvenzen lag mit 15 Verfahren im Bereich Baugewerbe, gefolgt vom Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen mit 7 Verfahren. Die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen stieg im Bereich Baugewerbe um 8 Anträge an.

Unter den 284 übrigen Schuldnern waren in den ersten 2 Monaten dieses Jahres 196 private Verbraucher, die das Insolvenzrecht in Anspruch genommen

Abbildung 16: Insolvenzen nach Art des Schuldners

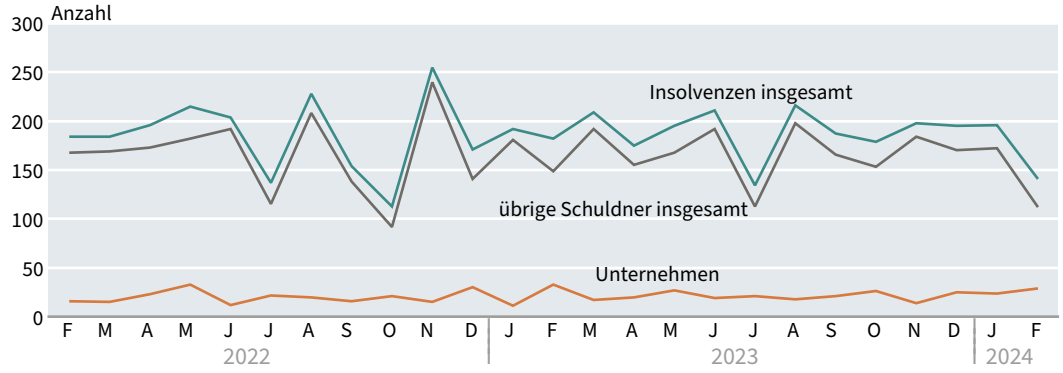
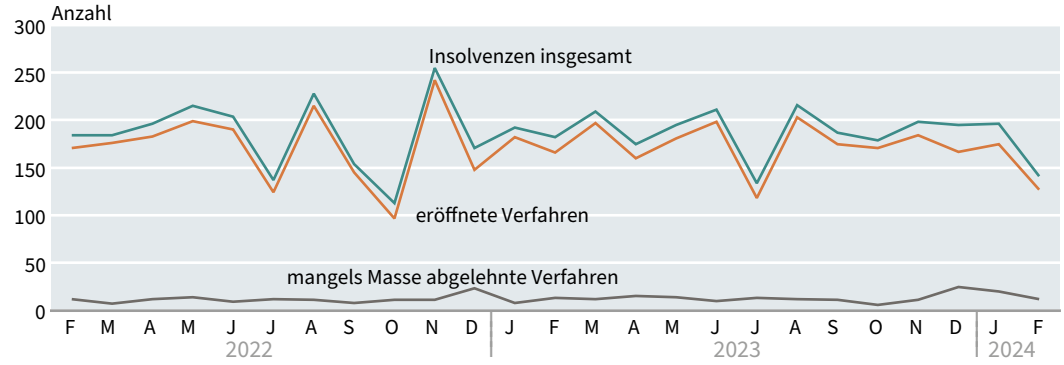


Abbildung 17: Insolvenzverfahren



haben. Das waren 49 Verfahren bzw. 20,0 Prozent weniger als in den ersten 2 Monaten 2023.

Arbeitsmarkt[1)]

Die Zahl der Arbeitslosen stieg im Februar 2024 erneut leicht an. Mit 71697 registrierten Arbeitslosen wurde die Arbeitslosenzahl vom Januar 2024 um 0,6 Prozent bzw. 443 Personen überschritten. Dabei erfolgte der Zuwachs ausschließlich bei den Männern (+1,4 Prozent bzw. +566 Personen). Bei den Frauen sank die Zahl der Arbeitslosen um 0,4 Prozent bzw. 123 Personen.

Arbeitslosenzahl weiterhin höher als im Vorjahr

Auch gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der Arbeitslosen an. Hier wurden 4770 Arbeitslose mehr registriert als im Februar 2023 (+7,1 Prozent). Dabei war der relative Zuwachs bei den männlichen Arbeitslosen deutlich stärker als bei den weiblichen Arbeitslosen (Frauen: +4,7 Prozent, Männer: +9,0 Prozent).

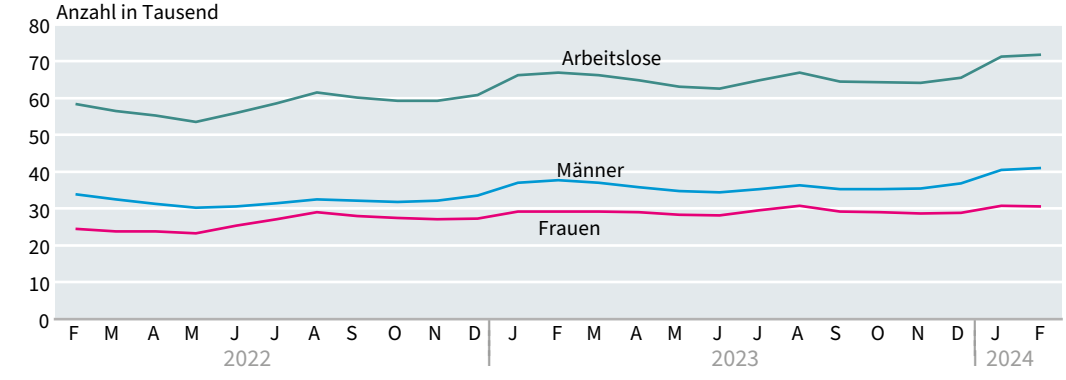
Der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen insgesamt ging im Februar dieses Jahres mit 42,7 Prozent gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreswert leicht zurück (Februar 2023: 43,7 Prozent).

Arbeitslosenquote gegenüber Vormonat konstant

Die Arbeitslosenquote blieb im Februar 2024 (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) mit 6,5 Prozent auf Vormonatsniveau und lag um 0,4 Prozentpunkte über dem vergleichbaren Vorjahreswert. Bei den Frauen betrug die Arbeitslosenquote 6,0 Prozent (Vormonat: 6,0 Prozent; Vorjahresmonat: 5,7 Prozent) und bei den Männern 7,1 Prozent (Vormonat: 7,0 Prozent; Vorjahresmonat: 6,5 Prozent).

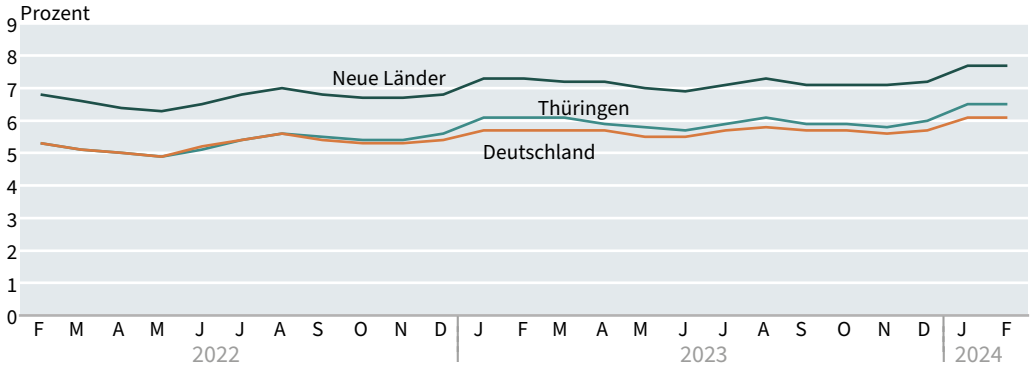
Auch auf Bundesebene lag die Zahl der Arbeitslosen im Februar 2024 deutlich über dem Niveau des Vorjahresmonats. Rund 2,8 Millionen Arbeitslose wurden im Berichtsmonat registriert und damit 7,4 Prozent mehr als im Februar 2023 (Vormonat: +0,3 Prozent). Die

Abbildung 18: Arbeitsmarkt



1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 19: Arbeitslosenquote in Thüringen, Ostdeutschland und Deutschland



Arbeitslosenquote lag deutschlandweit bei 6,1 Prozent und damit unter dem Niveau von Thüringen. Gegenüber dem Vormonat blieb sie gleich und im Vergleich zum Februar 2023 stieg die Quote um 0,4 Prozentpunkte.

Im Vergleich der Bundesländer hat sich die Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vorjahresmonat in den neuen Bundesländern etwas günstiger entwickelt (+6,6 Prozent) als in den alten Bundesländern (+7,6 Prozent). Thüringen liegt mit einem Plus von 7,1 Prozent unter dem Deutschlandwert. Den geringsten Zuwachs verzeichnete Sachsen-Anhalt mit plus 2,2 Prozent und an letzter Stelle aller Bundesländer findet sich Hamburg wieder (+11,7 Prozent).

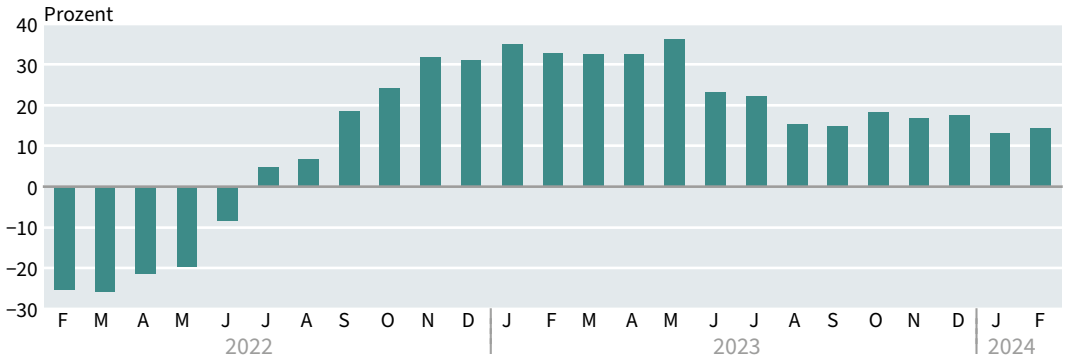
Die Arbeitslosenquote lag in den neuen Bundesländern bei 7,7 Prozent und stieg gegenüber Februar 2023 um 0,4 Prozentpunkte an. In den alten Bundesländern wurde eine Arbeitslosenquote von 5,7 Prozent ermittelt, ein Anstieg von 0,3 Prozentpunkten.

Zahl der arbeitslosen Jugendlichen weiter gestiegen

Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren hat sich in Thüringen im Februar 2024 gegenüber dem Vormonat weiter erhöht (+5,4 Prozent bzw. +358 Personen) und lag mit 6 973 Jugendlichen deutlich über dem entsprechenden Vorjahreswert (+14,5 Prozent bzw. +882 Personen). Die Arbeitslosenquote betrug in dieser Gruppe 7,1 Prozent (Vormonat: 6,7 Prozent; Vorjahresmonat: 6,6 Prozent).

Deutschlandweit ist ein ähnliches Bild bei der Entwicklung der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren festzustellen. Auch hier wurden im Februar 2024 mehr arbeitslose Jugendliche registriert als im Januar 2024. Mit 249 122 registrierten arbeitslosen Jugendlichen lag der Wert über dem Vormonat (+10 449 Personen bzw. +4,4 Prozent). Im Vergleich zum Februar 2023 waren es sogar 11,2 Prozent mehr (Thüringen: +14,5 Prozent). Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen unter 25 Jahren

Abbildung 20: Veränderung der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren gegenüber dem Vorjahresmonat



(bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) betrug im Februar dieses Jahres deutschlandweit 5,2 Prozent und lag damit um 1,9 Prozentpunkte unter dem Thüringenwert.

Bestand an offenen Arbeitsstellen gegenüber Vorjahr verringert

Der Bestand an offenen Arbeitsstellen stieg in Thüringen im Februar 2024 gegenüber dem Vormonat weiter an (+3,8 Prozent bzw. +563 Stellen), lag jedoch mit 15323 Arbeitsstellen deutlich unter dem Niveau des Vorjahresmonates (−10,9 Prozent bzw. −1867 Stellen).

Der Zugang an offenen Arbeitsstellen war mit 3532 Stellen um mehr als ein Drittel höher als im Vormonat (+34,2 Prozent), lag jedoch unter dem Wert vom Februar 2023 (−8,4 Prozent).

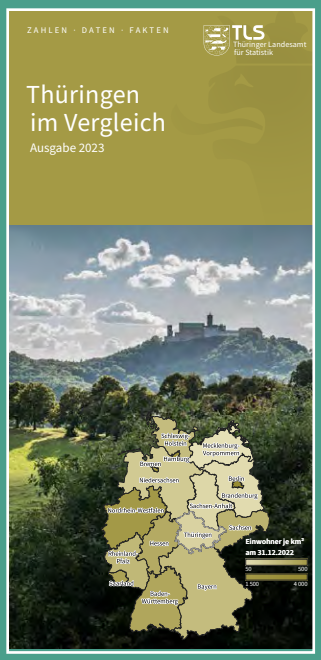
NEUAUFLAGE FALTBLATT THÜRINGEN IM VERGLEICH

Die neuste Auflage des Faltblattes Thüringen im Vergleich – Ausgabe 2023 ist erschienen.

Hier finden Sie Daten für Thüringen im Vergleich zu Deutschland und den anderen Bundesländern zu verschiedenen Bereichen wie beispielsweise Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Landwirtschaft, Bautätigkeit, Beherbergung, Verkehr und Bildung.

Die Veröffentlichung kann als PDF-Datei kostenlos unter www.statistik.thueringen.de heruntergeladen werden. Bestellen können Sie die Printausgabe (Bestellnummer: 80101) ebenfalls kostenlos beim

Thüringer Landesamt für Statistik
Postfach 90 01 63
99104 Erfurt
Telefon: +49 361 57331-9642
Fax: +49 361 57331-9699
E-Mail: auskunft@statistik.thueringen.de



"SCHADENSUHR"

2023 im Freistaat Thüringen

alle	10	Minuten	nahm die Polizei einen Verkehrsunfall auf
alle	42	Minuten	beging ein Verkehrsteilnehmer Fahrerflucht
alle	73	Minuten	verunglückte ein Verkehrsteilnehmer
alle	121	Minuten	verunglückte ein Verkehrsteilnehmer innerorts
alle	4	Stunden	verunglückte ein Verkehrsteilnehmer außerorts (ohne Autobahn)
alle	7	Stunden	verunglückte ein Radfahrer
alle	7	Stunden	verunglückte ein Senior im Alter ab 65 Jahre
alle	9	Stunden	verunglückte ein Jugendlicher im Alter von 18 bis unter 25 Jahre
alle	13	Stunden	verunglückte ein Verkehrsteilnehmer auf der Autobahn
alle	17	Stunden	verunglückte ein Kind im Alter bis unter 15 Jahre
alle	20	Stunden	verunglückte ein Verkehrsteilnehmer bei einem Alkoholunfall
alle	90	Stunden	wurde ein Mensch im Straßenverkehr getötet

Unfallsituation in Thüringen 2023

Die Statistik der Straßenverkehrsunfälle erfasst und dokumentiert Sachverhalte über Unfälle und Beteiligte auf öffentlichen Wegen und Plätzen, bei denen Personen verletzt oder getötet oder Sachschäden verursacht worden sind. Die Daten dienen unter anderem als Grundlage für die Unfallforschung und die Arbeit der Polizei bezüglich der Erhöhung der Verkehrssicherheit.

Im Thüringer Landesamt für Statistik wird seit Anfang der 1990er Jahre, wie in allen Bundesländern, auch die Bundesstatistik der Verkehrsunfälle für den Freistaat durchgeführt.

UNFÄLLE UND VERUNGLÜCKTE

Im Jahr 2023 wurden in Thüringen 50477 Straßenverkehrsunfälle durch die Polizei registriert. Damit stieg die Zahl der Verkehrsunfälle im Vergleich zum Vorjahr um 1153 Unfälle bzw. 2,3 Prozent an. Die Anzahl der Unfälle mit Personenschaden lag mit 5589 fast auf Vorjahresniveau (2022: 5573 Unfälle mit Personenschaden). Der Anteil von Verkehrsunfällen mit Personenschaden an allen Straßenverkehrsunfällen betrug 11,1 Prozent.

Die Anzahl der Schwerverletzten ging 2023 um 3,7 Prozent zurück, dagegen stieg die der Leichtverletzten um 1,5 Prozent an. Tödlich verletzt wurden 97 Personen. Dies entspricht einem Zuwachs um 12 Personen im Vergleich zum Vorjahr (+14,1 Prozent). Besonders schwerwiegend war hierbei ein Unfall mit 7 getöteten Personen im April 2023.

Da das Verkehrsgeschehen jedoch, genauso wie andere Bereiche des Lebens, durch die Corona-Pandemie beeinflusst wurde, sind die Zahlen nur schwer mit denen von 2020 und 2021 zu vergleichen. Betrachtet man das Vor-Corona-Jahr 2019 mit 55790 Unfällen, so gab es bei der Anzahl der Verkehrsunfälle im Jahr 2023 einen Rückgang um 9,5 Prozent.

FEHLVERHALTEN BEI UNFÄLLEN MIT PERSONENSCHADEN

Die Hauptunfallursachen beim Fehlverhalten der Fahrzeugführer haben sich in den letzten Jahren kaum verändert. Unfallursache Nummer 1 bleibt weiterhin „nicht angepasste Geschwindigkeit“. Sie stellte 21,0 Prozent der Unfallursachen von Fahrzeugführern dar. Danach folgten Fehler beim Abbiegen, Wenden oder Rückwärtsfahren (12,2 Prozent) und beim Abstand (12,0 Prozent).

ALKOHOL

Im Jahr 2023 wurden durch die Polizei 889 Verkehrsunfälle unter Alkoholeinwirkung (im Vergleich zu 2022: +17 bzw. +1,9 Prozent) registriert. Bei 351 (39,5 Prozent) dieser Straßenverkehrsunfälle unter Alkoholeinwirkung gab es einen Personenschaden. Von den 353 alkoholisierten Beteiligten bei Unfällen mit Personenschaden waren mit 78 Personen (22,1 Prozent) die meisten aus der Gruppe der 35- bis 45-Jährigen, dicht gefolgt von der Gruppe der 25- bis 35-Jährigen mit 77 Personen (21,8 Prozent).

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Alle wichtigen Zahlen auf einen Blick finden Sie in der Ausgabe 2024 des Faltblattes „Straßenverkehrsunfälle in Thüringen“. Das Faltblatt beinhaltet Tabellen und Grafiken unter anderem zur Anzahl von Verkehrsunfällen und dabei Verunglückten, zu Fehlverhalten und Alkoholeinwirkung sowie zu Alter und Geschlecht der Beteiligten. Die Daten beziehen sich im Wesentlichen auf das Jahr 2023. Das Faltblatt steht Ihnen in unserem Webshop kostenlos zum Download und in Papierform zur Verfügung.

Link zum Faltblatt

Detailliertere Informationen finden Sie auf unserer Internetseite und im Jahresbericht der Straßenverkehrsunfälle in Thüringen. Der Jahresbericht steht Ihnen ebenfalls in unserem Webshop kostenlos zum Download und in Papierform zur Verfügung.

Link zu den SQL-Tabellen

Dr. Susanne Knabe
Referat Bevölkerungs- und Haushaltsstatistiken

Marina Mascher
Referat Bevölkerungs- und Haushaltsstatistiken

THÜRINGEN 2042: Ergebnisse der Vorausberechnung der Krankenhausfälle

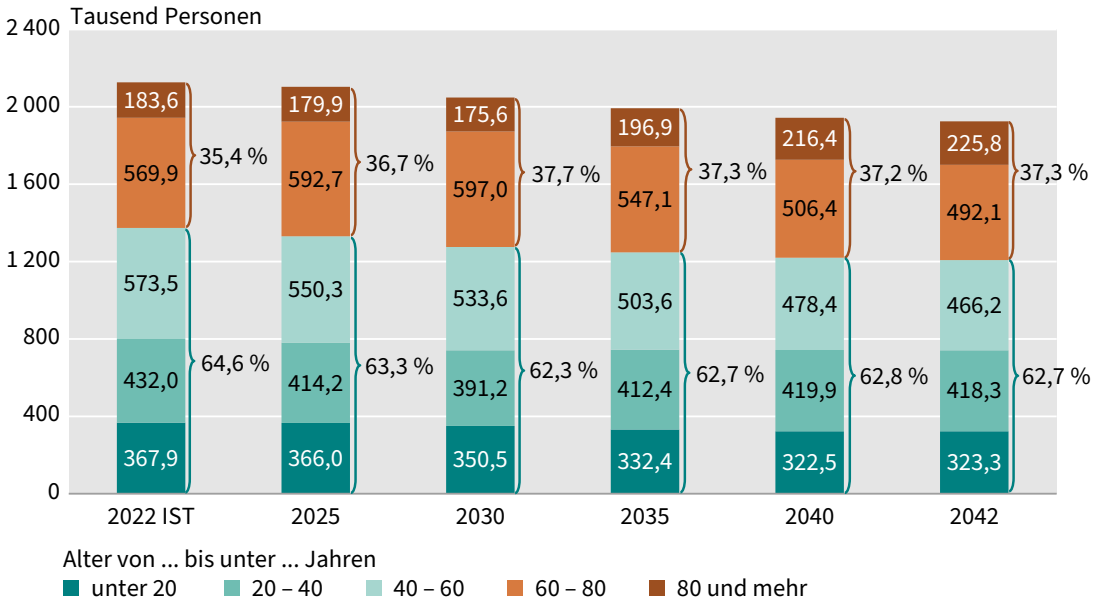
Die Alterung der Bevölkerung und der Rückgang der Einwohnerzahl sind 2 Kernprozesse des demografischen Wandels in Thüringen. Beide Prozesse haben unmittelbare Auswirkungen auf viele Bereiche des Gesundheitswesens, die in hohem Maße „demografieabhängig“ sind.

Der folgende Aufsatz beschäftigt sich im Rahmen des Projektes „THÜRINGEN 2042“ mit der voraussichtlichen Entwicklung der Zahl der in Krankenhäusern behandelten Patienten (Krankenhausfälle). Da diese unter anderem von der Zahl der älteren Menschen im Freistaat abhängt, wird zunächst die Entwicklung der Bevölkerung nach ausgewählten Altersgruppen betrachtet. Anschließend werden die aktuelle Situation und die zukünftige Entwicklung der Zahl der Krankenhausfälle anschaulich dargestellt.

1. Zukünftige Entwicklung der Bevölkerung in Thüringen

Die Bevölkerung Thüringens wird nach den Ergebnissen der 3. regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung (3. rBv) bis zum Jahr 2042 nicht nur in ihrer Anzahl stark zurückgehen (–9,5 Prozent ausgehend von 2022), sondern auch immer älter werden. Das Durchschnittsalter wird von aktuell 47,5 Jahren (2022) auf voraussichtlich 48,5 Jahre bis 2042 ansteigen. Im Jahr 2022 waren mehr als ein Drittel (35,4 Prozent) der Thüringer Bevölkerung 60 Jahre und älter. Dieser Anteil wird bis 2042 voraussichtlich um 1,9 Prozentpunkte auf 37,3 Prozent steigen (Abbildung 1). Relevant ist diese Zahl, da allein im Jahr 2022 etwas mehr als 60 Prozent der Krankenhausfälle auf diese Altersgruppe zurückzuführen waren.

Abbildung 1: Bevölkerung 2022 bis 2042 nach ausgewählten Altersgruppen



Die Zahl der Hochbetagten nimmt stark zu

Die Zahl der Personen fast aller in Abbildung 1 betrachteten Altersgruppen wird bis zum Jahr 2042 mehr oder weniger stark zurückgehen. Ausgehend vom Jahr 2022 ist eine Abnahme der Zahl der unter 20-Jährigen um 12,1 Prozent zu erwarten. Die Einwohnerzahl der 20- bis unter 40-Jährigen wird sich voraussichtlich um 3,2 Prozent und die der 40- bis unter 60-Jährigen um 18,7 Prozent verringern. Nach einem zwischenzeitlichen Anstieg bis 2028 wird die Zahl der 60- bis unter 80-Jährigen wieder sinken und somit im gesamten Vorausberechnungszeitraum um 13,6 Prozent zurückgehen. Lediglich die Zahl der Hochbetagten ab 80 Jahren wird, nach einem zwischenzeitlichen Rückgang, bis zum Ende des Vorausberechnungszeitraumes deutlich um 23,0 Prozent ansteigen. Dies wird unmittelbare Auswirkungen auf die zukünftige Zahl der Krankenhausbehandlungen haben.

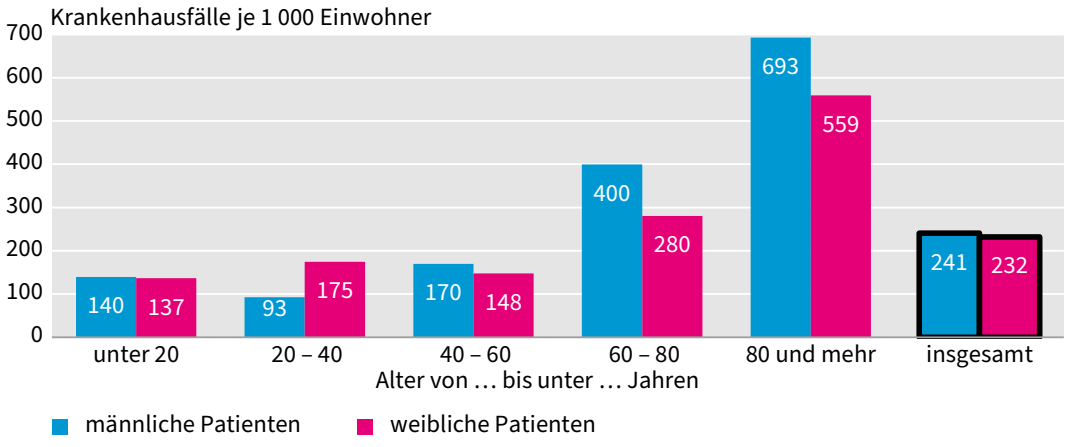
2. Zahl der Krankenhausbehandlungen 2022 in Thüringen

Als Krankenhausfälle werden alle aus Thüringer Krankenhäusern entlassenen vollstationär behandelten Patienten[1)] erfasst. Seit dem Erhebungsjahr 2004 werden auch die gesunden Neugeborenen nachgewiesen. Mehrfach im Jahr vollstationär behandelte Patienten werden für jeden Krankenhausaufenthalt als neuer Fall gezählt. Die Angaben betreffen auch die im Krankenhaus verstorbenen, nicht jedoch teilstationär oder ambulant behandelte Patienten. Als teilstationär gilt ein Krankenhausaufenthalt, wenn ein Patient regelmäßig mit derselben Erkrankung Krankenhausleistungen in Anspruch nimmt, ohne dass seine Anwesenheit ununterbrochen erforderlich ist. Je nach Erkrankung befindet sich der Patient tagsüber oder nachts in seinem normalen Umfeld. Bei einer ambulanten Behandlung sind keine stationären Leistungen enthalten.

2022 wurden 502,7 Tausend Patienten aus Thüringer Krankenhäusern entlassen

Im Jahr 2022 wurden 502,7 Tausend vollstationäre Patienten aus insgesamt 49 Thüringer Krankenhäusern entlassen. Darunter waren 1,7 Prozent bzw. 8,3 Tausend Stundenfälle, welche am Aufnahmetag wieder aus dem Krankenhaus entlassen bzw. in ein anderes Krankenhaus verlegt wurden. Verstorben sind 13,6 Tausend Patienten bzw. 2,7 Prozent der Krankenhausfälle. Die Zählung der Krankenhausfälle erfolgt nach dem Behandlungsortprinzip, d. h. bei den entlassenen Patienten handelt es sich nicht ausschließlich um Thüringer Einwohner. So wohnten 43,5 Tausend Patienten bzw. 8,7 Prozent der 2022 in Thüringer Krankenhäusern versorgten Patienten nicht in Thüringen. Demgegenüber wurden 51,5 Tausend Thüringer in anderen Bundesländern vollstationär behandelt. Das sind 10,2 Prozent aller vollstationären Thüringer Krankenhausfälle. Patienten in Thüringer Krankenhäusern ohne Wohnsitz in Thüringen entsprachen somit ungefähr dem Anteil der Thüringer, welche in einem Krankenhaus außerhalb des Freistaates behandelt wurden.

Abbildung 2: Alters- und geschlechtsspezifische Krankenhausfallquote in Thüringen 2022



1) Unter der sprachlich maskulinen Form der Patienten sind stets alle Geschlechter zu verstehen (männlich, weiblich, divers).

Mehr männliche als weibliche Patienten

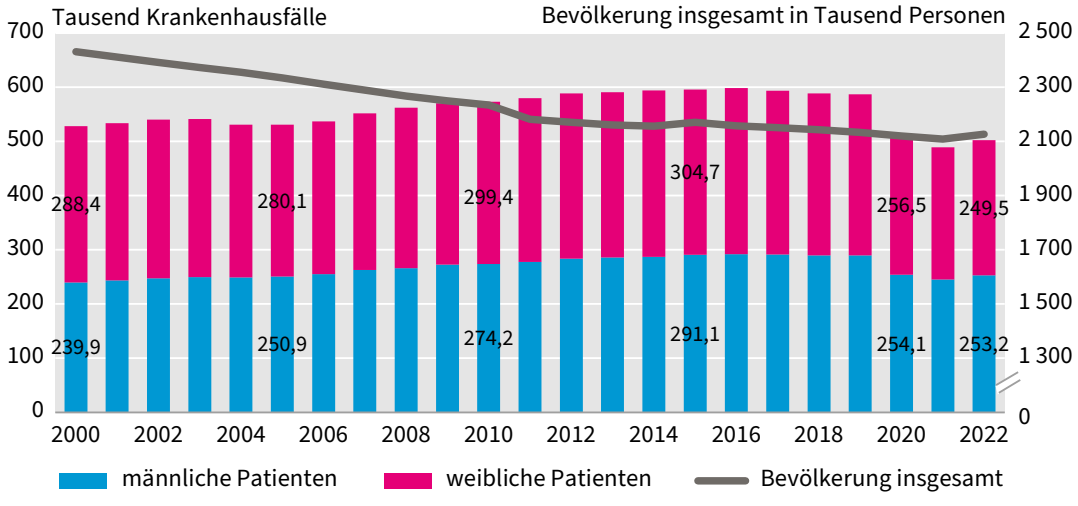
Mit 253,2 Tausend Krankenhausfällen wurden 2022 in Thüringen etwas mehr Männer als Frauen (249,5 Tausend Fälle bzw. 49,6 Prozent) behandelt. Die Krankenhausfallquote der weiblichen Patienten lag bei 232 weiblichen Behandlungsfällen je 1000 Thüringer Frauen, während dieser Wert bei den Thüringer Männern bei 241 lag. Werden einzelne Altersgruppen betrachtet, wird deutlich, dass – gemessen an der jeweiligen Bevölkerung – ausschließlich Frauen von 20 bis unter 40 Jahren eine höhere Quote aufwiesen als die gleichaltrigen Männer (Abbildung 2). Dies ist der Tatsache geschuldet, dass Frauen in diesem Alter aufgrund von Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett häufiger ein Krankenhaus aufsuchen. Ohne die Berücksichtigung dieses Diagnosekapitels läge die Quote der 20- bis unter 40-jährigen Frauen bei 83 Behandlungsfällen je 1000 Frauen und damit ebenfalls unter der Quote der Männer. Insgesamt betrachtet läge die weibliche Krankenhausfallquote dann bei 215 Fällen je 1000 Frauen.

In Abbildung 2 ist ein deutlicher Zusammenhang zwischen Alter und Krankenhausaufenthalt zu erkennen. Ältere Menschen sind zudem oft von mehreren Krankheiten betroffen, was eine höhere Behandlungshäufigkeit nach sich ziehen kann. Im Vergleich mit der jeweiligen Bevölkerung zeigt sich, dass die Anzahl der Krankenhausfälle je 1000 Einwohner (Krankenhausfallquote) mit zunehmendem Alter steigt.

2022 war über die Hälfte der Krankenhauspatienten 60 Jahre und älter

Trotz der höheren Fallquoten der Hochbetagten ab 80 Jahren hatten den größten Anteil an Krankenhausaufenthalten Patienten im Alter von 60 bis unter 80 Jahren mit 38,2 Prozent. Weniger als ein Viertel (21,4 Prozent) der Patienten war unter 40 Jahre alt, 18,1 Prozent waren 40 bis unter 60 Jahre alt und 22,3 Prozent waren 80 Jahre und älter (siehe auch Abbildung 5). Mehr als die Hälfte (60,4 Prozent) der Krankenhauspatienten war 2022 demnach bereits 60 Jahre und älter. Der Zusammenhang zwischen Alter eines Patienten und Behandlungshäufigkeit erklärt auch, weshalb die Zahl der Krankenhausfälle in Thüringen trotz stetig sinkender Einwohnerzahl zwischen 2005 und 2016 kontinuierlich von 531,0 Tausend auf 598,4 Tausend Behandlungen gestiegen ist. Seit 2017 war erstmals seit über 10 Jahren ein Rückgang in den Fallzahlen zu beobachten (Abbildung 3). Im Jahr 2020 kam es aufgrund der Corona-Pandemie zu einem starken Rückgang der Krankenhausfälle (–76,2 Tausend Fälle bzw. –13,0 Prozent), da nicht dringend erforderliche Behandlungen ausgesetzt wurden, um Klinikkapazitäten freizuhalten. Auch im zweiten Pandemie-Jahr 2021 sank die Zahl der Krankenhausfälle nochmals deutlich um 21,3 Tausend bzw. 4,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr, da „planbare“ Behandlungen weiterhin aufgrund des Freihaltens von Bettenkapazitäten und verschärften Hygienekonzepten verschoben wurden. Darüber hinaus versuchten wahrscheinlich viele Menschen, nicht zwingend notwendige Kranken-

Abbildung 3: Krankenhausfälle nach Geschlecht und Bevölkerung in Thüringen 2000 bis 2022



hausaufenthalte zu vermeiden. Zwar stieg 2022 die Zahl der Krankhausfälle wieder an (+13,3 Tausend bzw. +2,7 Prozent), dennoch liegt sie deutlich unter dem Vor-Corona-Niveau von 2019.

Herz-Kreislauf-Erkrankungen waren 2022 die häufigste Diagnose

Die 5 häufigsten Diagnosen, aufgrund derer Patienten im Krankenhaus vollstationär behandelt wurden, waren 2022 Herz-Kreislauf-Erkrankungen (15,4 Prozent), Neubildungen (11,8 Prozent) - sowohl gutartige als auch bösartige Tumore (Krebserkrankungen) -, Krankheiten des Verdauungssystems (10,4 Prozent), Verletzungen, Vergiftungen und bestimmte andere Folgen äußerer Ursachen (10,3 Prozent) sowie Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes (7,7 Prozent). Bei den angegebenen Diagnosen handelt es sich immer um die Hauptdiagnose, die für die Veranlassung des stationären Aufenthaltes des Patienten verantwortlich ist. In der Vorausberechnung wird auch berücksichtigt, dass bestimmte Krankheiten zum Teil sehr unterschiedliche Altersgruppen betreffen können. Während das Durchschnittsalter aller behandelten Patienten 2022 bei 59,5 Jahren lag (und damit 12 Jahre über dem Durchschnitt der Thüringer Bevölkerung insgesamt), waren Patienten mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen durchschnittlich 72,5 Jahre alt. Die Patienten des Diagnosekapitels Psychische und Verhaltensstörungen waren mit einem Durchschnittsalter von 46,5 Jahre hingegen meist deutlich jünger. Die Häufigkeit der zusammengefassten Diagnosearten (Diagnosekapitel) nach Geschlecht und das Durchschnittsalter der Patienten zeigt Abbildung 4.

Abbildung 4: Aus Thüringer Krankenhäusern entlassene vollstationäre Patienten[1)] 2022 nach Geschlecht und zusammengefassten Diagnosearten (Diagnosekapitel)

Zusammengefasste Diagnosearten nach ICD-10[2)]		Männliche Patienten		Weibliche Patienten		Zusammen		Durchschnittsalter in Jahren
Schlüsselnummer	Diagnosekapitel	Anzahl in 1000	Anteil in Prozent	Anzahl in 1000	Anteil in Prozent	Anzahl in 1000	Anteil in Prozent	
I00 - I99	Herz-Kreislauf-Erkrankungen	42,8	16,9	34,7	13,9	77,5	15,4	72,5
C00 - D48	Neubildungen (Tumore)	33,8	13,3	25,8	10,3	59,6	11,8	66,3
K00 - K99	Krankheiten des Verdauungssystems	27,9	11,0	24,2	9,7	52,1	10,4	61,0
S00 - T98	Verletzungen, Vergiftungen und bestimmte andere Folgen äußerer Ursachen	24,8	9,8	26,9	10,8	51,8	10,3	60,9
M00 - M90	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes	17,7	7,0	21,0	8,4	38,8	7,7	63,4
J00 - J99	Krankheiten des Atmungssystems	19,4	7,7	14,3	5,7	33,7	6,7	57,1
N00 - N99	Krankheiten des Urogenitalsystems	14,8	5,9	14,0	5,6	28,9	5,7	62,8
F00 - F99	Psychische und Verhaltensstörungen	15,5	6,1	13,1	5,3	28,7	5,7	46,5
R00 - R99	Symptome und abnorme klinische und Laborbefunde, die anderweitig nicht klassifiziert sind	10,3	4,1	10,9	4,4	21,2	4,2	56,9
G00 - G99	Krankheiten des Nervensystems	10,0	4,0	9,9	4,0	19,9	4,0	60,2
O00 - O99	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	0,0	0,0	18,6	7,5	18,6	3,7	30,8
A00 - B99	Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten	7,6	3,0	7,4	3,0	15,0	3,0	52,1
E00 - E90	Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	6,9	2,7	7,8	3,1	14,6	2,9	67,3
Z00 - Z99	Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen und zur Inanspruchnahme des Gesundheitswesens führen	6,5	2,6	6,0	2,4	12,5	2,5	14,0
H00 - H59	Krankheiten des Auges und der Augenanhangsgebilde	4,6	1,8	5,3	2,1	9,9	2,0	69,4
L00 - L99	Krankheiten der Haut und der Unterhaut	4,1	1,6	3,6	1,4	7,7	1,5	50,9
D50 - D90	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe sowie bestimmte Störungen mit Beteiligung des Immunsystems	1,8	0,7	2,0	0,8	3,8	0,8	67,9
P00 - P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	1,9	0,7	1,5	0,6	3,3	0,7	2,5
H60 - H95	Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	1,5	0,6	1,7	0,7	3,2	0,6	54,5
Q00 - Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	1,1	0,4	0,7	0,3	1,8	0,4	23,1
	Insgesamt	**253,2**	**100**	**249,5**	**100**	**502,7**	**100**	**59,5**

1) einschließlich Stunden- und Sterbefälle
2) ICD–10: International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems, 10. Revision (Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme)

Die vorangegangenen Ausführungen verdeutlichen, dass die Zahl der Krankenhausfälle und das Auftreten bestimmter Diagnosearten sowohl vom Geschlecht als auch vom Alter der Personen beeinflusst wird. So treten beispielsweise bei Frauen häufiger Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes auf, während Männer häufiger von Herz-Kreislauf- und Tumorerkrankungen (Neubildungen) sowie Krankheiten des Atmungssystems betroffen sind. Dementsprechend wird die Zahl der zukünftigen Krankenhausfälle direkt von der zukünftigen Alters- und Geschlechtsstruktur bestimmt.

3. Entwicklung der Zahl der Krankenhausbehandlungen in Thüringen bis 2042

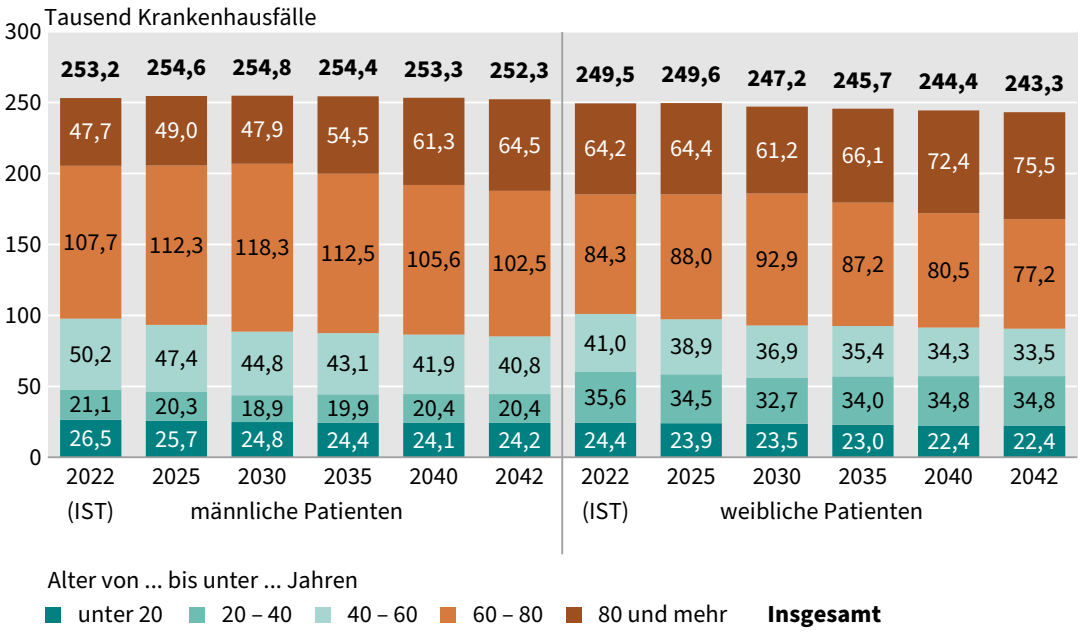
3.1 Methodik des Status-Quo-Szenarios

Die im vorherigen Abschnitt beschriebenen Differenzierungen müssen bei der Vorausberechnung der zukünftig zu erwartenden Krankenhausfälle berücksichtigt werden. Dies geschieht durch die Berechnung geschlechtsspezifischer Diagnosefallquoten nach 5er-Altersgruppen für das Referenzjahr 2022. Diese Quoten spiegeln das Verhältnis von Diagnosefällen zur Anzahl der Personen der entsprechenden Altersgruppe nach Geschlecht wider. Da die Vorjahre 2020 und 2021, wie bereits in Kapitel 2 beschrieben, von den Auswirkungen der Corona-Pandemie beeinflusst waren, bleiben sie bei der Ermittlung der Quoten unberücksichtigt. Zwar liegen auch die Fallzahlen für das Jahr 2022 noch deutlich unter dem Vor-Corona-Niveau des Jahres 2019, es ist aktuell jedoch nicht absehbar, wie sich die Fallzahlen angesichts des zunehmenden Trends zu ambulanten Behandlungen und der geplanten Krankenhausreform weiter entwickeln werden. Die so ermittelten Diagnosefallquoten für das Jahr 2022 wurden entsprechend eines Status-Quo-Szenarios konstant gehalten und auf die Bevölkerungsstruktur des Vorausberechnungszeitraums übertragen. Faktoren wie der technische Fortschritt sowie Veränderungen der Sterbewahrscheinlichkeit nach einzelnen Diagnosearten bleiben unberücksichtigt. Zudem wird eine konstante Nachfrage nach medizinischer Versorgung im Krankenhaus unterstellt. Die zukünftige Veränderung der Zahl der Krankenhausfälle lässt sich damit ausschließlich auf die in der 3. rBv abgebildete demografische Entwicklung zurückführen.

3.2 Alters- und geschlechtsspezifische Entwicklung der Krankenhausfälle

Gegenüber 2022 ist mit einem Rückgang der Zahl der Krankenhausfälle bis 2042 insgesamt um 1,4 Prozent bzw. um 7,1 Tausend auf 495,6 Tausend Fälle zu rechnen. Im Durchschnitt sind das jährlich rund 0,4 Tausend Krankenhausfälle weniger. Dabei wird sich die Zahl der männlichen Patienten bis 2042

Abbildung 5: Krankenhausfälle in Thüringen 2022 bis 2042 nach Geschlecht und Altersgruppen



kaum verändern. Hier ist ein Rückgang um 0,3 Prozent zu erwarten (Abbildung 5). Innerhalb dieses Zeitraumes ist allerdings kein linearer Verlauf zu erkennen. Bis zum Jahr 2030 wird sich diese Zahl voraussichtlich um 0,7 Prozent erhöhen, um ab dem Jahr 2031 kontinuierlich auf 252,3 Tausend Patienten zu sinken. Die Zahl weiblicher Behandlungsfälle wird sich hingegen bereits ab dem Jahr 2024 verringern, was von 2022 bis 2042 einem Gesamtrückgang um 2,5 Prozent entspricht. Abbildung 5 veranschaulicht die erwarteten Veränderungen im Zeitverlauf und verdeutlicht darüber hinaus, wie unterschiedlich sich die Zahl der Krankenhausfälle bei den verschiedenen Altersgruppen beider Geschlechter entwickeln wird.

Starke Zunahme der Krankenhausfälle bei den ab 80-Jährigen

Entsprechend der in Abschnitt 1 beschriebenen Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung wird sich auch die Zahl der Krankenhausfälle verändern. Bis 2042 wird die Zahl hochbetagter Patienten ab 80 Jahren gegenüber 2022 um 25,0 Prozent steigen. Abbildung 6 verdeutlicht, dass dabei der für die Hochbetagten vorausberechnete relative Zuwachs bei den Männern etwa doppelt so hoch (+35,0 Prozent) wie bei den Frauen (+17,6 Prozent) sein wird. In den anderen Altersgruppen wird bis 2042 gegenüber 2022 ein Rückgang der Patientenzahlen erwartet. Am stärksten fällt er voraussichtlich bei den 40- bis unter 60-Jährigen (–18,6 Prozent) aus. Auch die Zahl der zu behandelnden Kinder und Jugendlichen unter 20 Jahren (–8,6 Prozent) und der 20- bis unter 40-Jährigen (–2,8 Prozent) sowie der 60- bis unter 80-Jährigen (–6,4 Prozent) wird aufgrund der negativen Bevölkerungsentwicklung dieser Altersgruppen zurückgehen.

3.3 Zukünftige Entwicklung der häufigsten Diagnosearten

Die Vorausberechnung der Krankenhausfälle wurde auf Basis der alters- und geschlechtsspezifischen Diagnosefallquoten für die in Abbildung 4 aufgeführten 20 Diagnosekapitel vorgenommen. Für diese Krankheitsbilder lassen sich demnach auch Aussagen zur zukünftigen Entwicklung treffen. Betrachtet man die 5 häufigsten Diagnosearten, werden jeweils unterschiedliche Entwicklungen deutlich (Abbildungen 7 und 8). Diese Entwicklungen hängen davon ab, wie stark die einzelnen Krankheitsbilder eher Hochbetagte ab 80 Jahren oder jüngere Altersgruppen betreffen.

Abbildung 6: Veränderung der Krankenhausfälle in Thüringen 2042 gegenüber 2022 nach Altersgruppen und Geschlecht

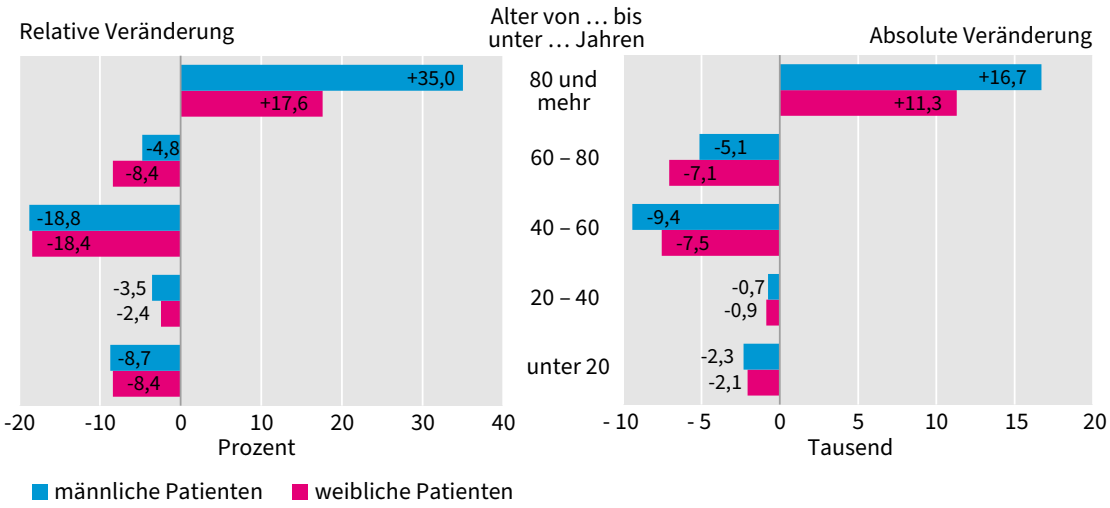
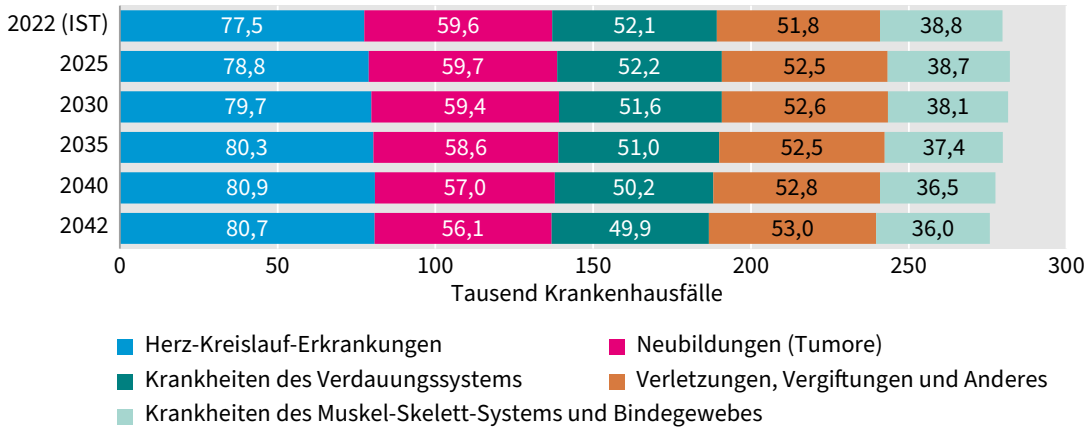


Abbildung 7: Krankenhausfälle in Thüringen 2022 bis 2042 nach ausgewählten zusammengefassten Diagnosearten



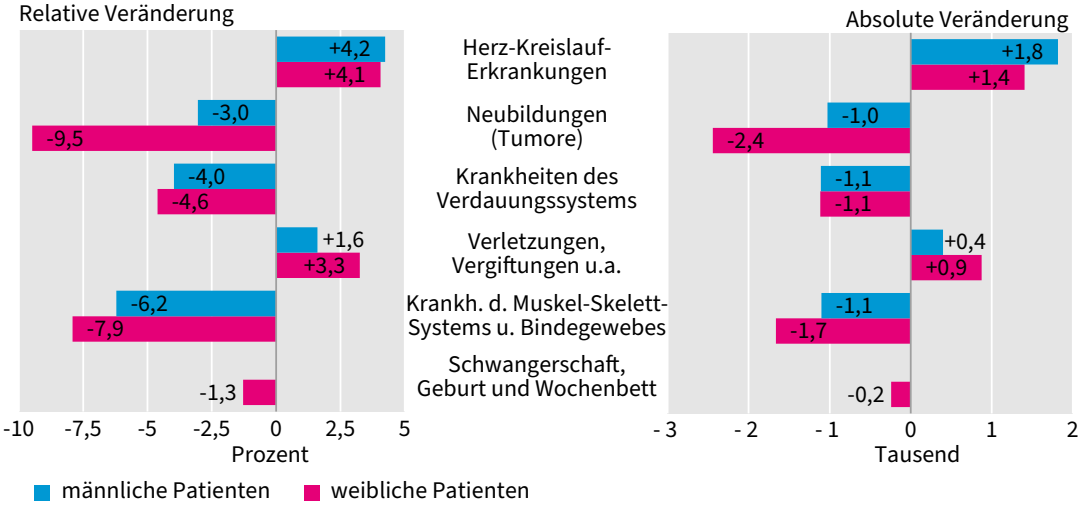
Zunahme bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie Verletzungen und Vergiftungen

Während bei den Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie bei Verletzungen und Vergiftungen mit einer Steigerung der stationären Behandlungsfälle bis 2042 zu rechnen ist, werden sich die Zahlen der 3 anderen häufigsten Diagnosekapitel voraussichtlich reduzieren. Der Rückgang bei den stationären Tumorbehandlungen (Neubildungen) ist auf eine starke Abnahme der Behandlungsfälle bei den Frauen zurückzuführen. Die Fälle bei den Männern werden hingegen nur leicht zurückgehen. Bei Krankenhausaufenthalten aufgrund von Verletzungen und Vergiftungen ist eine entgegengesetzte Entwicklung festzustellen. Hier wird die Zunahme weiblicher Behandlungsfälle voraussichtlich größer sein als die der Männer. Bei den anderen Diagnosekapiteln weisen beide Geschlechter voraussichtlich eine ähnliche Entwicklung auf.

Krankenhausfälle aufgrund von Schwangerschaft und Geburt gehen leicht zurück

Die sechsthäufigste Ursache weiblicher Krankenhausaufenthalte bildet die Diagnose Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett. Deren Zahl wird voraussichtlich von 18,6 Tausend auf 17,7 Tausend

Abbildung 8: Veränderung der Krankenhausfälle in Thüringen 2042 gegenüber 2022 nach ausgewählten zusammengefassten Diagnosearten und Geschlecht



Fälle bis zum Jahr 2030 sinken und dann wieder auf 18,4 Tausend bis 2042 steigen. Ursache hierfür ist die Annahme wieder steigender Geburtenraten. Insgesamt werden die Fallzahlen dieses Diagnosekapitels gegenüber 2022 damit leicht um rund 200 Behandlungen bzw. 1,3 Prozent zurückgehen (Abbildung 8).

4. Zusammenfassung

Die Zahl der Krankenhausfälle wird sich bis zum Jahr 2042 voraussichtlich von 502,7 Tausend (2022) auf 495,6 Tausend Fälle reduzieren (Abbildung 9). Ursache hierfür ist der generelle Einwohnerrückgang in Thüringen, der trotz Alterung der Bevölkerung mittelfristig zu weniger stationären Krankenhausbehandlungen führen wird.

Anteil weiblicher Patienten leicht rückläufig

Im Vorausberechnungszeitraum wird die Zahl der weiblichen Krankenhausfälle etwas stärker sinken (–2,5 Prozent) als die der Männer (–0,3 Prozent), sodass der Anteil der Frauen an allen Behandelten leicht von 49,6 Prozent (2022) auf 49,1 Prozent (2042) zurückgehen wird. Ohne das Diagnosekapitel „Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett“ würde der Frauenanteil 2022 bei 47,7 Prozent liegen und sich bis 2042 auf 47,1 Prozent reduzieren. Dennoch werden Frauen voraussichtlich auch zukünftig etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung stellen (Rückgang auf 50,1 Prozent 2042 im Vergleich zu 50,5 Prozent 2022).

Zunahme älterer und Rückgang jüngerer Patienten

Die Alterung der Bevölkerung wird einen Anstieg des Anteils älterer Patienten ab 60 Jahren unter allen Krankenhausfällen verursachen. Dieser wird voraussichtlich um 4,1 Prozentpunkte auf 64,5 Prozent aller Behandlungsfälle ansteigen. Ursächlich hierfür sind die ab 80-Jährigen, deren Anteil an allen stationären Krankenhausbehandlungen um 6,0 Prozentpunkte auf vorausberechnete 28,2 Prozent steigen wird. Dadurch wird es unter anderem zu einer weiteren Zunahme von Patienten mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen kommen, da diese aktuell zu über 80-Prozent 60 Jahre und älter sind (Abbildung 10). Daneben wird der Einwohnerrückgang der jungen Menschen zu weniger Diagnosefällen führen, die vorwiegend Jüngere betreffen, wie Krankenhausaufenthalte aufgrund von Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett.

Bei der Interpretation der vorgestellten Ergebnisse muss berücksichtigt werden, dass das Status-Quo-Szenario lediglich die Auswirkungen der vorausberechneten Bevölkerungsentwicklung auf die Zahl der stationären Krankenhausbehandlungen beschreibt, wenn die alters- und geschlechtsspezifischen Diagnosefallquoten in Zukunft so bleiben würden wie im Jahr 2022. Die Zahlen geben jedoch keine Auskunft über die generelle Zahl der Erkrankungen. Der aktuelle Trend zu mehr ambulanten Behandlungen ohne Krankenhausaufenthalt sowie Reformen im Bereich der Krankenhausfinanzierung können zu veränderten Diagnosefallquoten und damit anderen Entwicklungen im Bereich der stationären Behand-

Abbildung 9: Entwicklung der Krankenhausfälle in Thüringen 2000 bis 2042

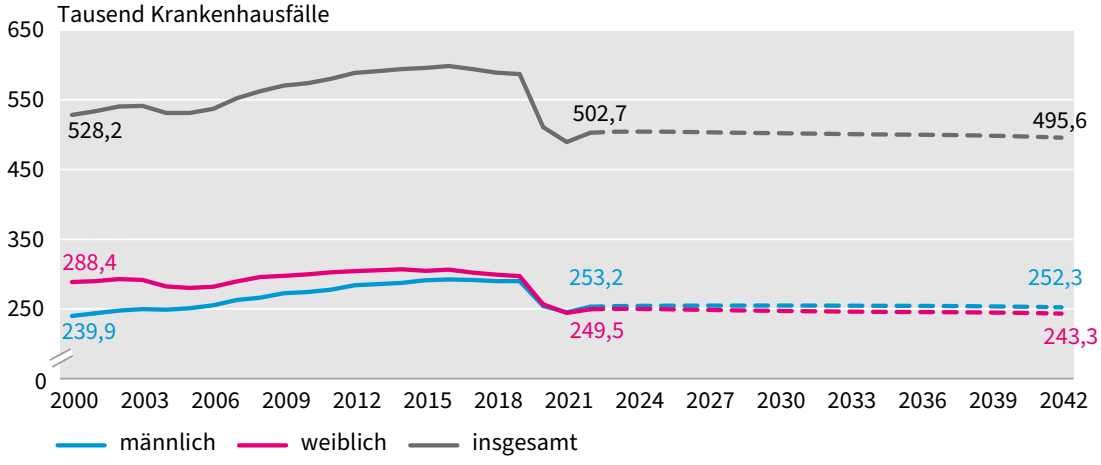
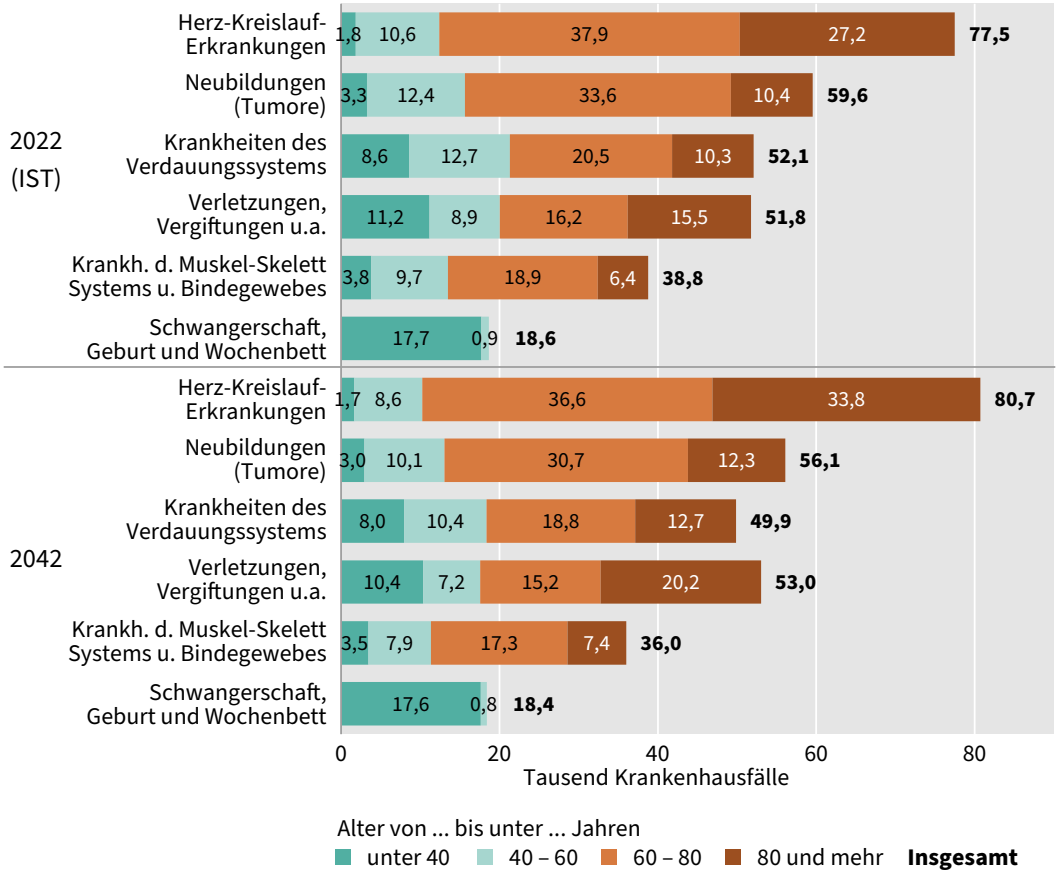


Abbildung 10: Krankenhausfälle in Thüringen 2022 und 2042 nach ausgewählten zusammengefassten Diagnosearten und Altersgruppen



lungen führen. So hat zum Beispiel die Zahl der Krebserkrankungen in den letzten Jahrzehnten unter anderem aufgrund der Alterung der Bevölkerung zugenommen. Da jedoch zunehmend mehr Behandlungen ambulant durchgeführt werden, sank die Zahl der stationären Krankenhausfälle dieser Diagnoseart.

Die Vorausberechnung der Krankenhausfälle stellt nur eine der Anschlussrechnungen zur 3. regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung bis 2042 für Thüringen dar. Auch zu anderen, in hohem Maße „demografieabhängigen“ Kennziffern wie zum Beispiel zur Zahl der Erwerbspersonen, der Kinder in Kindertagesbetreuung, den Haushalten oder zur Zahl der Pflegebedürftigen wurden entsprechende Anschlussrechnungen vorgenommen. Deren Ergebnisse und weitere Informationen sind im Internetportal „THÜRINGEN 2042“ unter der Adresse www.statistik.thueringen.de/th_2042/ verfügbar.

HANDWERK FOTOGRAFEN*

107
HANDWERKS-UNTERNEHMEN

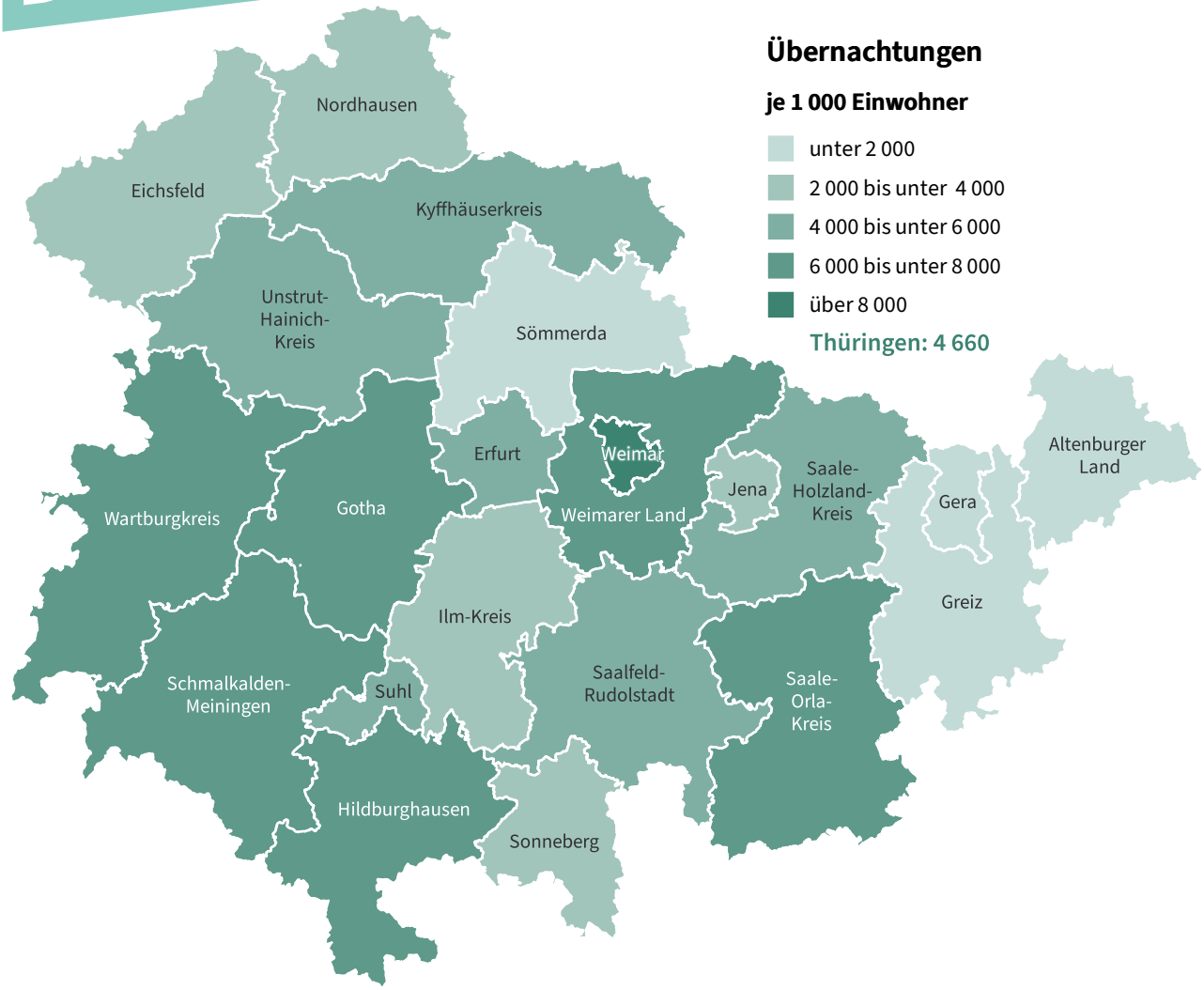
157
TÄTIGE PERSONEN

42 943
EURO UMSATZ JE TÄTIGE PERSON

* Bezeichnung des Gewerbezweigs

Quelle: Handwerkszählung 2021

KARTE DES MONATS



Tourismusintensität in den Thüringer Kreisen 2023

Im Jahr 2023 wurden in den Thüringer Beherbergungsbetrieben mit 10 und mehr Betten (einschließlich Campingplätze) insgesamt 9,9 Millionen Übernachtungen gezählt und damit 8,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Verweildauer lag dabei pro Gast im Jahr 2023 mit durchschnittlich 2,6 Tagen geringfügig unter dem Niveau des Jahres 2022 (2,7 Tage).

Die Beherbergungsbetriebe in Thüringen haben sich im Jahr 2023 zwar spürbar von den Coronabedingten Verlusten erholen können, die Ergebnisse vor der Pandemie konnten jedoch noch nicht wieder erreicht werden. So lag die Zahl der Übernachtungen in Thüringen im Jahr 2023 noch mit minus 4,4 Prozent unter den im Jahr 2019 erreichten Werten.

Die Tourismusintensität, d. h. die Zahl der Übernachtungen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl, betrug in Thüringen 4 660 Übernachtungen je 1 000 Einwohner. Die stärkste Tourismusintensität verzeichneten dabei die kreisfreie Stadt Weimar mit 11 199 Übernachtungen je 1 000 Einwohner und der Wartburgkreis mit 7 465 Übernachtungen je 1 000 Einwohner. Die geringsten Werte wurden hingegen vom Landkreis Sömmerda mit 1 089 Übernachtungen je 1 000 Einwohner und der kreisfreien Stadt Gera mit 1 495 Übernachtungen je 1 000 Einwohner gemeldet.

TROCKENE ZAHL

1 528
TONNEN SPARGEL

WURDEN AUF 258 HEKTAR IM FREILAND IM JAHR 2023 IN THÜRINGEN GEERNTET.

(DAS WAREN 121 TONNEN BZW. 7,3 PROZENT WENIGER ALS 2022.)

GASTBEITRAG

SONSTIGES

Prof. Dr.
Peter M. Huber,
LMU München
Bundesverfassungsrichter a.D.,
Thüringer Innenminister a.D.

Statistik und Grundgesetz

Anlässlich der Herausgabe der neuen Kommentierung des Bundesstatistikgesetzes, fand am 25. Januar 2024 ein Symposium zu Thema „Zukunft der amtlichen Statistik – Perspektiven des Bundesstatistikgesetzes“ statt. Die Veranstaltung widmete sich dem breiten Spektrum rechtlicher Rahmenbedingungen für amtliche statistische Daten, den Herausforderungen der amtlichen Statistik, Zukunftsperspektiven und auch den Gestaltungsmöglichkeiten. Zunächst wurde die Thematik durch Vorträge von Prof. Dr. Peter Michael Huber und Prof. Dr. Jürgen Kühling näher erörtert. Die anschließende Podiumsdiskussion beleuchtete den Sachverhalt aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln.

Der folgende Artikel bildet den Redebeitrag von Herrn Prof. Dr. Peter Michael Huber – Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Staatsphilosophie an der Universität München und ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht – ab. In dieser Fachexpertise erörtert Herr Prof. Dr. Huber das Urteil des BVerfG vom 19.9.2018 zum Zensus 2011, welches er am Bundesverfassungsgericht begleitet hat. Er geht explizit auf die Verknüpfungen zum Grundgesetz ein und führt den interessierten Leser, anhand der einschlägigen Literatur, durch den gesamten Prozess.

Inhaltsverzeichnis

I. Kompetenzordnung
II. Materielle Vorgaben des Grundgesetzes
  1. Verpflichtung zu realitätsgerechten Einwohnerermittlung
    a) Die Einwohnerzahl im Grundgesetz
    b) Realitätsgerechte Ermittlungspflicht
    c) Gestaltungsspielraum und Prognose
  2. Wesentlichkeitsdoktrin und Art. 80 GG
    a) Grundlagen der Wesentlichkeitsdoktrin
    b) Verhältnis von Art. 20 Abs. 1 bis 3 und Art. 80 Abs. 1 GG
  3. Föderative und interkommunale Gleichbehandlung
    a) Föderative Gleichbehandlung
    b) Interkommunale Gleichbehandlung
  4. Rechtsschutzmöglichkeiten
    a) Föderatives Rechtsschutzgebot
    b) Subjektive Rechtstellungsgarantie
  5. Recht auf informationelle Selbstbestimmung
    a) Recht auf informationelle Selbstbestimmung als grundrechtliche Folie
    b) Schranken
    c) Organisatorische und verfahrensrechtliche Vorkehrungen
    d) Besondere Anforderungen an die Statistik
    e) Verhältnismäßigkeit
III. Bewertung und Ausblick

Die Statistik stand einige Male im Kern von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts: im Beschluss zum Mikrozensus vom 16. Juli 1969,[1] in der einstweiligen Anordnung über die Aussetzung der Volkszählung 1983 vom 13. April 1983[2] und natürlich in dem mittlerweile schon rechtshistorischen Volkszählungsurteil vom 15. Dezember 1983. Zu Recht wurde kurz vor Weihnachten allenthalben daran erinnert, dass mit ihm das „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“ aus der Taufe gehoben wurde.[3] Gegenstand der genannten Entscheidungen waren durchwegs die Zumutungen der Statistik für Bürgerinnen und Bürger, Gewerbetreibende etc., ihre Grundrechtsrelevanz und ihre Verhältnismäßigkeit. Die dazu erschienenen verfassungs- und unionsrechtlichen Anmerkungen und Kommentierungen füllen Bibliotheken.

Das Urteil des Zweiten Senats zum Zensus 2011 vom 19. September 2018, in dem ich als Berichterstatter fungieren durfte, gehört hingegen eher zu den „hidden champions“.[4] Das mediale Echo auf die Entscheidung war gering, die fachliche Rezeption durch die Staatsrechtslehre ist überschaubar. Das mag am Gegenstand liegen, den geringen politischen Auseinandersetzungen oder auch an der weitgehend geräuschlosen Durchführung des Zensus 2011. Gegen ihn ließen sich – anders als gegen die Volkszählung 1983 – die Massen nicht mobilisieren.

Wenn Ihr Symposion hier eine Wende markieren würde, wäre das jedenfalls aus wissenschaftlicher Perspektive sehr zu begrüßen. Deshalb sollen die – verallgemeinerungsfähigen - verfassungsrechtlichen Kernaussagen im Folgenden noch einmal in Erinnerung gerufen und ihre Bedeutung bewertet werden.

I. Kompetenzordnung

Nach Art. 73 Abs. 1 Nr. 11 GG verfügt der Bund über die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz für die Statistik für Bundeszwecke. Das betrifft Vorbereitung und Durchführung eines Zensus und ermächtigt den Bund, entsprechende Gesetze zu erlassen. Statistik im Sinne von Art. 73 Abs. 1 Nr. 11 GG meint dabei die Erhebung, Sammlung, Darstellung und Auswertung von Daten und Fakten im Wege methodischen Vorgehens für staatliche Zwecke.[5] „Für Bundeszwecke“ erfolgt eine Statistik allerdings nur dann, wenn sie objektiv auch der Erfüllung einer Bundesaufgabe dient.[6]

Eine staatliche Volkszählung durch Auswertung vorhandener Register und ergänzende Individualbefragungen unterfällt diesem Statistikbegriff.[7] Das folgt zwar noch nicht daraus, dass Art. 1, 3 und 5 Verordnung (EG) Nr. 763/2008[8] die Mitgliedstaaten alle zehn Jahre zur Übermittlung bestimmter Bevölkerungsdaten an die Europäische Kommission verpflichten, weil insoweit der Grundsatz der institutionellen und verfahrensmäßigen Autonomie der Mitgliedstaaten gilt.[9] Die auf der Grundlage des Zensus 2011 erhobenen und ermittelten Daten dienen jedoch dadurch der Erfüllung von Aufgaben des Bundes, dass sie Informationen über die Einwohnerzahlen von Bund, Ländern und Gemeinden und damit die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland sowie über weitere Strukturdaten auf den Gebieten Bevölkerung, Wirtschaft, Soziales, Wohnungswesen, Raumordnung, Verkehr, Umwelt und Arbeitsmarkt liefern. Auf ihrer Grundlage werden politische Entscheidungen des Bundes, die an bestehende Entwicklungen auf diesen Gebieten anknüpfen und insoweit steuernd eingreifen wollen, überhaupt erst möglich.

10) Vgl. BVerfGE 65, 1 <39> - Volkszählung.

11) Vgl. Heintzen, in: v. Mangoldt/Klein/Starck, GG, Bd. 2, 7. Aufl. 2018, Art. 73 Rn. 123)

12) Vgl. etwa Lenk/Hesse/Lück, Synoptische Darstellung der kommunalen Finanzausgleichssysteme der Länder aus finanzwissenschaftlicher Perspektive, Studie im Auftrag des Landesrechnungshofs Mecklenburg-Vorpommern, August 2013, S. 61.

13) Vgl. Uhle, in: Maunz/Dürig, GG, Art. 70 Rn. 109 <Oktober 2008>.

14) Vgl. etwa Bayerisches Statistikgesetz <BayStatG> vom 10. August 1990, GVBl 1990, S. 270; Thüringer Statistikgesetz (ThürStatG) vom 21. Juli 1992 (GVBl. S. 368).

15) GVBl 1999, S. 415.

16) Vgl. Bauer, in: Dreier, GG, Bd. 2, 3. Aufl. 2015, Art. 51 Rn. 20 f.; Korioth, in: v. Mangoldt/Klein/Starck, GG, Bd. 2, 7. Aufl. 2018, Art. 51 Rn. 16.

17) Durch Art. 1 Nr. 5 des Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes vom 13. Juli 2017, BGBl I S. 2347.

18) Vgl. BVerfGE 86, 148 <236 f.>; 101, 158 <230>.

19) Vgl. Siekmann, in: Sachs, GG, 8. Aufl. 2018, Art. 107 Rn. 14 f.

20) Vgl. BVerfGE 72, 330 <384 f.>; 101, 158 <221>; 116, 327 <379>.

Dass die im Rahmen eines Zensus gewonnenen Informationen auch für Planungsprozesse und politische Entscheidungen der Länder und Kommunen herangezogen werden, steht der Einordnung als Statistik für Bundeszwecke nicht entgegen. In Programmen für Bundesstatistiken kann auch statistischen Bedürfnissen der Länder Rechnung getragen werden, da sich Gesetzes-, Verwaltungs- und Planungszuständigkeiten von Bund und Ländern vielfältig überschneiden[10] und eine Trennung der objektiven Statistikzwecke insoweit nicht praktikabel ist.[11]

Die Praxis ist freilich dadurch gekennzeichnet, dass die Länder wegen des hohen Aufwandes und der fachlichen und grundrechtlichen Hürden auch für ihre eigenen Angelegenheiten auf die vom Bund ermittelten Daten zurückgreifen.[12] Die Länder besitzen nach Art. 70 i. V. m. Art. 30 GG jedoch die Kompetenz zur Regelung und Durchführung statistischer Erhebungen für ihre eigenen Zwecke.[13] Sie haben davon durch den Erlass eigener Statistikgesetze Gebrauch gemacht.[14] Insoweit sind sie nicht an die in einer „Statistik für Bundeszwecke" erhobenen Daten gebunden, sondern können durchaus eigene, auch themengleiche Statistiken erstellen und verwenden. So hebt etwa § 29 Abs. 1 LFAG RP[15] auf nach melderechtlichen Vorschriften ermittelte Einwohnerzahlen ab und gibt damit dem zentralen Melderegister des Landes den Vorzug gegenüber der Bevölkerungsfortschreibung nach bundesrechtlichen Regeln.

II. Materielle Vorgaben des Grundgesetzes

In materiell-rechtlicher Hinsicht hat das Urteil vor allem fünf Maßstäbe für die Beurteilung eines Zensus ausgemacht: eine Verpflichtung zur realitätsgerechten Ermittlung der Einwohnerzahlen (1.), das Demokratie- und Rechtsstaatsgebot sowie Art. 80 Abs. 1 GG (2.), das föderative und das interkommunale Gleichbehandlungsgebot (3.), die Gewährung von Rechtsschutz zugunsten von Ländern und Gemeinden (4.) sowie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung (5.).

1. Verpflichtung zu realitätsgerechten Einwohnerermittlung

a) Die Einwohnerzahl im Grundgesetz

Das Grundgesetz misst der Einwohnerzahl für die Stimmenanzahl der Länder im Bundesrat, ihre Stellung im Bund-Länder-Finanzausgleich sowie die Anforderungen, unter denen sie einer Neugliederung unterzogen werden können, spezifische Bedeutung zu.

aa) Nach Art. 51 Abs. 2 GG haben die Länder mindestens drei Stimmen im Bundesrat, Länder mit mehr als zwei Millionen Einwohnern vier, Länder mit mehr als sechs Millionen Einwohnern fünf und Länder mit mehr als sieben Millionen Einwohnern sechs Stimmen. Damit bringt die Verfassung zum Ausdruck, dass sich das Stimmgewicht der Länder – anders als etwa im Senat der USA – sehr grob, aber immerhin an der Bevölkerungszahl orientiert. Nach § 27 GeschO-BR sind der Bemessung der Stimmenzahl die Ergebnisse der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung zugrunde zu legen sind, sofern nicht Ergebnisse einer amtlichen Volkszählung vorliegen.

Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (Bevölkerungsstatistikgesetz - BevStatG) ist der jeweils letzte Zensus auch Grundlage der Fortschreibung. Da schon eine geringfügige Verschiebung der Einwohnerzahlen Auswirkungen auf die Stimmenzahl eines Landes im Bundesrat haben kann, lässt sich aus der Abstufung der Länder nach ihrer Größe in Art. 51 Abs. 2 GG[16] die verfassungsrechtliche Notwendigkeit einer den tatsächlichen Verhältnissen angenäherten Bestimmung der Einwohnerzahlen der Länder ableiten.

bb) Auch die Finanzverfassung setzt ersichtlich realitätsnahe Einwohnerzahlen voraus,[17] nicht nur, weil die Zugrundelegung der Finanzkraft pro Einwohner dem Gebot der föderativen Gleichbehandlung entspricht.[18] Konkret spielt die Einwohnerzahl von Ländern und Gemeinden an mehreren Stellen des Bund-Länder-Finanzausgleichs eine Rolle:

- So wird der Anteil am Aufkommen der Umsatzsteuer den Ländern nach Maßgabe der Einwohnerzahl zugeteilt (Art. 107 Abs. 1 Satz 4 GG). Damit soll durch typisierende Anknüpfung an einen Durchschnittskonsum[19] dem Grundsatz des „örtlichen Aufkommens" Rechnung getragen und gleichzeitig ein Bedarfselement in die Verteilung eingeführt werden.[20]

1) BVerfGE 27, 1 ff. – Mikrozensus.
2) BVerfGE 64, 67 ff. – eA VZG 1983.
3) BVerfGE 65, 1 ff. – Volkszählungsurteil.
4) BVerfGE 150, 1 ff. – Zensus 2011.
5) Vgl. Kunig, in: v. Münch/Kunig, GG, Bd. 2, 6. Aufl. 2012, Art. 73 Rn. 47; Wittreck, in: Dreier, GG, Bd. 2, 3. Aufl. 2015, Art. 73 Rn. 79; Heintzen, in: v. Mangoldt/Klein/Starck, GG, Bd. 2, 7. Aufl. 2018, Art. 73 Rn. 121.
6) Vgl. BVerfGE 8, 104 <119>; 65, 1 <39>.
7) Vgl. BVerfGE 65, 1 <39>.
8) Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über Volks- und Wohnungszählungen (Text von Bedeutung für den EWR).
9) Vgl. dazu EuGH, Urteil vom 7. Januar 2004, Wells, C-201/02, EU:C:2004:12, Rn. 65 ff.; Urteil vom 3. September 2009, Fallimento Olimpiclub, C-2/08, EU:C:2009:506, Rn. 24.

- Nach Art. 107 Abs. 2 GG ist der Bundesgesetzgeber verpflichtet, die Voraussetzungen für die Durchführung eines (sekundären horizontalen) Länderfinanzausgleichs zu schaffen, sobald und soweit sich ergibt, dass zwischen der Finanzkraft der Länder unangemessen große Unterschiede bestehen.[21)] Dadurch sollen die Ergebnisse der primären Steuerertragsverteilung zwischen den Ländern korrigiert werden, soweit sie unangemessen erscheinen.[22)] Mit der Verwendung unbestimmter Rechtsbegriffe wie „Finanzkraft", „Finanzbedarf", „Ausgleich" und „Angemessenheit" setzt Art. 107 Abs. 2 GG einen Finanzkraftvergleich zwischen den Ländern voraus, der auch einen Vergleichsmaßstab benötigt. Dass es sich dabei naheliegenderweise um das - gegebenenfalls zu modifizierende - Einwohnerkriterium handelt, entspricht der Staatspraxis seit der Weimarer Reichsverfassung.[23)] Dieses Kriterium war dem Verfassungsgeber von 1948/49 ebenso geläufig wie dem verfassungsändernden Gesetzgeber späterer Jahre[24)] und liegt auch den aktuellen Regelungen des Art. 107 Abs. 2 GG zugrunde.[25)]

- Maßstab für den Ausgleich sind die Einkünfte der Länder pro Kopf und damit mittelbar die jeweilige Einwohnerzahl (§ 6 Abs. 2 Satz 2, § 9 FAG 2001).[26)] Dadurch wird ein Finanzkraftvergleich zwischen den Ländern möglich, der - ausgehend von der typisierenden, allerdings nicht zwingenden Annahme, dass in ganz Deutschland mit derselben Summe Geldes auch ein einheitliches Niveau öffentlicher Leistungen finanziert werden kann[27)] - von ländereigenen Prioritäts- oder Dringlichkeitsentscheidungen unabhängig ist und eine allen Ländern gleichermaßen vorgegebene Bezugsgröße für die ihnen zugewiesenen Aufgaben enthält.[28)]

- Auch die für Stadtstaaten und dünn besiedelte Flächenländer vorgesehene Einwohnergewichtung (§ 9 Abs. 2 und 3 FAG 2001) setzt eine hinreichend genaue Ermittlung der Einwohnerzahlen voraus.

- Art. 107 Abs. 2 Sätze 5 und 6 GG ermöglicht schließlich Ergänzungszuweisungen des Bundes für leistungsschwache Länder,[29)] wofür es ebenfalls auf das Verhältnis von Finanzkraft und Aufgabenlast ankommt.[30)] Konsequenterweise hat der Gesetzgeber - mit Nuancen im Detail - die Einwohnerzahl der Länder durchwegs maßgeblich berücksichtigt: In §§ 10 f. MaßstG und § 11 FAG knüpft er jeweils an die unterdurchschnittliche Finanzkraft als Voraussetzung für Bundesergänzungszuweisungen an und nimmt die Einwohnerzahl damit mittelbar in Bezug. Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen für Kosten politischer Führung kommen nach § 12 MaßstG ebenfalls nur in Betracht, wenn ein Land im Hinblick auf seine Einwohnerzahl mit solchen Kosten überproportional belastet ist.

- Die Einwohnerzahl spielt schließlich eine Rolle, soweit es um die Verteilung der Lasten aus unionsrechtlichen Sanktionen wegen Verstoßes gegen die Anforderungen an die Haushaltsdisziplin geht. Art. 109 Abs. 5 Satz 2 1. HS GG legt insoweit fest, dass die Ländergesamtheit solidarisch 35 vom Hundert der auf die Länder entfallenden Lasten entsprechend ihrer Einwohnerzahl trägt.

cc) Im Hinblick auf Neugliederungen des Bundesgebiets knüpft auch Art. 29 Abs. 4 und Abs. 7 Satz 1 GG an die Einwohnerzahl der betroffenen Gebiete an und bestimmt sie zu einer Voraussetzung für die Neugliederung. Die Grenze von einer Million Einwohnern in Art. 29 Abs. 4 GG beschränkt dabei die Möglichkeit eines Volksbegehrens auf Verflechtungsräume mit einem Mindestmaß an Bedeutung,[31)] während die 50.000-Einwohner-Grenze in Art. 29 Abs. 7 Satz 1 GG eine Art Geringfügigkeitsschwelle[32)] normiert. Dass die dabei verwendeten Zahlen hinreichend genau ermittelt sind, setzt das Grundgesetz voraus, ebenso der einfache Gesetzgeber aus, der in § 18 des Gesetzes über das Verfahren bei Volksentscheid, Volksbegehren und Volksbefragung nach Art. 29 Abs. 6 GG[33)] umstandslos an die grundgesetzlich vorgegebene Zahl von einer Million Einwohnern anknüpft.[34)]

35) Vgl. insbesondere die Ausführungen des Präsidenten der Schweizerischen Bundesstatistikkommission in der Anhörung im Gesetzgebungsverfahren zum Zensusvorbereitungsgesetz (vgl. BT(A)Drucks 16(4)255 F, S. 4 ff.)

36) Vgl. BVerfGE 77, 170 <215>; 88, 203 <262>; 90, 145 <173>.

37) Vgl. BVerfGE 50, 290 <332 f.>, m.w.N.; 123, 186 <241>.

38) Vgl. BVerfGE 122, 1 <34>.

39) Vgl. etwa Scholz, in: Maunz/Dürig, GG, Art. 29 Rn. 77 <Mai 2016>.

40) Übersicht etwa in BT(A) Drucks 16(4)255 F, S. 1 f.

b) Realitätsgerechte Ermittlungspflicht

Soweit Regelungen der Verfassung unmittelbar oder mittelbar an die Einwohnerzahlen anknüpfen, implizieren sie die Verpflichtung des Bundes, für die Bereitstellung eines geeigneten und realitätsgerechten Zahlenmaterials zu sorgen. Aus der Gesamtschau der verfassungsrechtlichen Anknüpfungen folgt daher grundsätzlich ein Verfassungsauftrag an den Bund, die insoweit erforderlichen Einwohnerzahlen der Länder zu ermitteln. Auch wenn eine ausdrückliche Regelung fehlt, die den Bund - wie Art. I Sec. 3 Satz 2 US-Verfassung - zu Volkszählungen oder einer realitätsnahen Ermittlung der Einwohnerzahlen der Länder verpflichtete, so setzen die verfassungsunmittelbaren Anknüpfungen an die Einwohnerzahl doch eine entsprechende Verpflichtung des Bundesgesetzgebers voraus.

Der Gesetzgeber muss deshalb insbesondere die für die Ermittlung der Einwohnerzahl erforderlichen Grundlagen schaffen, ohne die eine realitätsnahe Ermittlung schon angesichts des Eingriffscharakters der Erhebung und der mangelnden Freiwilligkeit eines Teils der Bevölkerung aussichtslos erscheint. In der Sache erfordert dies ein den Zwecken der verfassungsrechtlichen Anknüpfungen genügendes Ermittlungsverfahren sowie die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Durchführung.

Die Ermittlung der „wahren“ oder „richtigen“ Einwohnerzahl fordert die Verfassung dagegen schon deshalb nicht, weil nach einhelliger Auffassung der insoweit maßgeblichen statistischen Wissenschaft kein praktisch durchführbares Verfahren die Gewähr hierfür bieten kann.[35] Alle insoweit denkbaren Verfahren sind mit Unsicherheiten und Ungenauigkeiten behaftet und fehleranfällig. Vor diesem Hintergrund kann es allein um das zur Erfüllung der verfassungsrechtlichen Zwecke notwendige Maß an Genauigkeit gehen, so dass sich die Pflicht des Gesetzgebers darauf beschränkt, die für ein zur Ermittlung realitätsgerechter Einwohnerzahlen geeignetes Verfahren erforderlichen Regelungen zu erlassen.

Der Bund trägt dabei eine Mitverantwortung dafür, dass das von ihm vorgesehene Verfahren zur Ermittlung der Einwohnerzahl der Länder ordnungsgemäß durchgeführt wird. Dazu steht der Bundesregierung gegebenenfalls auch das Instrumentarium des Art. 84 Abs. 2 bis 5 GG zur Verfügung.

c) Gestaltungsspielraum und Prognose

Bei der Ausgestaltung des Erhebungsverfahrens verfügt der Gesetzgeber über einen Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum. Er muss jedoch den an eine gültige Prognose zu stellenden Anforderungen genügen. Weitergehende prozedurale Anforderungen an das Gesetzgebungsverfahren bestehen hingegen nicht.

aa) Die Regelung des Erhebungsverfahrens stellt eine komplexe Abwägungsentscheidung dar. Bei der Beurteilung der Mittel und der Einschätzung der dem Einzelnen oder der Allgemeinheit drohenden Risiken oder Gefahren steht dem Gesetzgeber daher grundsätzlich ein Einschätzungs- und Gestaltungsspielraum zu, der vom Bundesverfassungsgericht nur begrenzt kontrolliert werden kann.[36]

Bekanntlich reicht die verfassungsgerichtliche Kontrolldichte – je nach Sachbereich und auf dem Spiele stehenden Rechtsgütern - von einer bloßen Evidenzkontrolle über eine Vertretbarkeitskontrolle bis hin zu einer intensivierten inhaltlichen Kontrolle.[37] Je höher sich die Komplexität einer Materie dabei ausnimmt, desto größer ist der Einschätzungs- und Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers.[38]

Das gilt gerade auch für die Regelung statistischer Fragen. Bei der Ausgestaltung eines Zensus hat der Gesetzgeber vielfältige Zielkonflikte zu lösen, etwa zwischen dem verfassungskräftigen Anspruch der Länder auf eine realitätsgerechte Einwohnerermittlung, dem durch Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG geschützten Recht der Auskunftsverpflichteten auf informationelle Selbstbestimmung, dem Wirtschaftlichkeitsgebot und dem Zeitbedarf. Schon den Begriffen des Einwohners und der Einwohnerzahl eignet eine gewisse Unschärfe und Konkretisierungsbedürftigkeit.[39] Zudem ist, wie Art. 4 Abs. 1 Verordnung (EG) Nr. 763/2008 und die in anderen Staaten angewandten Verfahren der Volkszählung[40] zeigen, eine Vielzahl von methodischen Herangehensweisen denkbar.

bb) Dabei dürften die Auswirkungen einer einzelnen Festlegung auf das Gesamtergebnis nicht ohne Weiteres voraussehbar sein. So kann etwa eine Erhöhung der Zahl der Befragungen zwar die Genauigkeit der Stichprobe verbessern; sie erhöht jedoch auch das Risiko von Befragungsfehlern. Ähnlich ambiva-

21) Vgl. Heun/Thiele, in: Dreier, GG, Bd. 3, 3. Aufl. 2018, Art. 107 Rn. 23.

22) Vgl. BVerfGE 72, 330 <386 f.>; 86, 148 <214>, 101, 158 <221>; 116, 327 <380>.

23) Vgl. Brecht, Internationaler Vergleich der öffentlichen Ausgaben, 1932, S. 6 ff.; Bühler, in: Anschütz/Thoma, Handbuch des Deutschen Staatsrechts, Bd. 1, 1930, S. 335 ff.; Popitz, Der künftige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, 1932, S. 262 ff.; sowie Hidien, Der bundesstaatliche Finanzausgleich in Deutschland, 1999, S. 245 f.; Pagenkopf, Der Finanzausgleich im Bundesstaat, 1981, S. 115 f., 120.

24) Vgl. etwa BTDrucks II/480, Tz. 130 ff., 146.

25) Vgl. BVerfGE 72, 330 <400 f.>; 86, 148 <239>; 101, 158 <223, 228 f.>; vgl. Korioth, Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern, 1997, S. 578 f.; Heun/Thiele, in: Dreier, GG, Bd. 3, 3. Aufl. 2018, Art. 107 Rn. 36.

26) Vgl. BVerfGE 72, 330 <400 f.>; 86, 148 <238 f.>; 101, 158 <223>.

27) Vgl. Korioth, Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern, 1997, S. 579.

28) Vgl. BVerfGE 72, 330 <400 ff.>; 86, 148 <239>; 101, 158 <223, 228 f.>.

29) Vgl. BVerfGE 101, 158 <232>.

30) Vgl. BVerfGE 72, 330 <402 f.>; 101, 158 <224>; 116, 327 <380, 384>.

31) Vgl. Scholz, in: Maunz/Dürig, GG, Art. 29 Rn. 77 <Mai 2016>; vgl. auch den Ablehnungsbescheid des Bundesministers des Innern vom 16. März 1994 - VI 1-110 920/15 - im Verfahren 2 BvP 1/94, wiedergegeben in BVerfGE 96, 139 <143>.

32) Vgl. Dietlein, in: Bonner Kommentar, Bd. 9, Art. 29 Rn. 79, Fn. 309 <März 2002>; Wollenschläger, in: Dreier, GG, Bd. 2, 3. Aufl. 2015, Art. 29 Rn. 33.

33) BGBl I 1979 S. 1317.

34) Mit Blick auf § 1 des Gesetzes über das Verfahren bei sonstigen Änderungen des Gebietsbestandes der Länder nach Artikel 29 Abs. 7 des Grundgesetzes <G Artikel 29 Abs. 7> hat der Gesetzgeber eine Anpassung an die 1994 vorgenommene Verfassungsänderung hingegen bislang nicht vorgenommen.

lent wirkt die zeitliche Planung und Durchführung der Erhebung. Die Entscheidung des Gesetzgebers für ein registergestütztes Zensusverfahren besitzt im Hinblick auf die unterschiedlichen Parameter der Durchführung (Registerqualität, Verwaltungskapazität der Behörden, Kooperationsbereitschaft der Bevölkerung etc.) sowie die erforderliche Beurteilung fachbehördlicher und -wissenschaftlicher Erkenntnisse und Empfehlungen somit auch einen prognostischen Charakter.

Den damit verbundenen Anforderungen genügt der Gesetzgeber, wenn er die ihm zugänglichen Erkenntnisquellen ausschöpft, um die voraussichtlichen Auswirkungen seiner Regelung so zuverlässig wie möglich abschätzen zu können.[41] Dies setzt eine Einbeziehung und Auswertung sachverständiger Einschätzungen voraus. Äußere oder vom Gesetzgeber zu vertretende Umstände wie Zeitnot oder unzureichende Sachverhaltsermittlung sind grundsätzlich nicht geeignet, den Prognosespielraum zu erweitern.[42]

Ob der gesetzgeberischen Entscheidung eine „gültige“ Prognose zugrunde liegt, ist grundsätzlich aus einer ex-ante-Perspektive zu beurteilen. Die Prognose wird nicht dadurch ungültig und verfassungswidrig, dass sie sich im Nachhinein als falsch erweist.[43] Gerade in komplexen Sachgebieten darf der Gesetzgeber auch neue Konzepte praktisch erproben und Erfahrungen sammeln.[44] Ein grob unzutreffendes Ergebnis kann allerdings ein Indiz für die „Ungültigkeit“ einer Prognose sein.[45]

Kehrseite des Prognosespielraums ist eine mögliche Nachbesserungspflicht.[46] Der der Gesetzgeber muss die weitere Entwicklung auch nach dem Erlass einer Regelung beobachten, erlassene Normen überprüfen und gegebenenfalls revidieren, falls sich herausstellt, dass die ihnen zugrunde liegenden Annahmen fehlerhaft waren oder nicht mehr zutreffen.[47] Der Kenntnisnahme entsprechender Umstände darf er sich nicht verschließen. Im Gesetzesvollzug nachträglich erkennbar gewordene Zweifel an der Eignung eines Verfahrens können deshalb für die Zukunft etwa Vorkehrungen in Gestalt einer wissenschaftlichen Begleitung oder Evaluationen des Gesetzesvollzugs erforderlich machen und im schlimmsten Fall nachträglich sogar zur Verfassungswidrigkeit eines Gesetzes führen.[48] Nachbesserungspflichten scheiden allerdings grundsätzlich dort aus, wo sich gesetzliche Regelungen in einem einmaligen Vollzug erschöpfen, auch wenn sie in den Ergebnissen ihres Vollzugs fortwirken. Stellt sich bei einer solchen Regelung die Fehlerhaftigkeit der Prognose heraus, so können Beobachtungspflichten des Gesetzgebers regelmäßig nur für die Ausgestaltung von Nachfolgeregelungen Bedeutung erlangen und für die Gültigkeit der Prognose, auf der diese beruhen.

cc) Besondere prozedurale Anforderungen an das Gesetzgebungsverfahren oder entsprechende Begründungslasten des Gesetzgebers bestehen im vorliegenden Zusammenhang dagegen nicht. Soweit die Rechtsprechung im Bereich des Finanzausgleichs,[49] von Neugliederungsmaßnahmen,[50] Vorhabengesetzen,[51] bei der Bezifferung grundrechtlich gewährleisteter Leistungsansprüche[52] oder in Besoldungsfragen[53] solche Begründungsanforderungen an das Gesetzgebungsverfahren gestellt hat, betraf dies typischerweise die gesetzliche Ausgestaltung in der Verfassung selbst angelegter (Leistungs-)Rechte, die ohne entsprechende Anforderungen an Ermittlung und Begründung der Regelung und ihrer Ableitung leerzulaufen drohen. Das ist beim Zensus nicht der Fall. Hier werden weder unbestimmte Verfassungsbegriffe in Zahlen oder Werte „übersetzt“ noch materiell exekutivische Planungsentscheidungen getroffen.

2. Wesentlichkeitsdoktrin und Art. 80 GG

Demokratie- (Art. 20 Abs. 1 und 2 GG) und Rechtsstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 3 GG) gebieten, dass der Gesetzgeber die wesentlichen Fragen selbst regelt. Für eine Delegation auf den Verordnungsgeber sind die damit verbundenen Bestimmtheitsanforderungen in Art. 80 Abs. 1 Satz 2 GG ausdrücklich normiert. Art. 80 GG enthält zudem weitere Anforderungen an eine abgeleitete Rechtsetzung.

a) Grundlagen der Wesentlichkeitsdoktrin

In der Ordnung des Grundgesetzes trifft das vom Volk gewählte Parlament die grundlegenden Entscheidungen. In ständiger Rechtsprechung hat das Bundesverfassungsgericht daher aus grundrechtlichen Gesetzesvorbehalten und dem Rechtsstaats-

54) Vgl. BVerfGE 49, 89 <126>; 77, 170 <230 f.>; 98, 218 <251>; 136, 69 <114 Rn. 102>.

55) Vgl. BVerfGE 45, 400 <417 f.>; 47, 46 <78 ff.>; 48, 210 <221>; 49, 89 <126 f.>; 58, 257 <269 ff.>; 61, 260 <275>; 83, 130 <142, 151 f.>; 101, 1 <34>; 108, 282 <311>; 136, 69 <114 Rn. 102>; 139, 19 <45 Rn. 52>.

56) Vgl. BVerfGE 139, 19 <46 Rn. 53> - Einstellungshöchstaltergrenzen.

57) Vgl. BVerfGE 40, 237 <248 ff.>; 49, 89 <127>; 95, 267 <307 f.>; 98, 218 <251>; 136, 69 <114 Rn. 102>; 139, 19 <45 Rn. 52>.

58) Vgl. BVerfGE 47, 46 <79>; 98, 218 <251>; 139, 19 <45 Rn. 52>.

59) Vgl. BVerfGE 6, 32 <42>; 20, 150 <157 f.>; 80, 137 <161>; 83, 130 <142>; 108, 282 <311>; 139, 19 <46 Rn. 53>

60) Vgl. BVerfGE 49, 89 <126>; 98, 218 <251>; 139, 19 <45 f. Rn. 52>.

61) Vgl. Brenner, in: v. Mangoldt/Klein/Starck, GG, Bd. 2, 7. Aufl. 2018, Art. 80 Rn. 37.

62) Vgl. BVerfGE 136, 69 <113 ff. Rn. 102 ff.>; sowie insbesondere für den Anwendungsbereich von Art. 103 Abs. 2 GG vgl. BVerfGE 143, 38 <57 f. Rn. 47>.

63) Vgl. BVerfGE 34, 165 <192 f.>; 49, 89 <127, 129>; 83, 130 <142>; 101, 1 <34>; 139, 19 <47 Rn. 54>.

64) Vgl. BVerfGE 83, 130 <152>; 101, 1 <34>; 123, 39 <78>.

65) Vgl. BVerfGE 110, 33 <52 ff.>; 113, 348 <375 ff.>; 120, 378 <407 f.>; 133, 277 <336 Rn. 140>; 141, 220 <265 Rn. 94>; 145, 20 <69 Rn. 125>.

66) Vgl. BVerfGE 28, 175 <183>; 131, 268 <307>; 134, 33 <81 f. Rn. 112>; 143, 38 <55 Rn. 41>.

67) Vgl. BVerfGE 86, 288 <311>; 93, 213 <238>; 102, 254 <337>; 131, 88 <123>; 133, 277 <336 f. Rn. 140>; 145, 20 <69 Rn. 125>.

68) Vgl. BVerfGE 128, 282 <317 f.>.

69) Vgl. BVerfGE 68, 1 <86 f.>; 98, 218 <251 f.>; 139, 19 <46 Rn. 53>.

70) Vgl. BVerfGE 79, 106 <120>.

prinzip (Art. 20 Abs. 3 GG) einerseits sowie dem Demokratieprinzip und der Volkssouveränität (Art. 20 Abs. 1 und 2 GG) andererseits die Verpflichtung des Gesetzgebers abgeleitet, in allen grundlegenden normativen Bereichen die wesentlichen Entscheidungen selbst zu treffen.[54)]

aa) Die Entscheidung wesentlicher Fragen ist vor diesem Hintergrund Sache des parlamentarischen Gesetzgebers.[55)] Damit soll gewährleistet werden, dass Entscheidungen von besonderer Tragweite aus einem Verfahren hervorgehen, das der Öffentlichkeit Gelegenheit bietet, ihre Auffassungen auszubilden und zu vertreten, und das die Volksvertretung dazu anhält, Notwendigkeit und Ausmaß von Grundrechtseingriffen in öffentlicher Debatte zu klären. Geboten ist ein Verfahren, das sich durch Transparenz auszeichnet und das die Beteiligung der parlamentarischen Opposition gewährleistet.[56)]

Wann und inwieweit es einer Regelung durch den Gesetzgeber bedarf, lässt sich nur mit Blick auf den jeweiligen Sachbereich und auf die Eigenart des betroffenen Regelungsgegenstandes bestimmen. Verfassungsrechtliche Anhaltspunkte sind dabei die tragenden Prinzipien des Grundgesetzes, insbesondere Art. 20 Abs. 1 bis 3 GG und die Grundrechte.[57)]

„Wesentlich“ bedeutet danach zum einen „wesentlich für die Verwirklichung der Grundrechte“.[58)] Eine Pflicht des Gesetzgebers, die für den fraglichen Lebensbereich erforderlichen Leitlinien selbst zu bestimmen, kann insbesondere dann bestehen, wenn miteinander konkurrierende Freiheitsrechte aufeinandertreffen, deren Grenzen fließend und nur schwer auszumachen sind. Dies gilt vor allem dann, wenn die betroffenen Grundrechte nach dem Wortlaut der Verfassung vorbehaltlos gewährleistet sind und eine Regelung, welche diesen Lebensbereich ordnen will, damit notwendigerweise ihre verfassungsimmanenten Schranken bestimmen und konkretisieren muss. Hier ist der Gesetzgeber verpflichtet, die Schranken der widerstreitenden Freiheitsgarantien jedenfalls so weit selbst zu bestimmen, wie sie für die Ausübung dieser Freiheitsrechte erforderlich sind.[59)]

Der Gesetzgeber ist zum anderen zur Regelung der Fragen verpflichtet, die für Staat und Gesellschaft von erheblicher Bedeutung sind. Die Tatsache, dass eine Frage politisch umstritten ist, führt für sich genommen allerdings noch nicht dazu, dass die entsprechende Regelung auch als „wesentlich“ verstanden werden müsste;[60)] entscheidend ist die materielle Substanz.

bb) Die Qualifikation einer Regelung als „wesentlich“ hat typischerweise ein Verbot der Normdelegation auf die Exekutive zur Folge und verpflichtet den Gesetzgeber zu einer größeren Regelungsdichte.[61)] Damit sind ergänzende Regelungen durch Rechtsverordnung zwar nicht ausgeschlossen; die wesentlichen Entscheidungen müssen jedoch in einem formellen Gesetz enthalten sein.[62)]

Die Wesentlichkeitsdoktrin enthält insoweit auch Vorgaben für die Frage, in welchem Umfang[63)] und mit welcher Bestimmtheit der Gesetzgeber selbst tätig werden muss.[64)] Das Bestimmtheitsgebot stellt sicher, dass Regierung und Verwaltung im Gesetz steuernde und begrenzende Handlungsmaßstäbe vorfinden und dass die Gerichte eine wirksame Rechtskontrolle durchführen können. Bestimmtheit und Klarheit der Norm erlauben es ferner, dass betroffene Bürgerinnen und Bürger sich auf mögliche belastende Maßnahmen einstellen können.[65)] Der Grad der verfassungsrechtlich gebotenen Bestimmtheit hängt dabei von den Besonderheiten des in Rede stehenden Sachbereichs und von den Umständen ab, die zu der gesetzlichen Regelung geführt haben.[66)] Dabei sind die Bedeutung des Regelungsgegenstandes und die Intensität der durch die Regelung oder aufgrund der Regelung erfolgenden Grundrechtseingriffe ebenso zu berücksichtigen[67)] wie der Kreis der Anwender und Betroffenen der Norm[68)] sowie deren Möglichkeiten, sich auf die Norm und ihren Vollzug einstellen zu können

cc) Gleichwohl kennt das Grundgesetz keinen Gewaltenmonismus und keinen Totalvorbehalt des Parlaments.[69)] Die in Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG normierte organisatorische und funktionelle Gliederung der Gewalten zielt vielmehr auch darauf ab, dass Entscheidungen möglichst richtig, das heißt von den Organen getroffen werden, die dafür nach ihrer Organisation, Zusammensetzung, Funktion und Verfahrensweise über die besten Voraussetzungen verfügen. Vor diesem Hintergrund kann die Komplexität der zu regelnden Sachverhalte den Umfang der Regelungspflicht des Gesetzgebers auch begrenzen.[70)]

41) Vgl. BVerfGE 50, 290 <333 f.>; 57, 139 <160>; 65, 1 <55>.

42) Vgl. BVerfGE 71, 364 <392>; 106, 62 <151>.

43) Vgl. BVerfGE 25, 1 <12 f.>.

44) Vgl. BVerfGE 78, 249 <288>; 85, 80 <92>; 89, 365 <379>; 113, 167 <234>.

45) Vgl. BVerfGE 119, 181 <236 f.>.

46) Vgl. BVerfGE 57, 139 <162>; 89, 365 <378 ff.>; 113, 167 <234>.

47) Vgl. BVerfGE 56, 54 <79>; 65, 1 <56>; 88, 203 <309 f.>; 95, 267 <313>; 107, 266 <296>; 111, 333 <360>; 132, 334 <358 Rn. 67>; 143, 216 <244 Rn. 71> - Nachbesserungspflicht TKG; stRspr.

48) Spektakulär BVerfGE 143, 216 ff. – Nachbesserungspflicht TKG.

49) Vgl. BVerfGE 72, 330 <403 ff.>; StGH BW, Urteil vom 10. Mai 1999 - 2/97 -, DVBl 1999, S. 1351 <1357 f.>; BayVerfGH, Entscheidung vom 28. November 2007 - Vf. 15-VII-05 -, BayVBl 2008, S. 172 <176 ff.>; BrbVerfG, Urteil vom 18. Dezember 1997 - VfGBbg 47/96 -, LKV 1998, S. 195 <196 f.>; HessStGH, Urteil vom 21. Mai 2013 - P.St. 2361 -, NVwZ 2013, S. 1151 <1153>; NdsStGH, Beschluss vom 15. August 1995 - StGH 2/93 u.a. -, NVwZ 1996, S. 585 <587 f.>; NdsStGH, Urteil vom 25. November 1997 - StGH 14/95 u.a. -, NVwZ-RR 1998, S. 529 <530 f.>; VerfGH NRW, Urteil vom 10. Mai 2016 - VerfGH 24/13 -, juris, Rn. 44 ff.; RhPfVerfGH, Urteil vom 14. Februar 2012 - VGH N 3/11 -, NVwZ 2012, S. 1034 <1036 f.>; LVerfG SH, Urteil vom 27. Januar 2017 - LVerfG 4/15 -, juris, Rn. 94 ff.; ThürVerfGH, Urteil vom 21. Juni 2005 - 28/03 -, NVwZ-RR 2005, S. 665 <671>.

50) Vgl. BVerfGE 86, 90 <108 ff.>; RhPfVerfGH, Urteil vom 18. März 2016 - VGH N 9/14 -, juris, Rn. 109; SächsVerfGH, Urteil vom 25. November 2005 - Vf. 119-VIII-04 -, LKV 2006, S. 169 <169 f.>; ThürVerfGH, Urteil vom 18. Dezember 1996 - 2/95 -, NVwZ-RR 1997, S. 639 <644 f.>.

51) Vgl. BVerfGE 95, 1 <22 f.> - Südumfahrung Stendal.

52) Vgl. BVerfGE 125, 175 <226>; 137, 34 <75>; vgl. StGH BW, Urteil vom 6. Juli 2015 - 1 VB 130/13 -, juris, Rn. 130 f.

53) Vgl. BVerfGE 130, 263 <300 ff.>; 139, 64 <126 f. Rn. 129 f.>; 140, 240 <296 Rn. 112 f.>; 145, 1 <13 Rn. 28 f.>; 145, 304 <326 Rn. 68>.

b) Verhältnis von Art. 20 Abs. 1 bis 3 und Art. 80 Abs. 1 GG

aa) Mit Art. 80 Abs. 1 Satz 2 GG verwehrt das Grundgesetz dem Parlament - in bewusster Abkehr von der Weimarer Staatspraxis -, sich seiner Verantwortung als gesetzgebende Körperschaft zu entäußern.[71] Wenn es die Exekutive zum Verordnungserlass ermächtigt, soll es die Grenzen der übertragenen Kompetenzen bedenken und diese nach Tendenz und Programm so genau umreißen, dass schon aus der Ermächtigung selbst erkennbar und vorhersehbar ist, was dem Bürger gegenüber zulässig sein soll.[72] Das Parlament darf sich nicht durch eine Blankoermächtigung der Exekutive seiner Verantwortung für die Gesetzgebung entledigen und damit selbst entmachten. Es muss - entsprechend dem Grundsatz der Gewaltenteilung - stets Herr der Gesetzgebung bleiben.[73]

Indem Art. 80 GG die Rückbindung exekutiver Rechtsetzung an die Legislative sichert, stellt er sich der Sache nach als bereichsspezifische Konkretisierung des Rechtsstaats-, Gewaltenteilungs-[74] und Demokratieprinzips dar.[75] Da eine „wesentliche" Entscheidung bekanntlich eine hinreichende Regelungsdichte sowie eine nach Inhalt, Zweck und Ausmaß hinreichend bestimmte Ermächtigung voraussetzt, dürften sich die Anforderungen von Wesentlichkeitsdoktrin und Art. 80 Abs. 1 Satz 2 GG insoweit decken.[76] Allerdings gilt Art. 80 Abs. 1 Satz 2 GG auch für Entscheidungen, die nicht unter die Wesentlichkeitsdoktrin fallen.[77]

bb) Soweit Gesetze nach Art. 80 Abs. 1 Satz 2 GG Inhalt, Zweck und Ausmaß einer Ermächtigung im Gesetz bestimmen müssen, geht es nicht um isolierte Tatbestandsmerkmale. Inhalt, Zweck und Ausmaß lassen sich nicht strikt voneinander abgrenzen; ihre Gehalte überschneiden sich und sind insgesamt durch eine gewisse Wertungsoffenheit geprägt. Sie ergänzen, durchdringen und erläutern einander und ergeben erst in der Zusammenschau den vollen Sinngehalt der Norm.[78] Sie sind letztlich Ausdruck des Gebots hinreichender Bestimmtheit.[79]

Damit soll unter anderem gewährleistet werden, dass der parlamentarische Gesetzgeber durch die Ermächtigung selbst entscheidet, welche Fragen durch den Verordnungsgeber geregelt werden können oder sollen. Zu diesem Zweck muss er die Grenzen einer Regelung festlegen und angeben, welchem Ziel sie dienen soll (sog. Selbstentscheidungsvorbehalt). Der Gesetzgeber muss der ermächtigten Stelle darüber hinaus ein „Programm" an die Hand geben, das mit der Ermächtigung verwirklicht werden soll (sog. Programmfestsetzungspflicht). Schließlich soll bereits aufgrund der Ermächtigung vorhersehbar sein, in welchen Fällen und mit welcher Tendenz von ihr Gebrauch gemacht werden wird und welchen Inhalt die aufgrund der Ermächtigung erlassenen Verordnungen haben können, so dass sich die Normunterworfenen mit ihrem Verhalten darauf einstellen können.[80]

Das Erfordernis der hinreichenden Bestimmtheit verwehrt es dem Gesetzgeber dagegen nicht, in der Ermächtigungsnorm Generalklauseln und unbestimmte Rechtsbegriffe zu verwenden.[81] Es genügt, dass sich die gesetzlichen Vorgaben mit Hilfe allgemeiner Auslegungsregeln erschließen lassen, insbesondere aus dem Zweck, dem Sinnzusammenhang und der Vorgeschichte des Gesetzes.[82] Inhalt, Zweck und Ausmaß einer gesetzlichen Ermächtigung können schließlich auch eine Bezugnahme auf Rechtsakte außerhalb der eigentlichen Verordnungsermächtigung, insbesondere mit Hilfe von Verweisungen oder Bezugnahmen bestimmt werden.[83]

Das konkret erforderliche Maß an Bestimmtheit hängt daneben von der Eigenart des zu regelnden Sachverhalts ab, insbesondere davon, in welchem Umfang dieser einer genaueren begrifflichen Umschreibung überhaupt zugänglich ist.[84] Ist dies nicht der Fall, so kann es geboten sein, die nähere Ausgestaltung des zu regelnden Sachbereichs dem Verordnungsgeber zu überlassen, der die Regelungen rascher und einfacher auf dem neuesten Stand zu halten vermag als der Gesetzgeber.[85] Bei vielgestaltigen, komplexen Lebenssachverhalten oder absehbaren Änderungen der tatsächlichen Verhältnisse sind zudem geringere Anforderungen an die Bestimmtheit zu stellen als bei einfach gelagerten und klar vorhersehbaren Lebenssachverhalten.

Der Gesetzgeber kann Gestaltungsspielräume für die Verwaltung auch mit Blick auf den Vollzug vorsehen, etwa durch die Verwendung unbestimmter Rechtsbegriffe und die Einräumung von Ermessen. Die Ausfüllung unbestimmter Gesetzesbegriffe ist eine herkömmliche und anerkannte Aufgabe der Rechtsanwendungsorgane. Entscheidend ist insoweit, dass sich die betreffenden Normen durch

86) Vgl. BVerfGE 21, 73 <79 f.>; 118, 168 <188>; 120, 274 <316>; 131, 88 <120, 125>; 133, 277 <355 f. Rn. 181>; BVerfG, Beschluss des Ersten Senats vom 7. März 2017 - 1 BvR 1314/12 u.a. -, juris, Rn. 125; stRspr.

87) Vgl. BVerfGE 23, 353 <372>; 86, 148 <251>; 101, 158 <230>.

88) Vgl. BVerfGE 72, 330 <331 f., 404>; 119, 394 <410 f.>; 122, 1 <38>.

89) Vgl. BVerfGE 39, 96 <119 f., 124>; 86, 148 <236 f., 275>.

90) Vgl. BVerfGE 23, 353 <373 f.>; 86, 148 <251>; Grzeszick, in: Maunz/Dürig, GG, Art. 20 Teil 4 Rn. 117 <März 2006>; Isensee, in: Isensee/Kirchhof, HStR VI, 3. Aufl. 2008, § 126 Rn. 140.

91) Vgl. BVerfGE 72, 330 <405 f.>; 101, 158 <225>; 116, 327 <382>; 122, 1 <38>.

92) Vgl. BVerfGE 137, 138 <154 f. Rn. 108> - Optionskommunen.

93) Für den Grundrechtsbereich Peter M. Huber, Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht, 1991, S. 564 ff.

94) Vgl. BVerfGE 137, 108 <156 Rn. 112> - Optionskommunen; Ihno Gebhardt, Das kommunale Selbstverwaltungsrecht, 2007, S. 55 ff.

95) vgl. Josef Isensee, in: Isensee/Kirchhof, HStR VI, 3. Aufl. 2008, § 126 Rn. 136.

96) BVerfGE 21, 362 <369 f.>; 45, 63 <78>; 61, 82 <105>; 129, 108 <118>; vgl. H. Dreier, in: Dreier, GG, Bd. 2, 3. Aufl. 2015, Art. 28 Rn. 95; P. M. Huber, in: ders/Voßkuhle, GG I, 8. Aufl. 2024, Art. 19 Abs. 4 Rn. 387.

Auslegung hinreichend konkretisieren lassen und verbleibende Ungewissheiten nicht so weit gehen, dass Vorhersehbarkeit und Justiziabilität des Verwaltungshandelns gefährdet werden.[86)]

3. Föderative und interkommunale Gleichbehandlung

Das Bundesstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 1 GG) und die Garantie der kommunalen Selbstverwaltung (Art. 28 Abs. 2 GG) in Verbindung mit dem Rechtsstaatsgebot (Art. 20 Abs. 3, Art. 28 Abs. 1 Satz 1 GG) verpflichten den Gesetzgeber grundsätzlich zu einer Gleichbehandlung nachgeordneter Hoheitsträger.[87)] Für den Bund gilt in Bezug auf die Länder insoweit ein föderatives, für Bund und Länder hinsichtlich der Kommunen ein interkommunales Gleichbehandlungsgebot.

a) Föderative Gleichbehandlung

Das Gebot föderativer Gleichbehandlung ist in der Ordnung des Grundgesetzes anerkannt.[88)] In dieser besitzen die Länder zwar Staatsqualität; sie sind dem Bund jedoch untergeordnet und in die bundesstaatliche Solidargemeinschaft eingebunden. Es ist insoweit auch Aufgabe des Bundes - als Verfassungsgeber, verfassungsändernder oder einfacher Gesetzgeber -, die bundesstaatlichen Rechtsverhältnisse näher auszugestalten.

Das Gebot föderativer Gleichbehandlung lässt eine unterschiedliche Behandlung einzelner Länder nur zu, wenn sie durch Sachgründe gerechtfertigt ist,[89)] also nicht willkürlich erfolgt.[90)] Der Gesetzgeber kann allerdings verpflichtet sein, eine Ungleichbehandlung zu begründen und damit (gerichtlich) kontrollierbar zu machen.[91)]

b) Interkommunale Gleichbehandlung

Aus Art. 28 Abs. 2 GG folgt hingegen ein an die Gesetzgeber von Bund und Ländern gerichtetes Gebot interkommunaler Gleichbehandlung. Zwar kommt dem Gesetzgeber insofern ein weiter Einschätzungs- und Beurteilungsspielraum zu. Das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung wird jedoch verletzt, wenn für die unterschiedliche Behandlung kein sachlicher Grund ersichtlich ist. Bundes- und Landesgesetzgeber sind daher verpflichtet, Begünstigungen und Vorteile nach einheitlichen, sachlich vertretbaren Maßstäben auf die Kommunen zu verteilen; dabei dürfen auch die Modalitäten des Verteilungssystems nicht zu willkürlichen Ergebnissen führen.[92)]

Das Gebot interkommunaler Gleichbehandlung fordert eine gleichmäßige Verteilung knapper Mittel oder Güter zwischen konkurrierenden Kommunen. Materielle Rechte werden dabei typischerweise auf einen Anspruch auf chancengerechte Teilhabe am Verteilungsverfahren reduziert, wobei die sachgerechte, rechtswahrende und faire Ausgestaltung des Verfahrens der Minderung der Eingriffsintensität dient.[93)] Prozedurale Vorkehrungen sind auch dort erforderlich, wo eine nachgelagerte gerichtliche Kontrolle etwaige Rechtsverletzungen nicht mehr korrigieren kann. Dieser aus der Grundrechtsdogmatik entlehnte Gedanke gilt auch für den Gewährleistungsbereich von Art. 28 Abs. 2 GG.[94)]

4. Rechtsschutzmöglichkeiten

Gegen Beeinträchtigungen ihrer Rechtspositionen durch den Bund sind Ländern und Kommunen grundsätzlich Rechtsschutzmöglichkeiten eröffnet. Für den Anspruch auf föderative Gleichbehandlung folgt dies unmittelbar aus Art. 20 Abs. 1 GG, für das Recht der Kommunen auf interkommunale Gleichbehandlung aus der subjektiven Rechtsstellungsgarantie des Art. 28 Abs. 2 GG.

a) Föderatives Rechtsschutzgebot

Soweit das Recht der Länder auf föderative Gleichbehandlung reicht, ist ihm auch ein im Bundesstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 1 GG) wurzelnder Anspruch auf (verfassungs-)gerichtliche Durchsetzung eigen. Andernfalls wäre dieses Recht im Streitfall nicht durchsetzbar und insofern nutzlos.[95)] Eines Rückgriffs auf die Rechtsschutzgarantie des Art. 19 Abs. 4 GG bedarf es insoweit nicht. Dieses Grundrecht dient der Durchsetzung von Rechten natürlicher und juristischer Personen des Privatrechts und findet auf Gebietskörperschaften und deren Organe grundsätzlich keine Anwendung.[96)]

b) Subjektive Rechtstellungsgarantie

Den Kommunen garantiert Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG unter anderem das Recht, Eingriffe in den Gewährleistungsbereich von Art. 28 Abs. 2 GG mit Hilfe

71) Vgl. BVerfGE 1, 14 <59 f.>; stRspr.

72) Vgl. BVerfGE 1, 14 <60>; 23, 62 <73>; 34, 52 <60>; 41, 251 <265 f.>; 55, 207 <226>; 58, 257 <277>; 78, 249 <272>; 113, 167 <269>; 139, 19 <47 Rn. 55>; 143, 38 <60 Rn. 54>.

73) Vgl. Brenner, in: v. Mangoldt/Klein/Starck, GG, Bd. 2, 7. Aufl. 2018, Art. 80 Rn. 13, 29.

74) Vgl. BVerfGE 18, 52 <59>; 20, 251 <258>; 34, 52 <60>; 41, 251 <266>; 55, 207 <226>

75) Vgl. BVerfGE 34, 52 <60>; 41, 251 <266>; 55, 207 <226>; Bauer, in: Dreier, GG, Bd. 2, 3. Aufl. 2015, Art. 80 Rn. 14, 32; Brenner, in: v. Mangoldt/Klein/Starck, GG, Bd. 2, 7. Aufl. 2018, Art. 80 Rn. 15; Dreier, in: Dreier, GG, Bd. 2, 3. Aufl. 2015, Art. 20 <Demokratie> Rn. 117; Nierhaus, in: Bonner Kommentar, Bd. 12, Art. 80 Abs. 1 Rn. 265 ff. <November 1998>; Wallrabenstein, in: v. Münch/Kunig, GG, Bd. 2, 6. Aufl. 2012, Art. 80 Rn. 4.

76) Vgl. BVerfGE 58, 257 <274, 277>; 83, 130 <151 f.>; 91, 148 <162 ff.>; 101, 1 <33>; 123, 39 <78>.

77) Vgl. Brenner, in: v. Mangoldt/Klein/Starck, GG, Bd. 2, 7. Aufl. 2018, Art. 80 Rn. 38, 41.

78) Vgl. BVerfGE 38, 348 <357 f.>.

79) Vgl. BVerfGE 38, 348 <357>; 55, 207 <226>; 137, 108 <180 Rn. 171>.

80) Sog. Vorhersehbarkeitsgebot, vgl. BVerfGE 1, 14 <60>; 2, 307 <334>; 139, 19 <47 Rn. 55>; stRspr.

81) Vgl. BVerfGE 101, 1 <32>; 106, 1 <19>.

82) Vgl. BVerfGE 8, 274 <307>; 143, 38 <60 Rn. 55>; stRspr.

83) Vgl. BVerfGE 29, 198 <210>; 143, 38 <61 f. Rn. 58>.

84) Vgl. BVerfGE 56, 1 <13>.

85) Vgl. BVerfGE 101, 1 <35>; 143, 38 <60 f. Rn. 57>.

von Unterlassungs-, Beseitigungs- und Teilhabeansprüchen durch die Inanspruchnahme gerichtlichen Rechtsschutzes überprüfen und gegebenenfalls untersagen zu lassen (sog. subjektive Rechtsstellungsgarantie).[97] Das interkommunale Gleichbehandlungsgebot ist Teil der durch Art. 28 Abs. 2 GG gewährleisteten subjektiven Rechtsstellungsgarantie der Kommunen. Gemeinden und Gemeindeverbände können sich deshalb gegenüber dem Staat auf dieses Gebot berufen und seine Verletzung vor dem Bundesverfassungsgericht wie vor den Fachgerichten rügen.[98]

5. Recht auf informationelle Selbstbestimmung

Bei Datenerhebungen zu statistischen Zwecken sind schließlich die aus dem Recht der betroffenen Bürger auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG) folgenden Maßgaben zu berücksichtigen. Zwar kann dieses Grundrecht im Interesse des Gemeinwohls eingeschränkt werden; dies setzt im Interesse eines effektiven Grundrechtsschutzes jedoch organisatorische und verfahrensrechtliche Vorkehrungen des Gesetzgebers voraus. Für statistische Datenerhebungen ergeben sich insoweit besondere Maßstäbe, zu denen auch die Suche nach grundrechtsschonenderen Alternativen gehört.

a) Recht auf informationelle Selbstbestimmung als grundrechtliche Folie

Unter den Bedingungen der modernen Datenverarbeitung setzt die freie Entfaltung der Persönlichkeit den Schutz des Einzelnen gegen eine unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen Daten voraus. Vor diesem Hintergrund gewährleistet Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG als Recht auf informationelle Selbstbestimmung das Recht jedes Einzelnen, selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen.[99] Der Schutz dieses Rechts erstreckt sich auf alle Informationen, die etwas über die Bezugsperson aussagen können, und damit auch auf Basisdaten wie Namen und Anschrift. [100]

b) Schranken

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist jedoch nicht schrankenlos gewährleistet. Jenseits des unantastbaren Kernbereichs privater Lebensgestaltung[101] kann es auf der Grundlage eines Gesetzes beschränkt werden, sofern dies im überwiegenden Allgemeininteresse liegt, sich Voraussetzungen und Umfang der Beschränkungen klar und für den Bürger erkennbar aus dem Gesetz ergeben und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt ist.[102]

c) Organisatorische und verfahrensrechtliche Vorkehrungen

Mit Blick auf die besonderen Gefährdungen, die sich durch die Nutzung der automatisierten Datenverarbeitung ergeben, hat der Gesetzgeber darüber hinaus organisatorische und verfahrensrechtliche Vorkehrungen zu treffen, die einer Verletzung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung entgegenwirken.[103] Wie weit dieses Recht zu solchen Regelungen zwingt, hängt - wie die verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Ermächtigungsgrundlage und deren Bestimmtheit[104] - vom Gewicht des Eingriffs ab, das heißt von Art, Umfang und denkbaren Verwendungen der erhobenen Daten, dem Anlass und den Umständen ihrer Erhebung, dem betroffenen Personenkreis sowie der Gefahr des Missbrauchs.[105] Dabei ist zwischen personenbezogenen Daten, die in individualisierter, nicht anonymisierter Form erhoben und verarbeitet werden, und solchen Daten zu unterscheiden, die für statistische Zwecke bestimmt sind und anonym ausgewertet werden.[106] Ebenso ist zu berücksichtigen, dass die Erhebung, Speicherung und Verwendung personenbezogener Daten in der Regel verschiedene, wenn auch aufeinander aufbauende Eingriffe in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung darstellen.[107]

Eine angemessene Verfahrensgestaltung erfordert unter anderem, dass bei der Speicherung und Nutzung personenbezogener Daten Transparenz, aufsichtliche Kontrolle und ein effektiver Rechtsschutz sichergestellt werden.[108] Auch ist ein organisatorischer oder verfahrensrechtlicher Schutz gegen Zweckentfremdung durch Weitergabe- und Verwertungsverbote erforderlich.[109] Als weitere Schutzvorkehrungen sind Aufklärungs-, Auskunfts- und Löschungspflichten wesentlich.[110] Die erhobenen Daten sind zu löschen, sobald sie für die festgelegten Zwecke oder den gerichtlichen Rechtsschutz der Betroffenen nicht mehr benötigt werden.[111]

d) Besondere Anforderungen an die Statistik

Für eine Datenerhebung und -verarbeitung für statistische Zwecke gelten besondere Anforderungen. Da es zum - vom Verfassungsgeber vorausgesetzten - Wesen der Statistik gehört, dass die Daten nach

112) Vgl. BVerfGE 65, 1 <47>.

113) Vgl. BVerfGE 65, 1 <59>; 140, 99 <111 f. Rn. 21>.

114) Vgl. BVerfGE 65, 1 <49>.

115) Vgl. BVerfGE 65, 1 <50>.

116) Vgl. BVerfGE 65, 1 <51>.

117) Vgl. BVerfGE 65, 1 <51 f., 61>.

118) Vgl. BVerfGE 65, 1 <64 f.>.

119) Vgl. Hess. VGH, Urteil vom 19. September 1991 - 6 UE 2588/89, NVwZ 1993, S. 497 <498>; BayVGH, Urteil vom 21. Dezember 1994 - 4 B 93.244 -, juris, Rn. 37; VG Bremen, Urteil vom 6. November 2014 - 4 K 841/13 -, juris, Rn. 84; VG Potsdam, Beschluss vom 21. April 2015 - 12 L 450/15 -, juris, Rn. 15; VG Regensburg, Urteil vom 6. August 2015 - RO 5 K 13.2149 -, juris, Rn. 277.

120) Vgl. BVerfGE 56, 54 <78 f.>; 65, 1 <56>; 143, 216 <240 Rn. 56 ff.> - Nachbesserungspflicht TKG.

121) Vgl. BVerfGE 65, 1 <56>.

122) Vgl. paradigmatisch BVerfGE 157, 223 <254 Rn. 81> - Berliner Mietendeckel.

einer statistischen Aufbereitung für die verschiedensten, nicht von vornherein bestimmbaren Aufgaben verwendet werden, gelten für Volkszählungen Ausnahmen von den Erfordernissen einer konkreten Zweckumschreibung, vom Verbot, personenbezogene Daten auf Vorrat zu sammeln, sowie von den Anforderungen für Weitergabe und Verwertung.[112)]

Die Datenerhebung und -verarbeitung zu statistischen Zwecken darf allerdings nur als Hilfe zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben erfolgen. Auch darf nicht jede Angabe verlangt werden; vielmehr muss geprüft werden, ob das Ziel der Erhebung nicht auch durch eine anonymisierte Ermittlung erreicht werden kann. Darüber hinaus bedarf es besonderer Vorkehrungen für die Durchführung und Organisation von Datenerhebung und -verarbeitung, da die Daten während der Erhebung und auch noch nach der Speicherung zumindest teilweise individualisierbar bleiben. Zu den verfahrensrechtlichen Vorkehrungen zum Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung gehört es deshalb, dass die der Identifizierung der befragten Personen dienenden Daten zum frühestmöglichen Zeitpunkt gelöscht und bis zu diesem Zeitpunkt Namen und Anschrift von den übrigen Angaben getrennt und unter besonderem Verschluss gehalten werden – auch virtuell.[113)] Schließlich bedarf es wirksamer Abschottungsregelungen nach außen. Schon während der Erhebung ist eine strikte Geheimhaltung der zu statistischen Zwecken erhobenen Einzelangaben geboten, solange noch ein Personenbezug besteht oder herstellbar ist (Statistikgeheimnis); das gleiche gilt für das Gebot einer möglichst frühzeitigen (faktischen) Anonymisierung, verbunden mit Vorkehrungen gegen eine Deanonymisierung.[114)] Im Übrigen gefährdet eine Weiterleitung von zu statistischen Zwecken erhobenen personenbezogenen Daten gegen den Willen oder ohne Kenntnis der Betroffenen die amtliche Statistik selbst. Für deren Funktionsfähigkeit ist ein möglichst hoher Grad an Genauigkeit und Wahrheit der erhobenen Daten erforderlich, der letztlich nur erreicht werden kann, wenn bei den Auskunftspflichtigen das notwendige Vertrauen in die Abschottung der für statistische Zwecke erhobenen Daten besteht.[115)]

Im Volkszählungsurteil hat das Bundesverfassungsgericht die Erhebung von Daten zu ausschließlich statistischen Zwecken für verfassungsrechtlich unbedenklich gehalten, wenn sie nach ihrer Anonymisierung oder statistischen Aufbereitung von den statistischen Ämtern anderen staatlichen Organen oder sonstigen Stellen zur Verfügung gestellt werden.[116)] Eine Übermittlung weder anonymisierter noch statistisch aufbereiteter, also noch personenbezogener Daten zum Zwecke des Verwaltungsvollzugs ist dagegen ein unzulässiger Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung.[117)] Der im Volkszählungsgesetz 1983 vorgesehene Melderegisterabgleich war deshalb unzulässig.[118)] In der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung ist hieraus der - häufig als „Rückspielverbot“ bezeichnete - Schluss gezogen worden, dass Überprüfungen eines Volkszählungsergebnisses in Rechtsbehelfsverfahren, die auf einen solchen Abgleich hinauslaufen würden, ebenfalls unzulässig sind.[119)] Dies steht auch einer Akteneinsicht in nicht anonymisierte Erhebungsunterlagen und deren unmittelbarer gerichtlicher Überprüfung entgegen.

e) Verhältnismäßigkeit

Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit erfordert schließlich die Prüfung, ob aufgrund der Fortentwicklung der statistischen Wissenschaft Möglichkeiten einer grundrechtsschonenderen Datenerhebung bestehen. Veränderte Umstände können den Gesetzgeber auch aus grundrechtlicher Perspektive zur Nachbesserung ursprünglich verfassungsgemäßer Regelungen verpflichten.[120)]

1983 ist das Bundesverfassungsgericht mit Blick auf das Volkszählungsgesetz davon ausgegangen, dass Stichproben auf freiwilliger Basis oder eine Kombination von Voll- und Stichprobenerhebung eine traditionelle Volkszählung (noch) nicht ersetzen konnten. Es hat dem Gesetzgeber jedoch aufgegeben, sich vor künftigen Entscheidungen über die Durchführung einer Volkszählung mit dem dann erreichten Stand der Methodendiskussion auseinanderzusetzen und festzustellen, ob eine Totalerhebung auch unter veränderten Umständen noch verhältnismäßig ist.[121)] Die Antwort darauf ist der Zensus.

III. Bewertung und Ausblick

Nach alledem kann man das Urteil vom 19. Dezember 2018 zum Zensus 2011 als eine Art verfassungsrechtliche Betriebsanleitung verstehen, die am Beispiel der Statistik für Bundeszwecke wesentliche Fragen des Staatsrechts zusammengetragen, teilweise neu entschieden und geordnet hat. Das beginnt bei der Kompetenzabgrenzung und dem für die Verfassungsordnung des Grundgesetzes eher eigentümlichen Gedanke, dass eine klare Trennung statistischer Erhebungen „untunlich“ sei[122)] und setzt sich fort bei der Identifizierung von verfassungs-

97) Vgl. BVerfGE 140, 99 <109 f. Rn. 19>; Dreier, in: Dreier, GG, Bd. 2, 3. Aufl. 2015, Art. 28 Rn. 94; K. A. Schwarz, in: Huber/Voßkuhle (Hrsg.), Art. 28 Rn. 170; Christian Röhl, in: Schoch/Eifert (Hrsg.), Besonderes Verwaltungsrecht, 2. Aufl. 2023, 2. Kap. Rn. 26.

98) Vgl. BVerfGE 23, 353 <372 f.>; 26, 228 <244>; 76, 107 <119>; 83, 363 <393>; 137, 108 <155 Rn. 109>; 138, 1 <14 Rn. 39>; Henneke, in: Schmidt-Bleibtreu/Hofmann/Henneke, GG, 14. Aufl. 2018, Art. 28 Rn. 56.

99) Vgl. BVerfGE 65, 1 <43>; 128, 1 <42>; 130, 1 <35>; 130, 151 <183>; 142, 234 <251 Rn. 30>; stRspr.

100) Vgl. BVerfGE 65, 1 <45>; 128, 1 <44 f.>; 130, 151 <183 f.>

101) Vgl. hierzu BVerfGE 27, 344 <350 f.>; 120, 274 <335>; 130, 1 <22>; 141, 220 <276 Rn. 120, 278 Rn. 124>.

102) Vgl. BVerfGE 65, 1 <44>; 141, 220 <264 f. Rn. 91, 93 f.>.

103) Vgl. BVerfGE 53, 30 <65>; 65, 1 <44>; 141, 220 <275 ff. Rn. 117 f., 126 ff., 134 ff.>.

104) Vgl. BVerfGE 120, 378 <408>; 133, 277 <336 f. Rn. 140>.

105) Vgl. BVerfGE 65, 1 <45 f.>; 141, 220 <269 Rn. 105, 271 Rn. 110>.

106) Vgl. BVerfGE 27, 1 <7>; 65, 1 <45>; 120, 378 <399> - automatisierte Kennzeichenerfassung.

107) Vgl. BVerfGE 65, 1 <43>; 130, 151 <184>; 141, 220 <261 Rn. 80, 323 Rn. 274, 327 Rn. 285>.

108) Vgl. BVerfGE 133, 277 <365 f. Rn. 204 f.>; 141, 220 <282 ff. Rn. 134 ff.>.

109) Vgl. BVerfGE 65, 1 <46>; 84, 239 <280>.

110) Vgl. BVerfGE 65, 1 <46>; 113, 29 <58>; 100, 313 <361>; 120, 351 <360 ff.>; 141, 220 <285 f. Rn. 144>.

111) Vgl. BVerfGE 100, 313 <362>; 113, 29 <58>; 120, 378 <Leitsatz 1, 397 ff.>; 125, 260 <332 f.>; 141, 220 <285 f. Rn. 144>.

rechtlichen Eckpunkten für eine realitätsgerechte Ermittlung der Einwohnerzahlen sowie Ausführungen zur Begründungsbedürftigkeit von Gesetzen, der Kontrolldichte u. a. m.

Hinzu kommt eine geradezu lehrbuchartige Rekonstruktion der Wesentlichkeitsdoktrin mit ihren beiden Standbeinen im Rechtsstaats- und Demokratieprinzip und – und das war so explizit noch nicht festgestellt worden war – der Einordnung von Art. 80 Abs. 1 GG als punktueller Konkretisierung von Demokratie und Rechtsstaat.

Dass der Bund die Länder nicht willkürlich ungleich behandeln darf, wird zwar schon in der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den Wohnbaumitteln vom 21. Mai 1952 festgestellt;[123] dass aus dem Bundesstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG jedoch ein umfassendes Gebot föderativer Gleichbehandlung folgt, hatte das Bundesverfassungsgericht so deutlich ebenfalls noch nicht entschieden. Unmittelbar aus dem Bundesstaatsprinzip leitet der Senat darüber hinaus das Recht von Bund und Ländern ab, bei im Raume stehenden Rechtsverletzungen das Bundesverfassungsgericht anrufen zu können. Zwar kennt Art. 93 Abs. 1 Satz 3 GG die Bund-Länder-Streitigkeit; die Ausführungen im Zensus-Urteil gehen jedoch deutlich darüber hinaus und geben dem Bund-Länder-Streit eine materiell-rechtliche Grundierung entsprechend dem Gedanken, dass Rechte, die nicht gerichtlich durchgesetzt werden können, keine wirklichen Rechte sind. Mit der Rechtsschutzgarantie des Art. 19 Abs. 4 GG oder dem Rechtsgewährungsanspruch aus Art. 20 Abs. 3 i. V. m. Art. 2 Abs. 1 GG hat das freilich nichts zu tun, da der Staat bekanntlich nicht grundrechtsfähig ist.

Vergleichbare Anforderungen ergeben sich aus dem aus Art. 28 Abs. 2 GG abgeleiteten Gebot interkommunaler Gleichbehandlung, das der Senat im Urteil zu dem Optionskommunen von 7. Oktober 2014 zwar schon einmal bemüht hatte,[124] das als allgemeiner Rechtsgrundsatz des Bundesrechts bisher aber noch nicht anerkannt war. Weniger überraschend ist dagegen die Anerkennung der – ebenfalls aus Art. 28 Abs. 2 GG abgeleiteten - subjektiven Rechtsstellungsgarantie der Kommunen. Diese auf Eberhard Schmidt-Aßmann zurückgehende Figur berechtigt die Kommunen, ihr Recht aus Art. 28 Abs. 2 GG auch gerichtlich durchzusetzen. Der Senat hatte es in seinem Beschluss zur sächsischen Schulnetzplanung zwar schon einmal gestreift;[125] jetzt dürfte es auch in der Rechtsprechung endgültig etabliert sein.

Selbst bei der dogmatischen Einordnung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG) bietet das Urteil teilweise klärende Einsichten – etwa mit der Einordnung der organisatorischen Vorkehrungen an eine Volkszählung als sich aus dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ergebende Schranken-Schranken.

Unter dem Strich erweist sich die Statistik damit als ein Referenzgebiet, in dem grundlegende und seit Jahrzehnten offene Fragen des föderalen Verfassungsstaats gelassen und ohne Schaum vor dem Mund verhandelt werden können. Das zeigt auch die Diskrepanz zum „Schwesterbereich“ des Datenschutzes. Vergleicht man die datenschutzrechtliche Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und die Entscheidung zum Zensus 2011, so ist die Diskrepanz erheblich. Das liegt natürlich auch an den unterschiedlichen Verfahrensarten: die Verfassungsbeschwerde zwingt das Gericht strukturell dazu, staatlichem Handeln mit einer Grundskepsis zu begegnen und dessen Einschränkungen tendenziell auszudehnen; der offenere Zugriff im Rahmen einer abstrakten Normenkontrolle tut dies nicht. Der Unterschied dürfte aber auch darauf beruhen, dass in den Datenschutzfällen in der Regel der Erste Senat zuständig ist, das Urteil zum Zensus 2011 jedoch aus der Hand des Zweiten Senats stammt, der eben auch Staatsgerichtshof ist. Wenn das Sein das Bewußtsein bestimmt, können die Zugriffe beider Senate sich nicht vollständig decken. Hier wird die Natur des Bundesverfassungsgerichts als „Zwillingsgericht“ ausnahmsweise greifbar. Eineiige Zwillinge sind die beiden Senate jedenfalls nicht. Nicht nur ihre „Traditionen“ und „Kulturen“ unterscheiden sich, sondern auch ihr Zugriff auf Verfassungsfragen, auch wenn die Schwelle des § 16 Abs. 1 BVerfGG dabei nur sehr selten erreicht wird.

123) BVerfGE 1, 299 ff. – Wohnbaumittel.

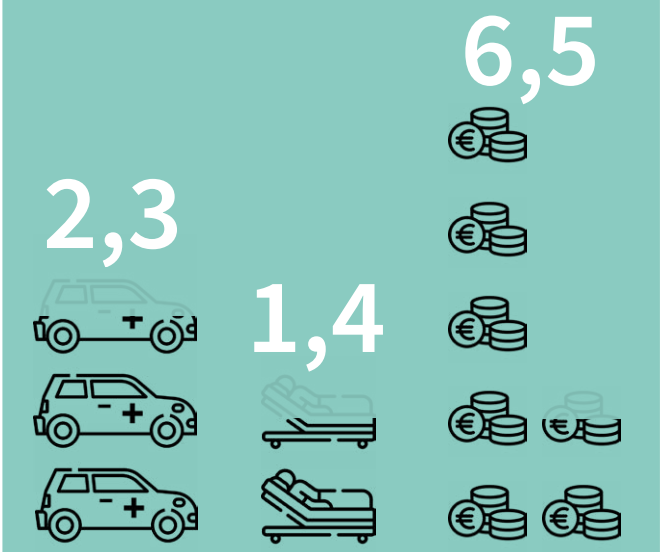
124) BVerfGE 137, 108 ff. – Optionskommunen.

125) BVerfGE 138, 1 ff. – sächsische Schulnetzplanung.

THÜRINGEN 2042
Pflegevorausberechnung
Pflegebedürftige

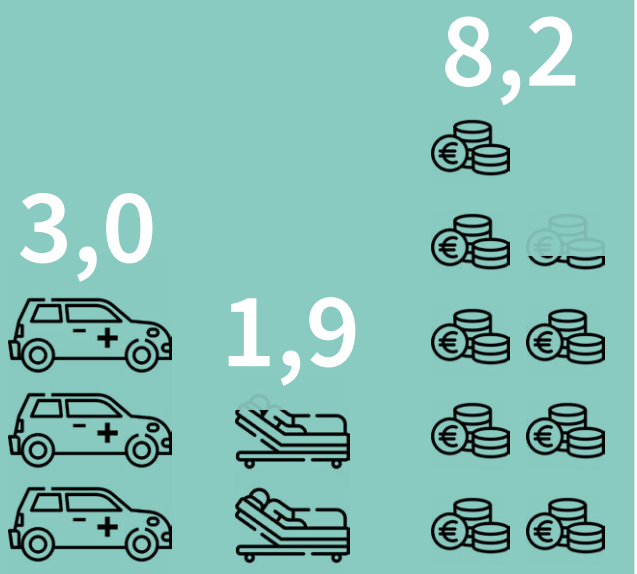
UNSTRUT-HAINICH-KREIS

2021



ambulante Pflege	stationäre Pflege	Pflegegeld
2,3 Tausend	1,4 Tausend	6,5 Tausend

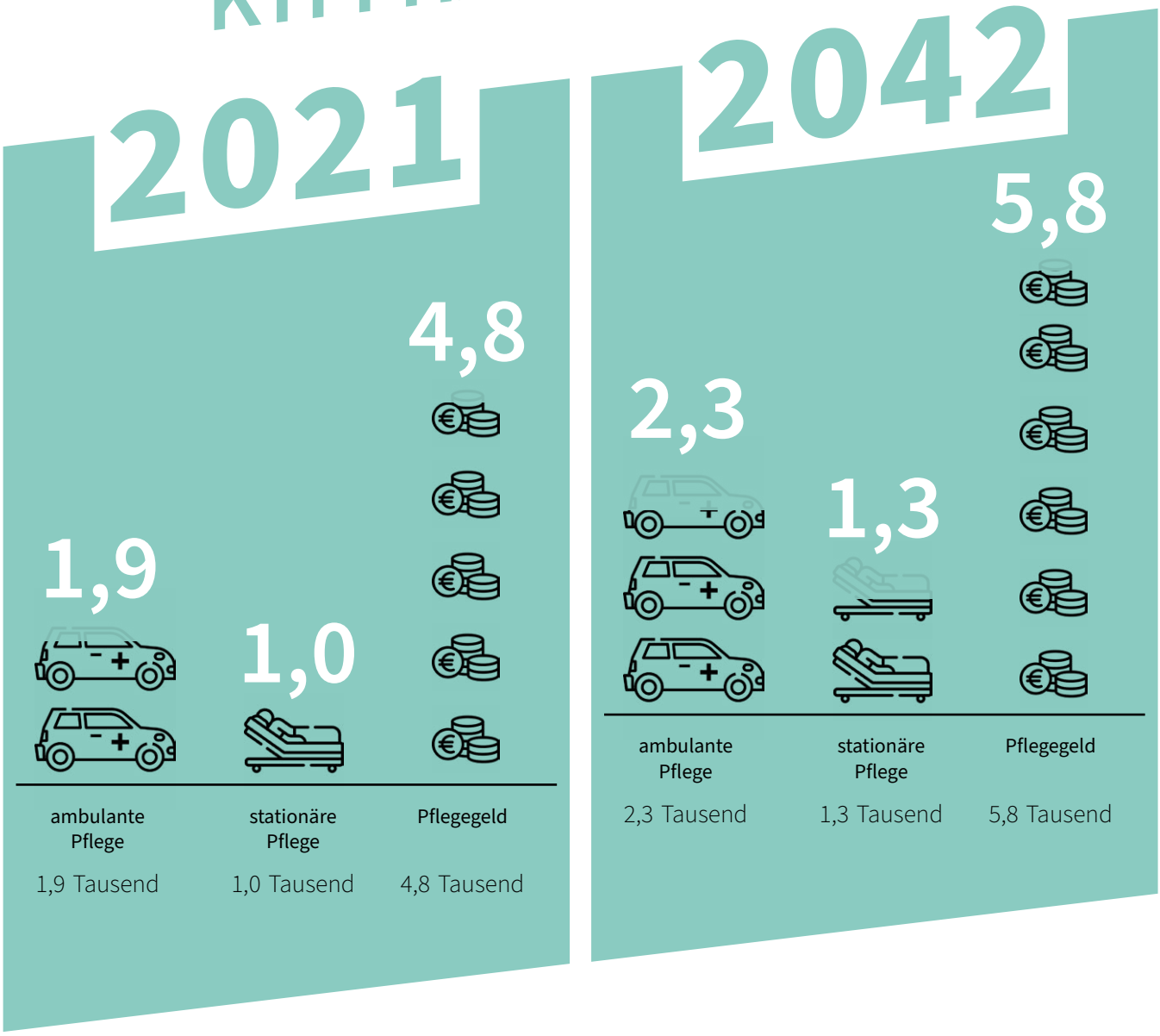
2042



ambulante Pflege	stationäre Pflege	Pflegegeld
3,0 Tausend	1,9 Tausend	8,2 Tausend

=1000 Pflegebedürftige

KYFFHÄUSERKREIS

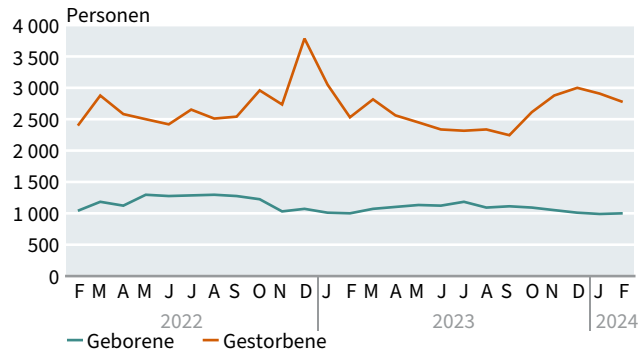


=1000 Pflegebedürftige

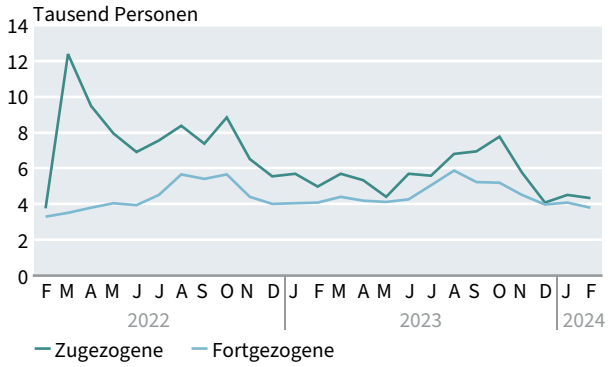
Icons: flaticon.com (Kiranshastry/BZZRINCANTATION/FREEPIK)

GRAFIKEN

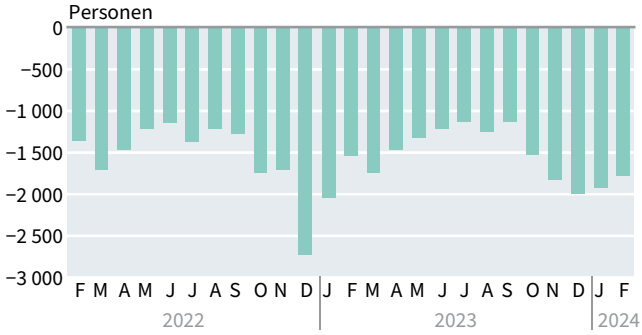
Geborene und Gestorbene



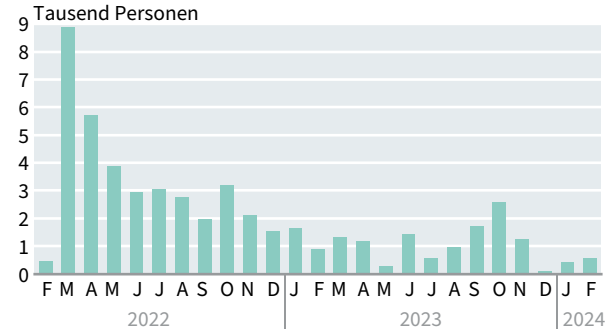
Über die Landesgrenzen Zu- bzw. Fortgezogen



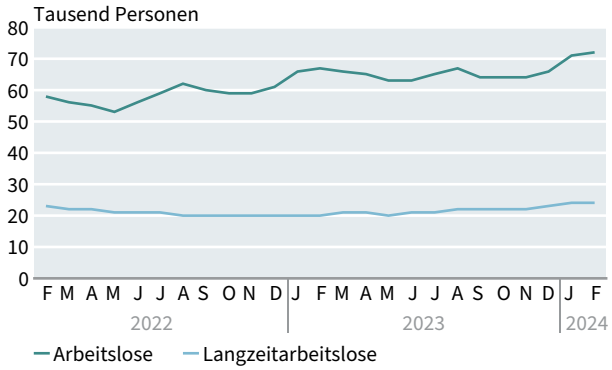
Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (–)



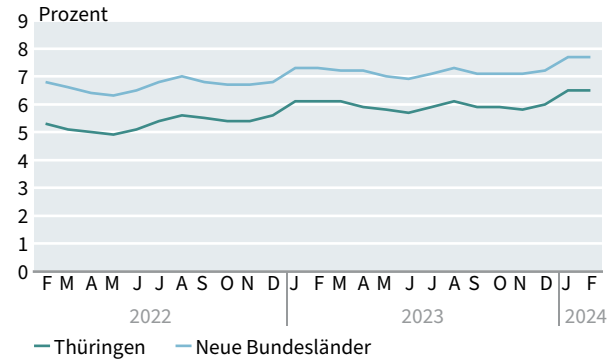
Wanderungsgewinn bzw. Verlust (–)



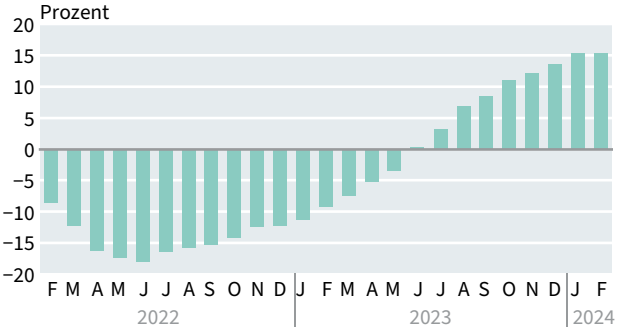
Arbeitsmarkt



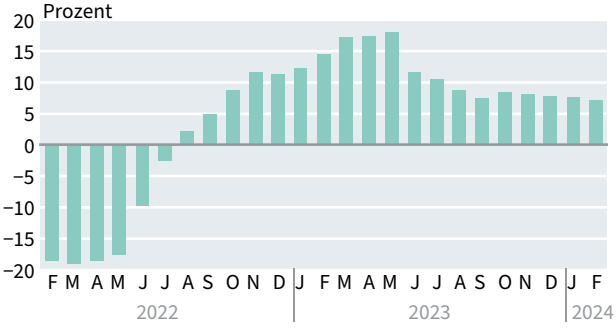
Arbeitslosenquote



Veränderung der Zahl der Langzeitarbeitslosen gegenüber dem Vorjahresmonat

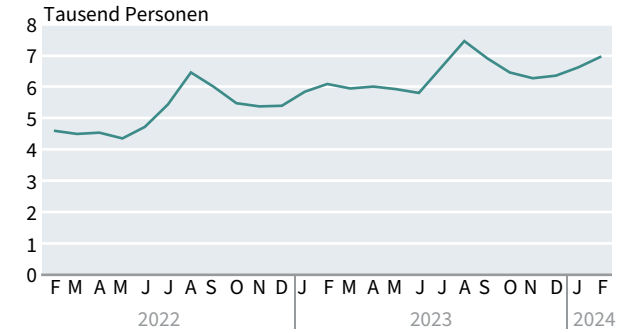


Veränderung der Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen

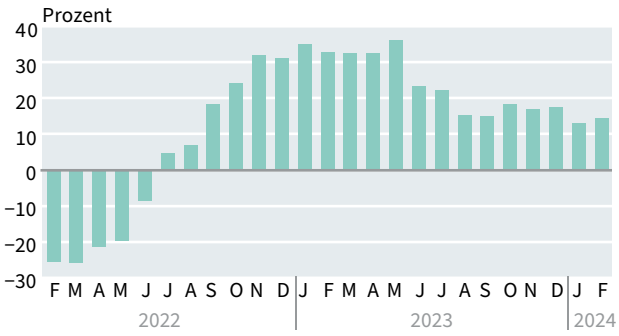


Arbeitsmarkt

Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren

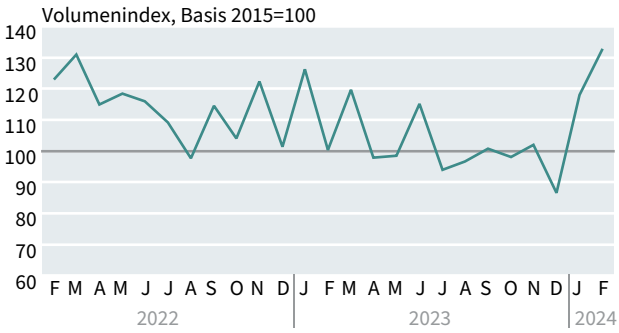


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat

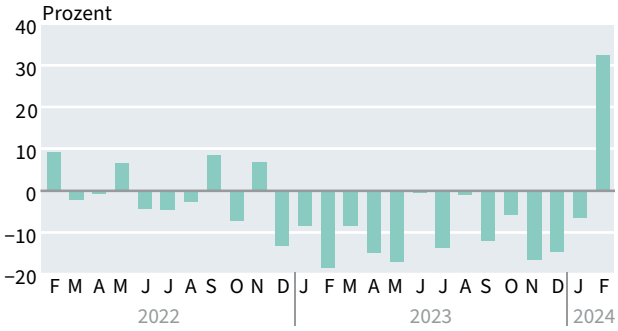


Auftragseingangsindex

Verarbeitendes Gewerbe

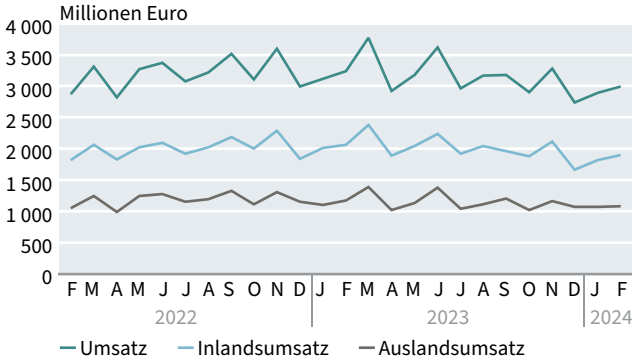


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat

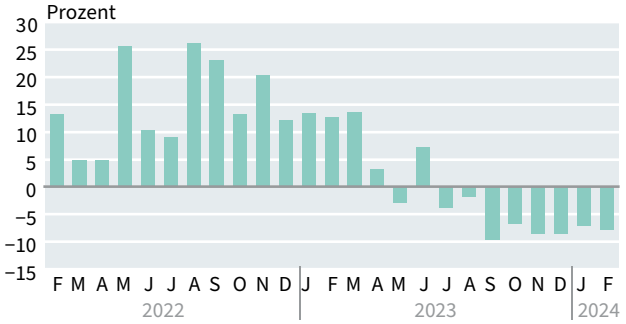


Umsatz

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

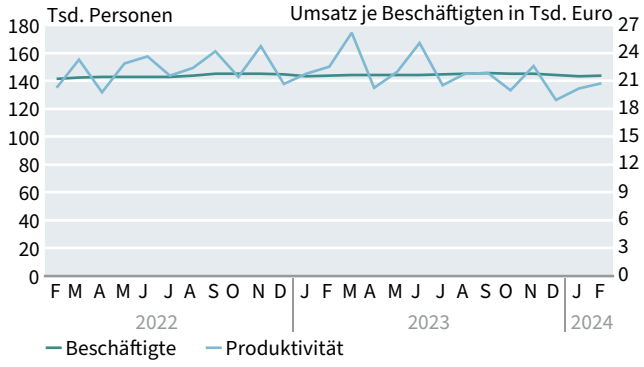


Veränderung des Umsatzes
gegenüber dem Vorjahresmonat

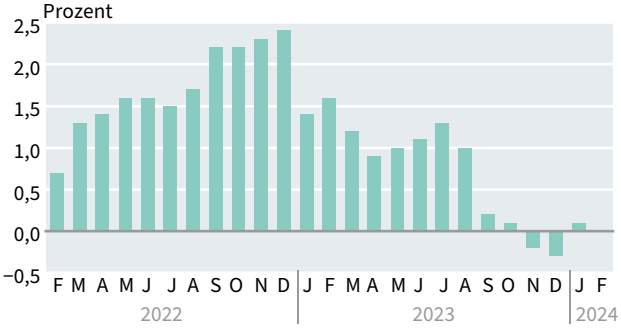


Beschäftigte und Produktivität

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe



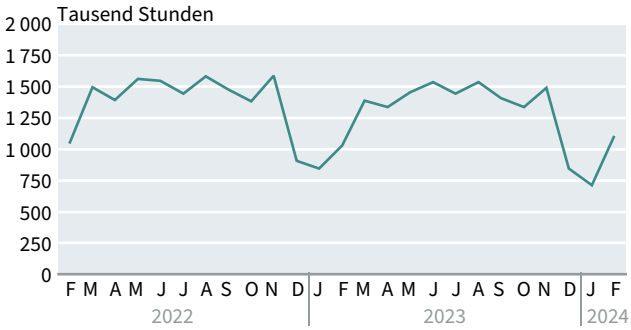
Veränderung der Beschäftigtenzahl
gegenüber dem Vorjahresmonat



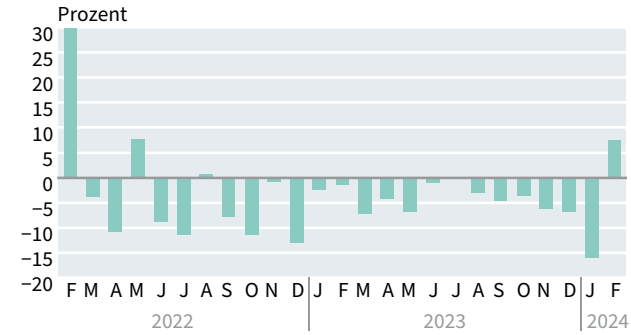
GRAFIKEN

Geleistete Arbeitsstunden

Bauhauptgewerbe

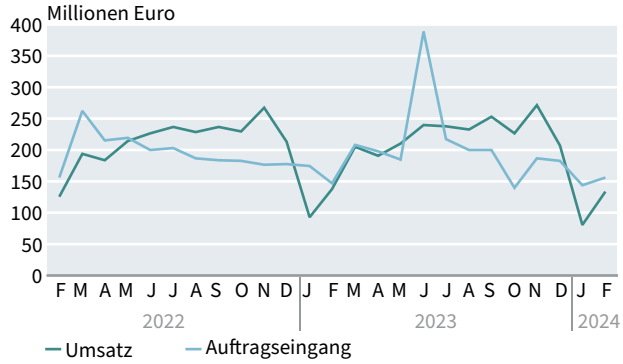


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat

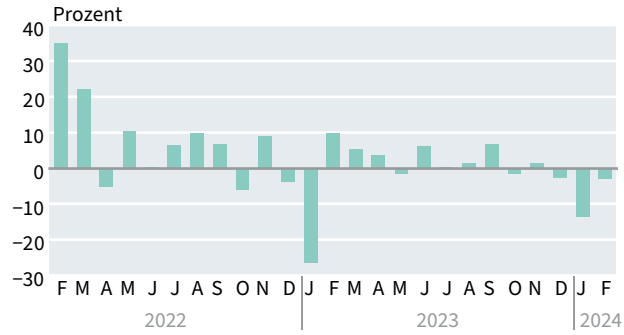


Umsatz und Auftragseingang

Bauhauptgewerbe

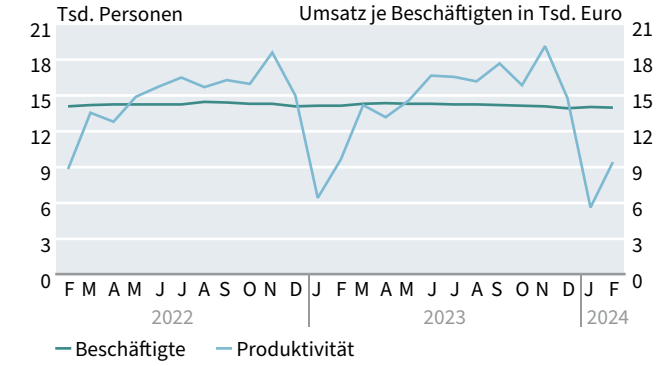


Veränderung des Umsatzes
gegenüber dem Vorjahresmonat

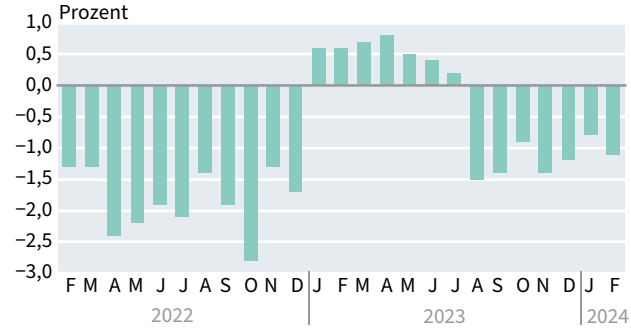


Beschäftigte und Produktivität

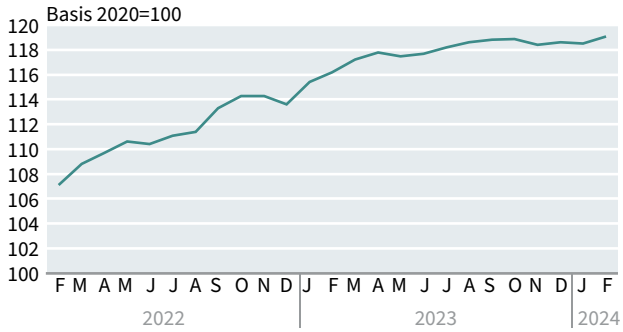
Bauhauptgewerbe



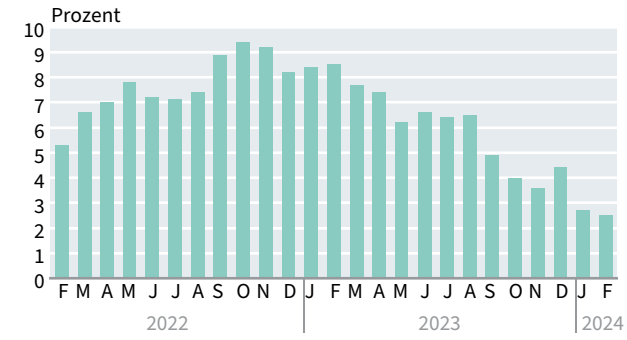
Veränderung der Beschäftigtenzahl
gegenüber dem Vorjahresmonat



Verbraucherpreisindex

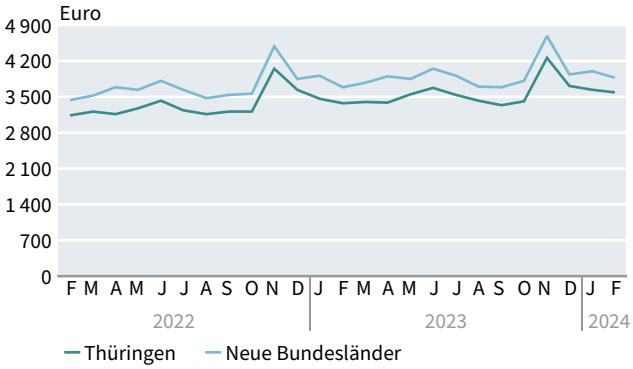


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat

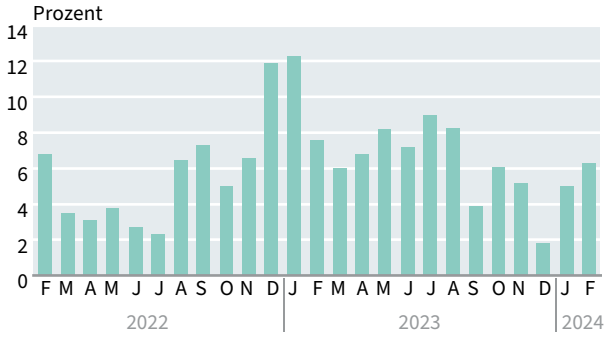


Entgelte je Beschäftigten

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

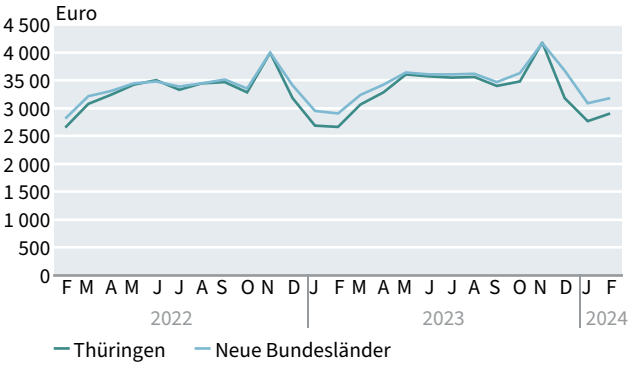


Veränderung gegenüber
dem Vorjahresmonat in Thüringen

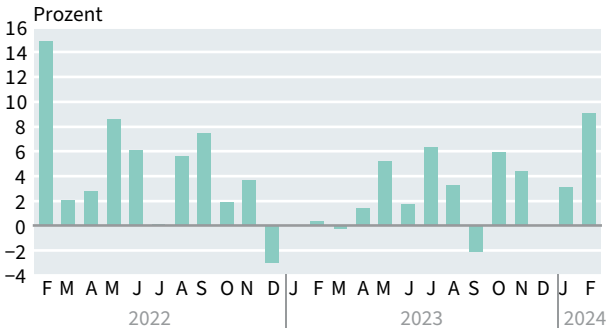


Entgelte je Beschäftigten

Bauhauptgewerbe

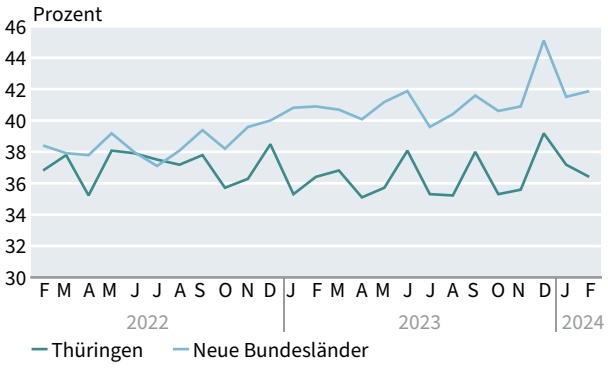


Veränderung gegenüber
dem Vorjahresmonat in Thüringen

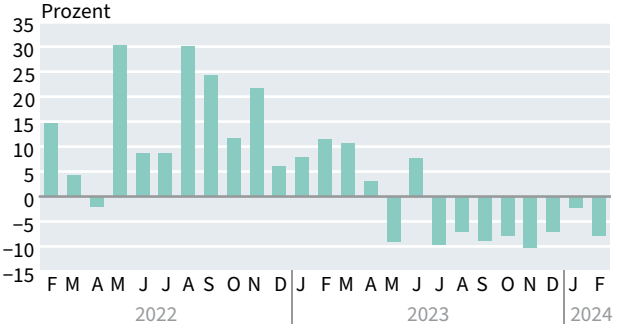


Exportquote

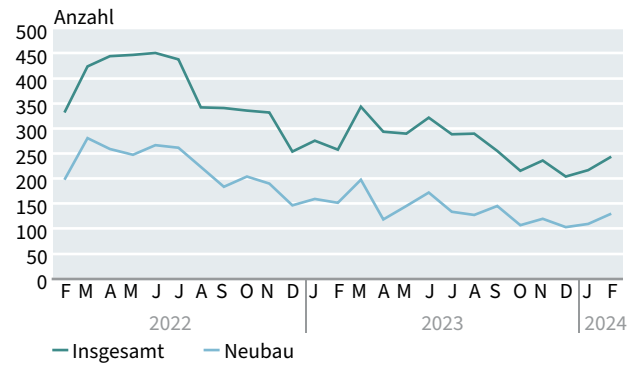
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe



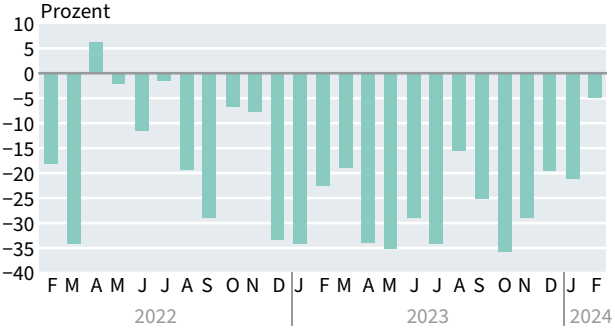
Veränderung des Auslandsumsatzes gegenüber
dem Vorjahresmonat in Thüringen



Baugenehmigungen

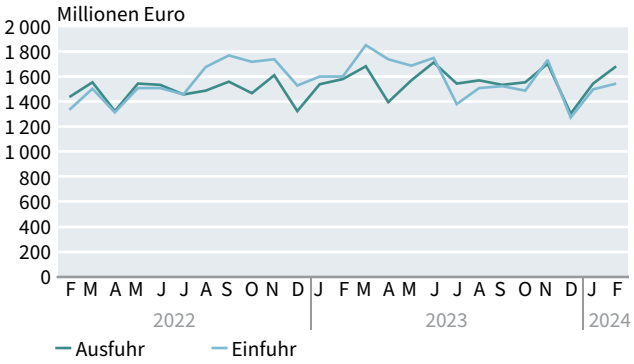


Veränderung der Baugenehmigungen
gegenüber dem Vorjahresmonat

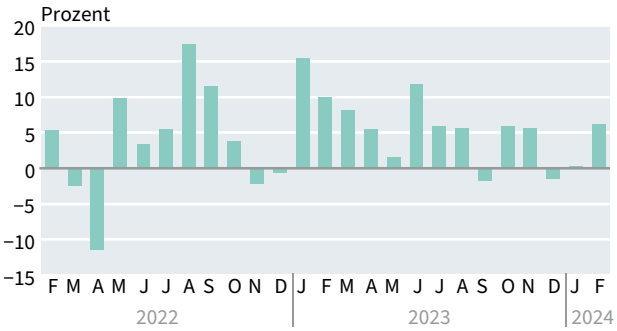


GRAFIKEN

Außenhandel

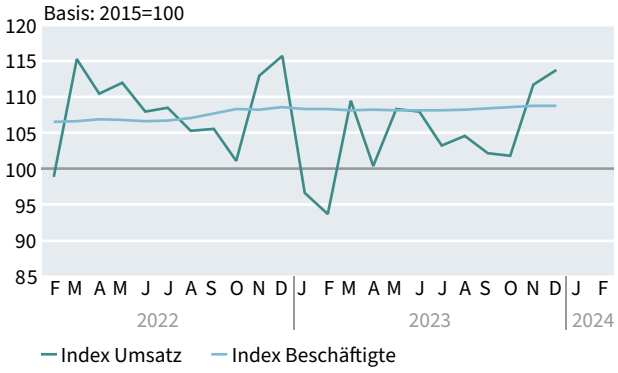


Veränderung der Ausfuhr
gegenüber dem Vorjahresmonat

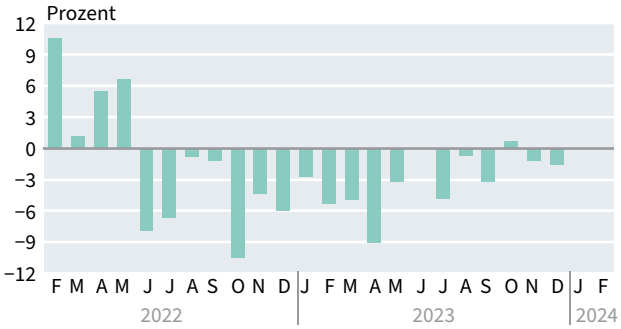


Index des Umsatzes und der Beschäftigten

Einzelhandel

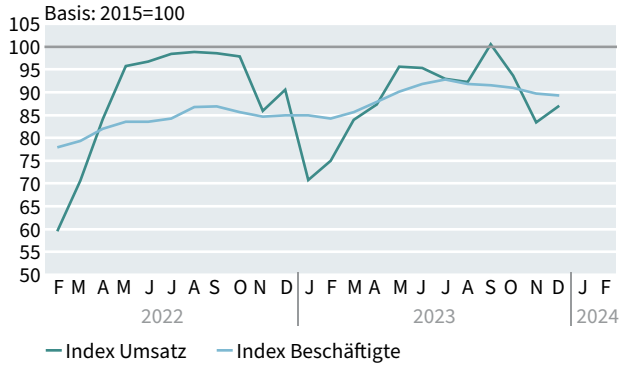


Veränderung des Umsatzindexes
gegenüber dem Vorjahresmonat

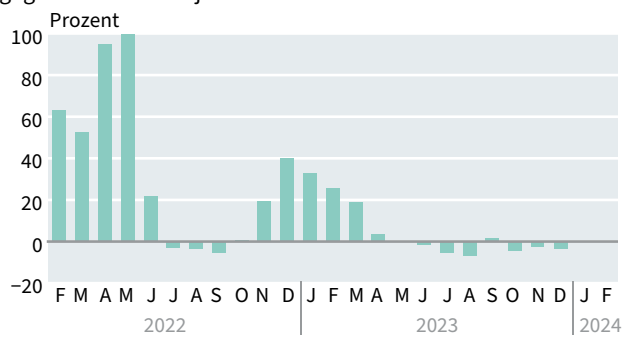


Index des Umsatzes und der Beschäftigten

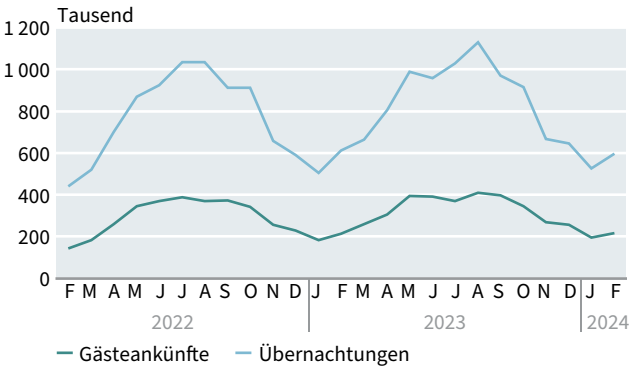
Gastgewerbe



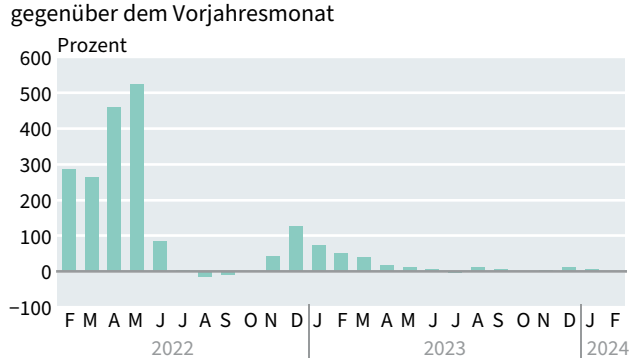
Veränderung des Umsatzindexes
gegenüber dem Vorjahresmonat



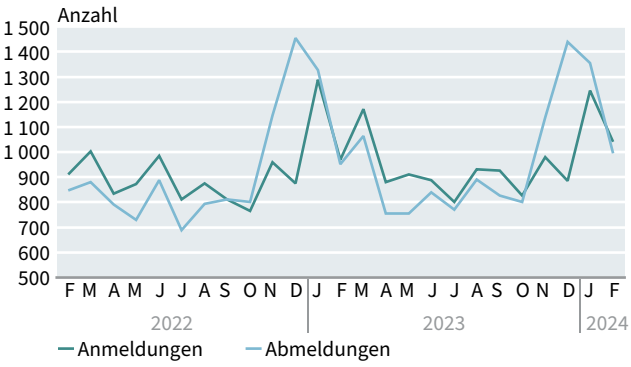
Beherbergung



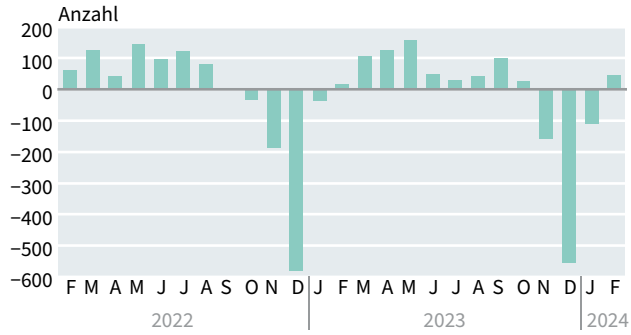
Veränderung der Gästeankünfte
gegenüber dem Vorjahresmonat



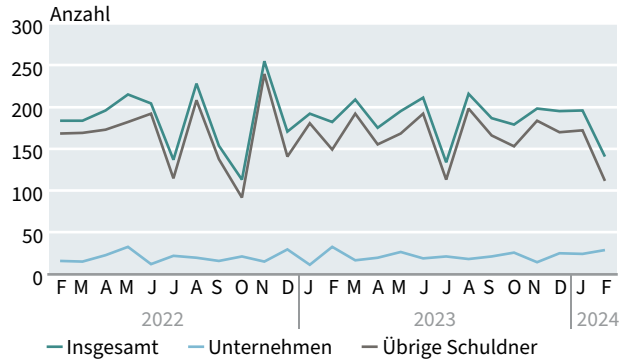
Gewerbean- und -abmeldungen



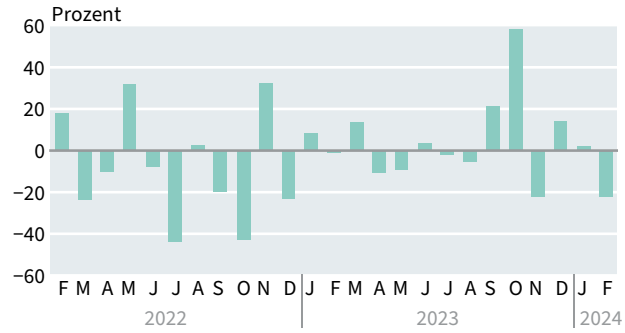
Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen



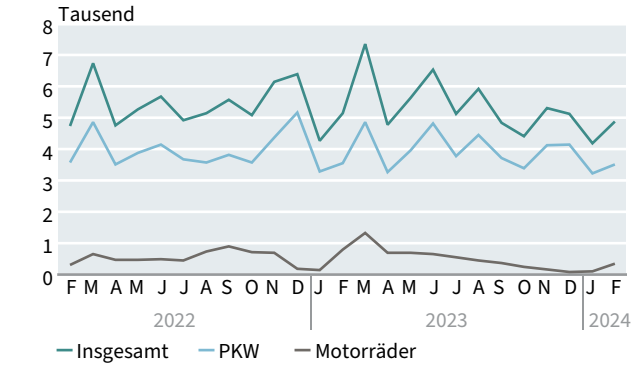
Insolvenzen



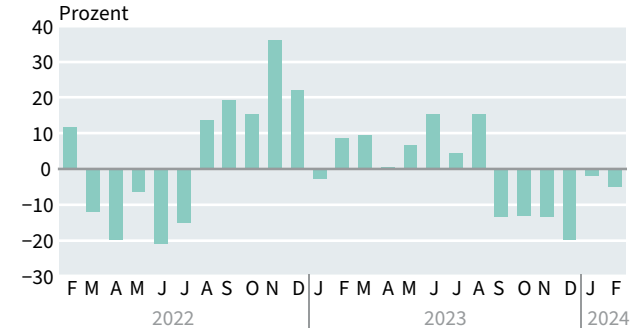
Veränderung der Zahl der Insolvenzen gegenüber dem Vorjahresmonat



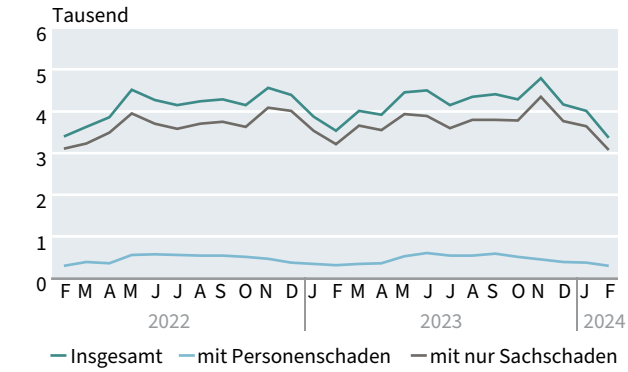
Zulassung neuer Kraftfahrzeuge



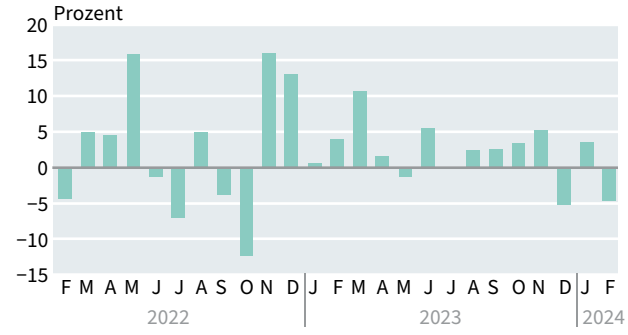
Veränderung der Zahl der Zulassungen gegenüber dem Vorjahresmonat



Straßenverkehrsunfälle



Veränderung der Zahl der Straßenverkehrsunfälle gegenüber dem Vorjahresmonat



TROCKENE ZAHL

1 605
AUSLÄNDER UND AUSLÄNDERINNEN

WURDEN IM JAHR 2023 IN THÜRINGEN EINGEBÜRGERT.

(DEUTSCHLANDWEIT WAREN ES RUND 200 100 EINBÜRGERUNGEN.)

Thüringen im Überblick

Merkmal	Veränderung							
	November 2023	Dezember 2023	Januar 2024	Februar 2024	November 2023	Dezember 2023	Januar 2024	Februar 2024
	zum Vormonat				zum Vorjahresmonat			
	Prozent							
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe[1]								
Betriebe	0,0	0,1	−1,5	0,6	−1,2	−1,1	0,4	0,1
Beschäftigte	−0,1	−0,4	−0,8	0,5	−0,1	−0,2	0,1	0,0
Umsatz	11,9	−16,1	5,7	3,4	−8,5	−7,9	−7,2	−7,7
Inlandsumsatz	11,6	−20,2	9,2	4,6	−7,8	−8,4	−9,9	−7,7
Auslandsumsatz	12,3	−8,8	0,3	1,3	−9,7	−6,9	−2,3	−7,8
Umsatz je Beschäftigten	11,9	−15,8	6,6	2,9	−8,4	−7,7	−7,3	−7,7
Geleistete Arbeitsstunden	11,2	−21,7	27,8	−1,8	−2,2	−3,0	−3,1	2,0
Entgelte	23,5	−12,2	−2,5	−1,1	3,9	1,8	5,1	6,3
Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	4,6	−13,9	36,2	12,6	−17,0	−13,9	−6,5	32,4
Inland	8,7	−21,9	44,3	24,1	−18,0	−20,2	−14,0	39,7
Ausland	−1,3	−1,3	25,9	−3,9	−15,3	−4,4	6,9	20,7
Bauhauptgewerbe[2]								
Betriebe	0,0	−0,4	0,7	0,0	−2,1	−2,4	−2,1	−2,1
Beschäftigte	−0,5	−1,1	0,8	−0,3	−1,4	−1,2	−0,8	−1,1
baugewerblicher Umsatz	20,2	−23,7	−61,6	66,6	1,5	−2,7	−13,1	−3,2
baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	20,8	−22,9	−61,9	67,1	3,0	−1,6	−12,4	−2,1
Geleistete Arbeitsstunden	11,6	−43,1	−15,8	55,3	−6,2	−6,7	−16,0	7,4
Entgelte	19,3	−24,6	−12,4	4,7	2,9	−1,1	2,3	7,9
Ausbaugewerbe[3][4]								
Betriebe	.	−0,8	.	.	.	−3,0	.	.
Beschäftigte	.	−2,0	.	.	.	−1,7	.	.
ausbaugewerblicher Umsatz	.	28,9	.	.	.	8,9	.	.
ausbaugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	.	31,5	.	.	.	10,8	.	.
Gewerbeanzeigen[5]								
Gewerbeanmeldungen	18,4	−9,6	40,8	−16,5	2,1	1,0	−3,4	7,4
Gewerbeabmeldungen	42,0	26,4	−5,8	−26,6	−0,6	−1,0	2,3	4,4
Insolvenzen	10,6	−1,5	0,5	−28,1	−22,4	14,0	2,1	−22,5
Verbraucherpreisindex	−0,4	0,2	−0,1	0,5	3,6	4,4	2,7	2,5
Arbeitsmarkt								
Arbeitslose	−0,3	2,3	8,7	0,6	8,1	7,7	7,6	7,1
Offene Arbeitsstellen	−2,1	−2,3	−3,8	3,8	−18,8	−12,6	−10,5	−10,9
Langzeitarbeitslose	1,1	1,6	4,5	0,1	12,3	13,6	15,3	15,3

1) Angaben für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
2) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten
3) 2018 bis 2020 Anhebung der Berichtskreisuntergrenze von 20 auf 23 und mehr tätigen Personen
4) Quartalsangaben
5) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

Thüringen im Vergleich

Merkmal	Mengeneinheit	Thüringen	neue Bundesländer	alte Bundesländer	Deutschland insgesamt	Anteil Thüringens (in %) an	
						neuen Bundesländern	Deutschland insgesamt
		Februar 2024					
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe[1]							
Betriebe	Anzahl	801	3739	18728	22467	21,4	3,6
Beschäftigte	Tausend	144	698	4882	5580	20,6	2,6
Umsatz	Mill. Euro	2990	19951	158477	178428	15,0	1,7
Inlandsumsatz	Mill. Euro	1902	11585	73379	84964	16,4	2,2
Auslandsumsatz	Mill. Euro	1088	8366	85098	93464	13,0	1,2
Umsatz je Beschäftigten	Euro	20773	28569	32463	31976	x	x
Geleistete Arbeitsstunden	Tausend	19195	91661	622361	714022	20,9	2,7
Entgelte	Mill. Euro	516	2712	24366	27077	19,0	1,9
Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	2015=100	132,8	…	…	.	x	x
Inland	2015=100	130,9	…	…	.	x	x
Ausland	2015=100	136,5	…	…	.	x	x
Bauhauptgewerbe[2]							
Betriebe	Anzahl	285	2034	7528	9562	14,0	3,0
Beschäftigte	Tausend	14	107	420	528	13,0	2,7
baugewerblicher Umsatz	Mill. Euro	132	1304	5475	6778	10,1	1,9
baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	Euro	9407	12145	13030	12850	x	x
Geleistete Arbeitsstunden	Tausend	1106	9502	37729	47231	11,6	2,3
Entgelte	Mill. Euro	41	341	1452	1794	11,9	2,3
Ausbaugewerbe[3][4]							
Betriebe	Anzahl	.	.	.	.	.	.
Beschäftigte	Tausend	.	.	.	.	.	.
ausbaugewerblicher Umsatz	Mill. Euro	.	.	.	.	.	.
ausbaugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	Euro	.	.	.	.	.	.
Gewerbeanzeigen[5]							
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	1041	10829	55226	66055	9,6	1,6
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	995	9190	43607	52797	10,8	1,9
Insolvenzen	Anzahl	141	1772	8087	9859	8,0	1,4
Verbraucherpreisindex	2015=100	119,1	…	…	118,1	x	x
Arbeitsmarkt							
Arbeitslose	Anzahl	71697	657539	2156274	2813813	10,9	2,5
Offene Arbeitsstellen	Anzahl	15323	133691	571670	706201	11,5	2,2

1) Angaben für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
2) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten
3) 2018 bis 2020 Anhebung der Berichtskreisuntergrenze von 20 auf 23 und mehr tätigen Personen
4) Quartalsangaben
5) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

Thüringen im Vergleich

Merkmal	Veränderung Februar 2024							
	Thüringen	neue Bundes-länder	alte Bundes-länder	Deutschland insgesamt	Thüringen	neue Bundes-länder	alte Bundes-länder	Deutschland insgesamt
	zum Vormonat				zum Vorjahresmonat			
	Prozent							
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe[1]								
Betriebe	0,6	0,2	0,8	0,7	0,1	−1,4	0,2	−0,1
Beschäftigte	0,5	0,3	0,1	0,1	0,0	−0,3	0,4	0,3
Umsatz	3,4	4,0	7,2	6,8	−7,7	−5,3	−1,3	−1,7
Inlandsumsatz	4,6	3,3	5,6	5,3	−7,7	−7,6	−1,7	−2,6
Auslandsumsatz	1,3	5,0	8,6	8,3	−7,8	−1,8	−0,8	−0,9
Umsatz je Beschäftigten	2,9	3,7	7,1	6,7	−7,7	−5,0	−1,7	−2,0
Geleistete Arbeitsstunden	−1,8	−3,0	0,6	0,1	2,0	2,2	3,3	3,2
Entgelte	−1,1	−2,6	−2,2	−2,2	6,3	5,3	5,6	5,6
Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt	12,6	…	…	.	32,4	…	…	.
Inland	24,1	…	…	.	39,7	…	…	.
Ausland	−3,9	…	…	.	20,7	…	…	.
Bauhauptgewerbe[2]								
Betriebe	0,0	−0,4	−0,1	−0,2	−2,1	−3,9	−0,7	−1,4
Beschäftigte	−0,3	−0,3	0,1	0,0	−1,1	−1,2	−0,2	−0,4
baugewerblicher Umsatz	66,6	33,5	34,8	34,6	−3,2	5,1	2,1	2,6
baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	67,1	33,9	34,7	34,6	−2,1	6,4	2,3	3,0
Geleistete Arbeitsstunden	55,3	29,0	32,3	31,7	7,4	9,2	4,8	5,7
Entgelte	4,7	2,9	1,7	2,0	7,9	8,2	5,7	6,2
Ausbaugewerbe[3][4]								
Betriebe	.	.	.	.	.	.	.	.
Beschäftigte	.	.	.	.	.	.	.	.
ausbaugewerblicher Umsatz	.	.	.	.	.	.	.	.
ausbaugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	.	.	.	.	.	.	.	.
Gewerbeanzeigen[5]								
Gewerbeanmeldungen	−16,5	−12,6	−11,1	−11,4	7,4	4,0	7,9	7,2
Gewerbeabmeldungen	−26,6	−23,5	−24,7	−24,5	4,4	5,9	6,1	6,1
Insolvenzen	−28,1	−7,0	5,6	3,1	−22,5	3,1	18,4	15,3
Verbraucherpreisindex	0,5	…	…	0,4	2,5	…	…	2,5
Arbeitsmarkt								
Arbeitslose	0,6	0,2	0,3	0,3	7,1	6,6	7,6	7,4
Offene Arbeitsstellen	3,8	2,2	0,9	1,1	−10,9	−5,5	−10,0	−9,2

1) Angaben für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
2) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten
3) 2018 bis 2020 Anhebung der Berichtskreisuntergrenze von 20 auf 23 und mehr tätigen Personen
4) Quartalsangaben
5) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2020	2021	2022	2023
			Monatsdurchschnitt			
	Bevölkerung und Erwerbstätigkeit					
1	**Bevölkerung am Monatsende**	**Tausend**	**2126**	**2113**	**2121**	**2124**
2	darunter Ausländer	Tausend	112	118	145	170
	Natürliche Bevölkerungsbewegung					
3	Eheschließungen	Anzahl	711	644	711	636
4	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	aT	4,0	3,7	4,0	3,6
5	Lebendgeborene	Anzahl	1333	1281	1178	1079
6	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	aT	7,5	7,3	6,7	6,1
7	Totgeborene	Anzahl	6	6	6	6
8	je 1000 Geborene	aT	4,5	4,9	4,9	5,1
9	Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2519	2903	2733	2595
10	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	aT	14,2	16,5	15,5	14,7
11	Gestorbene im ersten Lebensjahr	Anzahl	3	4	4	4
12	Überschuß der Geborenen bzw, Gestorbenen (–)	Anzahl	−1186	−1621	−1555	−1515
13	je 1000 Einwohner und 1 Jahr	aT	−6,7	−9,2	−8,8	−8,6
	Wanderungen					
14	Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	3916	4491	7376	5731
15	darunter aus dem Ausland	Anzahl	1708	2187	5075	3550
16	Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	3798	3785	4287	4564
17	darunter in das Ausland	Anzahl	1298	1293	1786	2059
18	Wanderungsgewinn bzw. -verlust (–)	Anzahl	118	707	3089	1167
19	Innerhalb des Landes Umgezogene (Landesbinnenwanderung)	Anzahl	4230	4293	4669	4892
	Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt [1]					
20	**Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer**	**Anzahl**	**791811**	**796232**	**803295**	**799544**
21	**Arbeitslose insgesamt**	**Anzahl**	**66678**	**62249**	**58172**	**64978**
	davon					
22	Männer	Anzahl	38036	35069	32190	35913
23	Frauen	Anzahl	28642	27180	25983	29065
24	Ausländer	Anzahl	8744	7950	10413	15494
25	Jugendliche unter 25 Jahren	Anzahl	6078	5267	5097	6311
26	**Arbeitslosenquote insgesamt** [2]	**Prozent**	**6,0**	**5,6**	**5,3**	**5,9**
	darunter					
27	Männer	Prozent	6,4	5,9	5,5	5,7
28	Frauen	Prozent	5,5	5,2	5,1	5,2
29	Jugendliche unter 25 Jahren	Prozent	7,1	5,9	5,6	6,0
30						
31	Langzeitarbeitslose	Anzahl	20225	24331	21003	21252
32	Zugang an offenen Arbeitsstellen	Anzahl	.	.	.	.
33	Bestand an offenen Arbeitsstellen	Anzahl	.	.	.	.
34	**Leistungsempfänger von** Arbeitslosengeld	Anzahl	24659	22569	19273	21320

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit
2) bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

2023											2024		Lfd. Nr.
Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	
2126	**2125**	**2125**	**2124**	**2124**	**2123**	**2123**	**2124**	**2125**	**2124**	**2122**	**2121**	**2119**	**1**
164	166	167	167	169	169	171	172	175	176	177	177	178	2
251	480	474	830	1149	1060	965	954	535	310	440	183	330	3
1,5	2,9	2,7	4,6	6,6	5,9	5,4	5,5	3,0	1,8	2,4	1,0	2,0	4
995	1066	1098	1133	1119	1185	1095	1108	1088	1046	1010	984	995	5
6,1	5,9	6,3	6,3	6,4	6,6	6,1	6,3	6,0	6,0	5,6	5,5	6,1	6
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	8
2535	2817	2564	2447	2335	2313	2342	2242	2611	2874	3004	2910	2772	9
15,5	15,6	14,7	13,6	13,4	12,8	13,0	12,8	14,5	16,5	16,7	16,1	17,0	10
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	11
−1540	−1751	−1466	−1314	−1216	−1128	−1247	−1134	−1523	−1828	−1994	−1926	−1777	12
−9,4	−9,7	−8,4	−7,3	−7,0	−6,3	−6,9	−6,5	−8,4	−10,5	−11,1	−10,7	−10,9	13
4994	5714	5352	4400	5700	5588	6817	6958	7764	5780	4072	4498	4342	14
3269	3700	3366	2643	3871	3252	3972	4256	4551	3679	2352	2631	2622	15
4096	4396	4177	4139	4274	5041	5858	5241	5200	4510	3997	4080	3789	16
1965	2096	1932	2031	2230	2265	2512	2167	1971	1979	2056	1935	1754	17
898	1318	1175	261	1426	547	959	1717	2564	1270	75	418	553	18
4849	4822	4365	4920	4629	4945	5541	4755	4995	5373	4377	4467	4226	19
.	**800926**	**.**	**.**	**799544**	**.**	**.**	**806780**	**.**	**.**	**...**	**.**	**.**	**20**
66927	**66128**	**64753**	**63101**	**62591**	**64755**	**66928**	**64476**	**64257**	**64067**	**65524**	**71254**	**71697**	**21**
37677	36984	35757	34817	34461	35205	36247	35325	35269	35446	36756	40509	41075	22
29250	29144	28996	28284	28130	29550	30681	29151	28988	28621	28768	30745	30622	23
15259	15523	15500	15222	15122	15491	16341	15992	15734	15282	15480	16609	17191	24
6091	5952	6006	5930	5808	6640	7455	6903	6467	6280	6351	6615	6973	25
6,1	**6,1**	**5,9**	**5,8**	**5,7**	**5,9**	**6,1**	**5,9**	**5,9**	**5,8**	**6,0**	**6,5**	**6,5**	**26**
6,5	6,4	6,2	6,0	5,9	6,0	6,2	6,1	6,1	6,1	6,3	7,0	7,1	27
5,7	5,7	5,7	5,5	5,5	5,8	6,0	5,7	5,6	5,6	5,6	6,0	6,0	28
6,6	6,4	6,5	6,0	5,9	6,7	7,6	7,0	6,6	6,4	6,5	6,7	7,1	29
													30
20480	20501	20595	20363	20800	21349	21874	21814	21978	22227	22582	23592	23607	31
3855	3335	3232	2964	3177	3002	3098	2871	2722	3040	3002	2631	3532	32
17190	17357	17517	17122	17039	16758	16339	16109	16049	15710	15342	14760	15323	33
23194	21959	20819	20244	20088	20988	21319	20312	20695	21042	22341	25204	25719	34

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2020	2021	2022	2023
			Monatsdurchschnitt			
	Gewerbeanzeigen					
1	**Gewerbeanmeldungen insgesamt**	**Anzahl**	**873**	**919**	**901**	**955**
	darunter					
2	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	54	58	57	61
3	Baugewerbe	Anzahl	71	72	68	65
4	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	279	305	298	316
5	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	188	193	196	225
6	**Gewerbeabmeldungen insgesamt**	**Anzahl**	**893**	**901**	**921**	**963**
	darunter					
7	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	50	55	56	63
8	Baugewerbe	Anzahl	89	90	88	102
9	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	311	303	324	329
10	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	181	178	181	196
11	**Neuerrichtungen**	**Anzahl**	**706**	**754**	**737**	**780**
	darunter					
12	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	42	48	46	48
13	Baugewerbe	Anzahl	53	56	55	50
14	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	220	240	229	248
15	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	157	166	171	194
16	**Aufgaben**	**Anzahl**	**719**	**732**	**750**	**788**
	darunter					
17	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	38	44	44	49
18	Baugewerbe	Anzahl	71	72	73	85
19	Handel, Gastgewerbe	Anzahl	250	242	259	266
20	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Anzahl	147	149	152	165
	Landwirtschaft					
21	**Schlachtungen insgesamt**[1]	**Stück**	**28749**	**23493**	**23345**	**22168**
	darunter					
22	Rinder	Stück	7768	8208	7895	7206
23	Schweine	Stück	20362	14718	14906	14376
24	Schafe	Stück	545	495	479	536
	darunter					
25	Gewerbliche Schlachtungen insgesamt[1]	Stück	27837	22661	22496	21326
	darunter					
26	Rinder	Stück	7547	8004	7685	7000
27	Schweine	Stück	19820	14213	14389	13847
28	Schafe	Stück	417	391	377	448
29	**Schlachtmenge gewerblicher Schlachtungen insgesamt**	**Tonnen**	**4306**	**3893**	**3803**	**3549**
	darunter					
30	Rinder	Tonnen	2381	2514	2417	2211
31	Schweine	Tonnen	1914	1369	1377	1327
32	Schafe	Tonnen	10	9	9	11
	Legehennenhaltung und Eiererzeugung					
33	**Erzeugte Eier**	**Tausend Stück**	**41028**	**40161**	**38674**	**39338**
34	Legeleistung Eier je Henne	Stück	26,8	26,1	25,2	25,0

1) von beschauten als tauglich beurteilten Tieren

2023											2024		Lfd. Nr.
Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	
969	**1171**	**880**	**912**	**889**	**800**	**931**	**927**	**827**	**979**	**885**	**1246**	**1041**	**1**
65	66	63	50	45	52	63	61	42	78	68	73	72	2
65	86	47	60	55	53	63	60	57	68	59	79	72	3
325	381	307	311	287	257	320	304	261	313	311	414	345	4
230	256	203	212	209	194	216	233	222	223	180	312	253	5
953	**1064**	**754**	**754**	**839**	**770**	**890**	**827**	**802**	**1139**	**1440**	**1356**	**995**	**6**
56	72	62	55	45	53	45	62	46	70	103	71	61	7
96	95	75	76	102	79	85	84	78	128	174	124	98	8
334	350	254	275	264	264	314	270	283	383	512	510	351	9
189	234	155	155	166	145	176	177	179	238	266	250	195	10
793	**963**	**745**	**780**	**755**	**664**	**773**	**770**	**665**	**770**	**641**	**1000**	**891**	**11**
53	53	53	39	37	42	47	47	30	65	45	61	63	12
47	69	38	53	46	42	50	51	41	51	40	61	60	13
259	304	245	259	226	198	268	243	213	230	202	322	283	14
203	225	180	183	190	171	186	205	188	185	148	263	225	15
777	**855**	**605**	**622**	**691**	**640**	**743**	**669**	**648**	**941**	**1177**	**1121**	**807**	**16**
40	58	46	43	33	44	30	53	35	59	79	61	51	17
82	81	62	68	82	70	72	74	61	105	142	110	86	18
275	264	199	226	223	214	258	219	228	317	401	414	279	19
155	202	132	131	134	122	155	135	148	203	243	208	163	20
21164	**24658**	**19600**	**21373**	**20646**	**19762**	**21857**	**20620**	**22433**	**28134**	**23043**	**23888**	**23297**	**21**
6425	7939	5931	6880	6769	6142	7019	7027	7712	9172	7933	8149	7478	22
14172	15805	12709	14256	13489	13162	14639	13325	14339	17118	14654	15203	15056	24
537	812	869	200	364	427	168	228	321	1739	432	510	749	24
19776	23383	19022	21090	20328	19724	21727	20428	21719	26200	21518	22486	21771	25
6136	7612	5764	6790	6650	6207	6973	6979	7516	8687	7586	7838	7076	26
13157	14989	12359	14107	13324	13101	14582	13241	13979	16001	13653	14225	14003	27
463	707	812	166	348	399	155	193	196	1442	274	409	682	28
3219	**3893**	**3008**	**3516**	**3368**	**3136**	**3565**	**3444**	**3755**	**4371**	**3749**	**3897**	**3621**	**29**
1951	2445	1809	2161	2088	1880	2164	2166	2401	2778	2432	2499	2234	30
1255	1431	1181	1351	1273	1245	1397	1272	1348	1550	1310	1385	1368	31
12	15	17	4	7	11	4	4	5	41	7	12	19	32
37189	**41986**	**36317**	**36394**	**38071**	**41423**	**39793**	**36904**	**41593**	**40933**	**40657**	**40899**	**40894**	**33**
23,6	26,4	23,7	24,5	25,3	26,0	25,0	23,0	25,1	25,3	25,6	26,1	24,4	34

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2020	2021	2022	2023
			Monatsdurchschnitt			
	Produzierendes Gewerbe					
	Energie und Wasserversorgung					
1	Betriebe	Anzahl	136	137	138	138
2	Beschäftigte	Anzahl	7296	7445	7508	7662
3	Geleistete Arbeitsstunden	Tausend	942	946	940	954
4	Geleistete Stunden je Beschäftigten	Stunden	129	127	125	125
5	Entgelte je Beschäftigten	Euro	4026	4104	4157	4443
6	Stromerzeugung (brutto) in öffentlichen Kraftwerken [1)]	Millionen kWh	186	198	179	160
7	Stromerzeugung (netto) in öffentlichen Kraftwerken [1)]	Millionen kWh	177	191	171	153
	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe [2)]					
8	Betriebe	Anzahl	834	811	813	805
9	Beschäftigte	Anzahl	143796	141080	143397	144510
10	Geleistete Arbeitsstunden	Tausend	18242	18364	18566	18623
11	Entgelte	Tausend Euro	432706	444892	476289	512236
12	Umsatz	Millionen Euro	2485	2752	3160	3172
	davon					
13	Inlandsumsatz	Millionen Euro	1567	1724	1985	2019
14	Auslandsumsatz	Millionen Euro	917	1028	1175	1153
15	Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe	2015=100	96,8	114,3	115,8	103,0
	davon					
16	aus dem Inland	2015=100	87,4	101,2	105,5	94,3
17	aus dem Ausland	2015=100	115,0	139,5	135,9	119,8
18	Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	94,8	113,2	119,8	111,3
19	Investitionsgüterproduzenten	2015=100	94,1	109,0	106,2	87,2
20	Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	134,0	173,1	176,5	182,1
21	Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	125,4	132,1	129,8	134,4
22	Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	172	174	176	180
23	Geleistete Stunden je Beschäftigten	Stunden	127	130	130	129
24	Entgelte je Beschäftigten	Euro	3009	3154	3322	3545
25	Umsatz je Beschäftigten	Euro	17279	19508	22037	21952
26	Exportquote	Prozent	36,9	37,3	37,2	36,4

1) seit 2019 ohne Stromerzeugung aus Pumpspeicheranlagen mittels Pumpbetrieb (ausgespeicherte Elektrizität von Pumpspeicheranlagen)
2) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

2023											2024		Lfd. Nr.
Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	
138	138	138	138	138	138	138	138	138	138	138	140	139	1
7554	7542	7577	7611	7586	7612	7696	7746	7779	7840	7854	7853	7869	2
937	1084	851	932	1001	919	997	913	895	1051	847	1067	1018	3
124	144	112	122	132	121	130	118	115	134	108	136	129	4
3833	3852	4280	4443	4175	4224	3966	3961	4253	7064	5260	4123	4050	5
242	223	167	124	97	102	112	82	119	190	226	269	214	6
232	213	159	116	91	96	106	78	113	182	218	260	207	7
800	801	803	806	809	808	807	807	807	807	808	796	801	8
143965	144087	144129	144312	144443	144586	145276	145430	145322	145083	144380	143242	143937	9
18811	20769	17185	18576	19611	18114	19142	18120	17761	19941	15288	19541	19195	10
485826	490301	487542	512121	530609	510926	497606	485914	495998	618171	535322	522022	516465	11
3241	3769	2919	3175	3620	2964	3163	3176	2904	3283	2735	2892	2990	12
2060	2382	1893	2042	2240	1918	2049	1967	1879	2113	1664	1817	1902	13
1181	1387	1026	1134	1380	1046	1114	1208	1025	1170	1072	1075	1088	14
100,3	119,6	97,8	98,4	115,2	94,0	96,7	100,8	98,0	101,9	86,6	117,9	132,8	15
93,7	109,0	92,2	90,7	102,2	89,8	88,7	88,6	86,3	94,2	73,1	105,5	130,9	16
113,1	140,1	108,6	113,3	140,5	102,3	112,0	124,6	120,7	116,7	112,9	142,1	136,5	17
110,1	129,7	101,9	110,4	122,6	104,6	106,3	114,4	109,1	118,9	90,4	107,7	116,4	18
86,9	104,2	79,2	84,3	92,5	80,9	75,3	81,5	77,8	79,1	72,9	113,9	145,1	19
131,9	176,4	246,3	124,1	281,7	126,7	220,6	172,1	195,2	170,1	190,0	239,7	139,0	20
157,3	154,8	128,0	136,1	135,5	118,4	135,1	125,6	140,9	145,0	105,8	162,9	174,4	21
180	180	179	179	179	179	180	180	180	180	179	180	180	22
131	144	119	129	136	125	132	125	122	137	106	136	133	23
3375	3403	3383	3549	3673	3534	3425	3341	3413	4261	3708	3644	3588	24
22511	26161	20251	22004	25061	20498	21772	21835	19981	22631	18946	20188	20773	25
36,4	36,8	35,1	35,7	38,1	35,3	35,2	38,0	35,3	35,6	39,2	37,2	36,4	26

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2020	2021	2022	2023
			Monatsdurchschnitt			
	Baugewerbe insgesamt [1) 3)]					
1	Betriebe	Anzahl	518	556	556	544
2	Beschäftigte	Anzahl	23311	24107	23724	23498
3	Umsatz	Tausend Euro	880993	903939	955638	982309
	Bauhauptgewerbe [1)]					
4	Betriebe	Anzahl	296	295	292	288
5	Beschäftigte	Anzahl	14484	14499	14230	14196
6	Geleistete Arbeitsstunden	Tausend	1444	1399	1357	1303
	davon für den					
7	Wohnungsbau	Tausend	176	175	186	152
8	gewerblichen Bau	Tausend	521	507	497	490
9	öffentlicher und Straßenbau	Tausend	746	717	675	661
10	Entgelte	Tausend Euro	44385	45424	46610	47559
11	Umsatz	Tausend Euro	197652	192644	206683	208509
12	Baugewerblicher Umsatz	Tausend Euro	195886	190685	204822	206651
	davon					
13	Wohnungsbau	Tausend Euro	23178	21384	24434	20387
14	gewerblicher Bau	Tausend Euro	67825	69188	77183	76291
15	öffentlicher und Straßenbau	Tausend Euro	104883	100113	103205	109974
16	Auftragseingang	Tausend Euro	177068	182241	192325	202177
17	Auftragsbestand [3)]	Tausend Euro	1240047	1337567	1431243	1557253
18	Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	49	49	49	49
19	Entgelte je Beschäftigten	Euro	3064	3133	3276	3350
20	Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	Euro	13524	13152	14394	14557
	Ausbaugewerbe [2) 3)]					
21	Betriebe	Anzahl	223	262	264	257
22	Beschäftigte	Anzahl	8827	9608	9494	9301
23	Geleistete Arbeitsstunden	Tausend	2922	3128	2998	2905
24	Entgelte	Tausend Euro	72418	80443	84637	87621
25	Umsatz	Tausend Euro	288037	326008	335589	356781
26	Ausbaugewerblicher Umsatz	Tausend Euro	278597	317174	325714	344631
27	Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	40	37	36	36
28	Entgelte je Beschäftigten	Euro	8204	8373	8915	9420
29	Ausbaugewerblicher Umsatz je Beschäftigten	Euro	31562	33011	34307	37053

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten
2) 2018 bis 2020 Anhebung der Berichtskreisuntergrenze von 20 auf 23 und mehr tätigen Personen
3) Quartalsangaben

2023											2024		Lfd. Nr.
Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	
.	548	.	.	546	.	.	543	.	.	539	.	.	1
.	23432	.	.	23632	.	.	23653	.	.	23274	.	.	2
.	700926	.	.	979373	.	.	1083050	.	.	1165886	.	.	3
291	290	290	289	289	288	286	285	284	284	283	285	285	4
14142	14300	14350	14310	14308	14242	14246	14206	14139	14064	13911	14027	13983	5
1030	1385	1333	1454	1533	1444	1532	1406	1333	1488	846	712	1106	6
136	169	161	173	171	160	160	157	151	157	95	89	124	7
419	547	489	541	572	542	569	503	487	547	315	289	448	8
475	669	683	740	791	741	803	747	695	784	437	333	534	9
37681	43830	47135	51504	51026	50461	50650	48236	49227	58731	44288	38815	40641	10
137357	204563	190500	210453	240134	237515	232015	252748	225967	271301	207349	79798	133014	11
135864	202477	188766	208265	238154	235721	229984	250977	224016	269248	205416	78978	131539	12
15400	25885	20127	21036	23695	25214	22053	23269	17744	21974	16818	7094	15152	13
54133	72824	68730	74645	85211	80288	71616	93671	86489	107360	83093	36337	47703	14
66331	103767	99910	112585	129248	130219	136315	134037	119783	139914	105506	35547	68684	15
146830	207603	197964	184963	388993	217060	199951	199365	139851	186614	182569	143684	155565	16
.	1465544	.	.	1677411	.	.	1577870	.	.	1508188	.	.	17
49	49	49	50	50	49	50	50	50	50	49	49	49	18
2664	3065	3285	3599	3566	3543	3555	3395	3482	4176	3184	2767	2906	19
9607	14159	13154	14554	16645	16551	16144	17667	15844	19144	14766	5630	9407	20
.	257	.	.	257	.	.	257	.	.	255	.	.	21
.	9238	.	.	9309	.	.	9422	.	.	9236	.	.	22
.	2947	.	.	2908	.	.	2977	.	.	2787	.	.	23
.	83347	.	.	87901	.	.	86925	.	.	92312	.	.	24
.	266797	.	.	338286	.	.	360772	.	.	461269	.	.	25
.	256939	.	.	326347	.	.	347345	.	.	447893	.	.	26
.	36	.	.	36	.	.	37	.	.	36	.	.	27
.	9022	.	.	9443	.	.	9226	.	.	9995	.	.	28
.	27813	.	.	35057	.	.	36865	.	.	48494	.	.	29

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2020	2021	2022	2023
			Monatsdurchschnitt			
	Bautätigkeit					
1	**Gemeldete Baugenehmigungen** [1]	**Anzahl**	**421**	**439**	**380**	**272**
2	Wohngebäude	Anzahl	316	320	274	178
3	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tausend Euro	96092	91719	94156	59267
4	Wohnfläche	1000 m2	53	46	47	27
5	Nichtwohngebäude	Anzahl	105	119	105	94
6	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tausend Euro	75795	93820	70145	69191
7	Nutzfläche	1000 m2	58	69	74	55
8	Wohnungen insgesamt	Anzahl	487	391	446	249
9	Wohnräume insgesamt	Anzahl	1968	1752	1769	994
10	**Gemeldete Baugenehmigungen zur Errichtung neuer Gebäude**	**Anzahl**	**247**	**254**	**227**	**140**
11	Wohngebäude	Anzahl	176	171	155	75
12	darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	162	157	141	67
13	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tausend Euro	71393	65562	72835	39607
14	umbauter Raum	1000 m3	221	190	193	97
15	Wohnfläche	1000 m2	41	36	38	18
16	Nichtwohngebäude	Anzahl	70	83	72	65
17	veranschlagte Kosten der Bauwerke	Tausend Euro	60903	79033	53323	54653
18	umbauter Raum	1000 m3	397	496	449	415
19	Nutzfläche	1000 m2	52	64	70	51
20	Wohnungen insgesamt	Anzahl	388	317	385	190
21	Wohnräume insgesamt	Anzahl	1611	1402	1473	736
	Handel und Gastgewerbe					
	Außenhandel					
22	**Ausfuhr (Spezialhandel)**	**Tausend Euro**	**1205626**	**1416261**	**1468131**	**1555860**
	Ausfuhr nach Warengruppen					
23	Ernährungswirtschaft	Tausend Euro	81495	87919	107992	120241
24	Gewerbliche Wirtschaft	Tausend Euro	1103475	1310027	1321014	1364824
	davon					
25	Rohstoffe	Tausend Euro	9376	11597	16511	24399
26	Halbwaren	Tausend Euro	49392	63139	71914	64606
27	Fertigwaren	Tausend Euro	1044707	1235291	1232588	1275819
	Ausfuhr nach ausgewählten Ländern					
28	Vereinigte Staaten	Tausend Euro	93301	131470	153022	160852
29	Polen	Tausend Euro	59821	81786	97762	101264
30	Frankreich	Tausend Euro	78498	87978	95891	102735
31	Volksrepublik China	Tausend Euro	73689	89828	92001	104002
32	Österreich	Tausend Euro	68231	83925	90986	94563
33	Verinigtes Königreich	Tausend Euro	71570	70432	80424	85858
34	Ausfuhr in EU-Länder (EU-27)	Tausend Euro	663113	779312	799028	828424
35	**Einfuhr (Generalhandel)**	**Tausend Euro**	**933962**	**1144708**	**1522038**	**1592675**
	Einfuhr nach Warengruppen					
36	Ernährungswirtschaft	Tausend Euro	112799	119624	138363	146414
37	Gewerbliche Wirtschaft	Tausend Euro	754055	957985	1306894	1325080
	davon					
38	Rohstoffe	Tausend Euro	5745	6541	7798	7486
39	Halbwaren	Tausend Euro	37352	51955	60421	47476
40	Fertigwaren	Tausend Euro	710958	899488	1238675	1270118
	Einfuhr nach ausgewählten Ländern					
41	Volksrepublik China	Tausend Euro	134368	213009	413661	460988
42	Polen	Tausend Euro	71717	86790	105812	113519
43	Niederlande	Tausend Euro	71154	82957	94868	102562
44	Italien	Tausend Euro	63162	76717	91413	92067
45	Vereinigtes Königreich	Tausend Euro	77500	55717	80134	94933
46	Österreich	Tausend Euro	54677	68870	79535	77820
47	Einfuhr aus EU-Ländern (EU-27)	Tausend Euro	549528	659573	758871	763850

1) einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden

2023											2024		Lfd. Nr.
Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	
257	**343**	**294**	**290**	**321**	**288**	**289**	**255**	**215**	**236**	**204**	**217**	**244**	**1**
179	236	203	197	209	187	192	146	126	144	131	135	158	2
63544	69873	51648	70952	68153	92987	47732	43055	35025	38856	52455	42448	59193	3
27	29	27	34	31	35	18	23	15	18	24	17	28	4
78	107	91	93	112	101	97	109	89	92	73	82	86	5
95430	76748	30910	42474	117081	88730	73304	69800	58178	89778	33861	41707	69845	6
69	52	28	30	61	70	83	65	72	71	27	27	40	7
242	232	273	336	277	407	133	229	142	141	207	150	324	8
998	1129	1015	1163	1079	1127	643	1135	587	626	983	603	1064	9
151	**198**	**119**	**145**	**172**	**134**	**127**	**145**	**107**	**120**	**103**	**109**	**130**	**10**
93	128	67	84	98	58	63	63	44	60	50	48	70	11
85	119	65	71	89	50	53	58	37	56	37	44	57	12
36283	51347	27795	49198	46019	64147	26000	32559	23668	23435	37363	19993	46575	13
87	119	70	127	127	120	61	94	54	61	100	54	100	14
16	23	14	24	23	22	11	17	11	12	18	11	20	15
58	70	52	61	74	76	64	82	63	60	53	61	60	16
73835	68895	17678	26145	92260	73742	55364	59160	39644	81189	24215	30360	54147	17
695	360	167	142	360	547	717	411	721	535	164	186	255	18
68	50	25	23	52	66	80	57	68	68	24	25	36	19
139	218	156	289	212	261	113	201	100	134	159	116	208	20
635	959	545	935	845	728	458	945	428	475	721	393	770	21
1579477	**1679361**	**1395713**	**1567931**	**1712836**	**1543390**	**1569768**	**1532312**	**1553261**	**1699071**	**1302993**	**1541881**	**1678160**	**22**
112373	111468	111016	132684	119603	113669	130809	124836	133732	124866	108092	110479	115379	23
1397179	1503586	1215718	1363118	1528419	1348358	1377074	1343121	1348853	1500447	1120549	1308470	1428582	24
30592	26386	17148	15500	19347	19057	23585	27087	31787	34406	23583	22989	20497	25
79037	77470	54250	63659	69295	66070	53830	69956	58460	63946	57131	61402	69567	26
1287550	1399729	1144320	1283958	1439778	1263230	1299659	1246079	1258606	1402094	1039835	1224079	1338518	27
147633	166909	121914	144178	170045	166073	160652	159021	187600	197580	155147	166074	210660	28
112859	106936	100312	102893	100631	94997	103814	96214	105315	105729	92315	110192	125804,813	29
113490	105996	97440	105262	118157	111705	92341	96028	93902	104801	80740	106065	106048	30
90791	123316	73308	78989	113320	119080	141208	98582	104992	121544	82416	98671	88437	31
102429	102867	94074	97798	105359	90904	88080	87989	96957	92351	76498	87579	96168	32
84209	91041	65146	88773	94547	96810	89499	93277	78675	98843	72634	99909	93268	33
897067	894231	810047	850551	901385	785629	809700	815180	809013	863122	664001	856578	888678	34
1598041	**1850933**	**1735696**	**1687472**	**1744635**	**1376667**	**1506909**	**1520256**	**1488225**	**1728644**	**1270804**	**1496687**	**1543845**	**35**
148720	172517	134586	172254	150749	145257	152925	71924	171410	166187	126606	154303	143584	36
1342212	1565173	1502670	1383607	1479573	1111038	1237555	1320676	1191349	1419422	1003459	1194327	1230907	37
7772	7691	6988	7626	8408	6277	8312	7432	6673	8776	6290	8198	8418	38
50374	49167	53938	54056	49410	45665	39040	49346	49398	42828	36245	43813	46933	39
1284065	1508315	1441743	1321925	1421755	1059097	1190203	1263898	1135278	1367817	960924	1142316	1175556	40
451440	603273	608708	522514	537498	310025	418474	448673	393560	448080	270738	377133	412678	41
116962	128055	112183	109317	117913	106121	118803	107978	113630	137648	93796	111299	106120	42
112901	116335	98748	115746	112629	99611	104074	75946	96404	103942	87064	110202	102124	43
92684	113891	82223	95965	98118	93560	85079	71056	105949	99817	81314	83593	94806,591	44
86705	95119	98928	84218	103673	79132	94238	108023	61615	140383	104837	94841	108443	45
78020	87229	74271	79581	84576	75532	71184	77295	84797	87445	62218	74320	77403	46
805631	867859	741891	804572	806133	730276	723329	690496	776225	835050	638704	761569	753008	47

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2020	2021	2022	2023
			Monatsdurchschnitt			
	Einzelhandel [1]					
1	**Beschäftigte**	**2015=100**	**105,6**	**106,0**	**107,3**	**108,3**
	darunter					
2	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	2015=100	114,8	117,4	118,3	121,0
3	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	2015=100	95,7	94,9	94,0	95,0
4	Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	2015=100	88,6	90,9	93,7	99,7
5	Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	2015=100	98,4	97,5	95,4	93,2
6	**Umsatz** [2]	**2015=100**	**111,1**	**108,4**	**107,8**	**104,5**
	darunter					
7	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	2015=100	115,2	115,1	110,2	107,6
8	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	2015=100	100,2	97,9	91,1	88,4
9	Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	2015=100	100,0	98,4	95,0	91,4
10	Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	2015=100	103,3	84,2	88,6	76,2
	Gastgewerbe					
11	**Beschäftigte**	**2015=100**	**84,2**	**78,1**	**83,2**	**89,2**
	davon					
12	Beherbergung	2015=100	93,2	86,3	90,7	106,3
13	Gastronomie	2015=100	80,3	74,6	79,9	82,4
14	**Umsatz** [2]	**2015=100**	**68,5**	**69,2**	**85,8**	**88,1**
	davon					
15	Beherbergung	2015=100	75,6	73,3	101,0	116,4
16	Gastronomie	2015=100	64,4	66,5	79,6	76,3
	Fremdenverkehr (einschl. Campingplätze)					
17	**Gästeankünfte**	**Anzahl**	**194865**	**188028**	**284030**	**316215**
18	darunter von Auslandsgästen	Anzahl	8047	8513	15978	19331
19	**Gästeübernachtungen**	**Anzahl**	**558015**	**551588**	**757256**	**824216**
20	darunter von Auslandsgästen	Anzahl	20770	24633	38984	46035
	Verkehr					
	Kraftfahrzeuge					
21	**Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge** [3]	**Anzahl**	**6091**	**5308**	**5406**	**5375**
	darunter					
22	Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	4715	3984	3967	3951
23	Lastkraftwagen	Anzahl	658	618	594	584
24	Krafträder einschl. Kraftroller	Anzahl	393	349	516	514
	Straßenverkehrsunfälle					
25	**Unfälle insgesamt**	**Anzahl**	**3993**	**3976**	**4110**	**4206**
	davon					
26	mit Personenschaden	Anzahl	430	417	464	466
27	mit nur Sachschaden	Anzahl	3563	3559	3646	3741
28	Getötete Personen	Anzahl	7	7	7	8
29	Verletzte Personen	Anzahl	542	525	591	594

1) ohne Handel mit Kfz
2) Preisbasis 2015
3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt

2023											2024		Lfd. Nr.
Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	
108,3	**108,1**	**108,2**	**108,1**	**108,1**	**108,1**	**108,2**	**108,4**	**108,6**	**108,8**	**108,8**	**...**	**...**	**1**
121,1	120,8	120,7	120,2	120,4	120,6	120,9	121,0	121,2	121,7	122,3	...	...	2
95,2	95,2	96,1	96,8	96,9	94,7	95,0	94,7	94,5	93,9	92,8	...	...	3
95,6	96,6	97,4	97,6	98,3	100,5	101,8	101,4	102,0	104,0	105,0	...	...	4
93,2	93,5	93,7	94,8	93,7	93,4	93,0	92,9	93,0	91,9	91,1	...	...	5
93,7	**109,5**	**100,4**	**108,3**	**108,0**	**103,2**	**104,6**	**102,2**	**101,8**	**111,7**	**113,8**	**...**	**...**	**6**
97,0	112,0	104,0	109,8	110,3	105,2	107,7	104,8	104,1	114,5	122,5	...	...	7
77,7	88,0	89,7	98,1	97,8	92,5	90,2	87,6	83,2	83,9	92,9	...	...	8
82,5	89,7	87,0	94,8	96,3	93,4	95,3	94,4	94,0	94,2	91,8	...	...	9
69,8	85,5	80,3	87,4	78,9	75,6	75,6	73,0	74,3	78,5	69,4	...	...	10
84,3	**85,7**	**87,9**	**90,1**	**91,8**	**92,8**	**91,8**	**91,5**	**91,0**	**89,7**	**89,3**	**...**	**...**	**11**
100,2	102,1	104,8	105,9	107,9	110,1	110,3	109,4	109,0	108,0	107,7	...	...	12
77,9	79,1	81,1	83,7	85,3	85,9	84,5	84,4	83,9	82,5	82,1	...	...	13
74,9	**83,9**	**87,3**	**95,6**	**95,3**	**92,9**	**92,2**	**100,5**	**93,7**	**83,4**	**87,1**	**...**	**...**	**14**
91,1	103,0	115,1	131,1	127,7	121,0	127,3	139,4	133,7	112,5	119,5	...	...	15
68,2	76,0	75,7	80,7	81,8	81,3	77,5	84,1	76,8	71,2	73,6	...	...	16
214710	**259003**	**306020**	**394190**	**392604**	**370586**	**409145**	**396726**	**344047**	**268536**	**257240**	**195223**	**215841**	**17**
12517	13054	15957	21880	24459	33053	28461	24378	18507	15609	13307	12275	12555	18
612737	**662692**	**806239**	**987570**	**958312**	**1029172**	**1129808**	**969510**	**916452**	**666442**	**646949**	**525829**	**597436**	**19**
36306	32902	38154	51025	58053	72186	66685	56145	44986	37169	32499	30853	31064	20
5149	**7360**	**4780**	**5635**	**6548**	**5131**	**5920**	**4834**	**4413**	**5317**	**5137**	**4197**	**4890**	**21**
3566	4869	3280	3956	4817	3781	4463	3720	3384	4135	4140	3223	3513	22
484	775	468	642	658	453	643	494	510	708	651	608	715	23
792	1339	693	698	646	549	443	368	246	170	77	113	342	24
3539	**4018**	**3915**	**4461**	**4506**	**4150**	**4355**	**4404**	**4291**	**4800**	**4162**	**4015**	**3372**	**25**
322	354	367	527	615	546	552	601	516	455	390	379	297	26
3217	3664	3548	3934	3891	3604	3803	3803	3775	4345	3772	3636	3075	27
5	6	12	13	8	6	11	7	9	7	5	7	4	28
414	488	470	652	766	721	685	769	639	558	522	487	377	29

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2020	2021	2022	2023
			Monatsdurchschnitt			
	Preise					
	Preisindex für die Lebenshaltung					
1	**Verbraucherpreisindex**	**2020=100**	**100,0**	**103,2**	**110,9**	**117,8**
	davon					
2	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	2020=100	100,0	103,6	117,6	133,3
3	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	2020=100	100,0	104,5	108,5	118,1
4	Bekleidung und Schuhe	2020=100	100,0	101,1	102,4	105,8
5	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und Brennstoffe	2020=100	100,0	101,6	108,6	113,4
6	Möbel, Leuchten, Geräte und anderes Haushaltszubehör	2020=100	100,0	102,4	112,5	119,5
7	Gesundheit	2020=100	100,0	101,0	102,4	105,7
8	Verkehr	2020=100	100,0	107,7	119,8	123,6
9	Post und Telekommunikation	2020=100	100,0	99,4	99,4	99,7
10	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	2020=100	100,0	102,8	108,8	115,4
11	Bildungswesen	2020=100	100,0	100,7	99,6	103,9
12	Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen	2020=100	100,0	102,6	110,2	120,3
13	Andere Waren und Dienstleistungen	2020=100	100,0	104,7	111,2	120,0
	Jahresteuerungsrate Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat					
14	**Verbraucherpreisindex**	**Prozent**	**1,2**	**3,2**	**7,5**	**6,2**
	davon					
15	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	Prozent	2,5	3,6	13,5	13,4
16	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	Prozent	1,9	4,5	3,8	8,8
17	Bekleidung und Schuhe	Prozent	−1,0	1,1	1,3	3,3
18	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und Brennstoffe	Prozent	3,0	1,6	6,9	4,4
19	Möbel, Leuchten, Geräte und anderes Haushaltszubehör	Prozent	0,4	2,4	9,9	6,2
20	Gesundheit	Prozent	1,1	1,0	1,4	3,2
21	Verkehr	Prozent	−2,0	7,7	11,2	3,2
22	Post und Telekommunikation	Prozent	−2,2	−0,6	0,0	0,3
23	Freizeit, Unterhaltung, Kultur	Prozent	−0,1	2,8	5,8	6,1
24	Bildungswesen	Prozent	0,9	0,7	−1,1	4,3
25	Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen	Prozent	2,5	2,6	7,4	9,2
26	Andere Waren und Dienstleistungen	Prozent	3,6	4,7	6,2	7,9
	Preisindex für Bauleistungen					
31	**Preisindex für Wohngebäude (Brutto)**	**2015=100**	**118,0**	**131,6**	**160,9**	**178,9**

2023											2024		Lfd. Nr.
Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	
116,2	**117,2**	**117,8**	**117,5**	**117,7**	**118,2**	**118,6**	**118,8**	**118,9**	**118,4**	**118,6**	**118,5**	**119,1**	**1**
133,3	135,4	134,5	133,2	133,0	133,2	132,6	133,0	133,6	134,0	134,2	134,5	134,3	2
114,7	115,8	116,9	117,6	118,2	119,3	119,7	120,2	120,5	120,4	120,3	121,4	122,0	3
101,4	106,3	107,4	107,4	106,1	102,8	103,8	106,7	108,5	108,7	108,9	105,0	106,7	4
113,0	113,5	113,4	113,2	113,4	113,4	113,5	113,7	113,6	113,4	113,6	114,3	114,6	5
118,0	118,9	119,3	119,0	119,4	119,5	120,4	120,4	120,4	120,7	120,5	120,6	120,7	6
105,1	105,2	105,5	105,4	105,7	106,0	105,9	106,0	106,2	106,1	106,1	106,8	108,0	7
122,0	122,6	124,6	122,1	122,4	123,8	125,6	125,7	125,8	123,5	124,0	122,1	122,8	8
99,2	98,9	99,0	99,8	99,8	99,9	100,0	100,0	100,1	99,9	100,2	100,0	100,0	9
112,5	114,1	114,3	115,3	116,3	118,3	118,7	117,3	116,9	114,7	115,5	113,2	114,9	10
103,9	104,0	104,4	104,4	104,4	104,4	102,6	103,8	104,0	104,0	104,0	106,9	107,3	11
117,8	118,4	119,6	120,2	120,6	121,3	120,9	121,5	121,9	121,9	122,3	124,5	125,8	12
116,5	116,7	119,1	119,5	120,1	121,5	122,0	122,1	122,4	122,2	122,1	123,2	123,4	13
8,5	**7,7**	**7,4**	**6,2**	**6,6**	**6,4**	**6,5**	**4,9**	**4,0**	**3,6**	**4,4**	**2,7**	**2,5**	**14**
23,1	23,4	18,5	15,7	14,7	12,4	9,8	8,0	6,7	5,7	5,8	3,8	0,8	15
8,3	8,6	8,6	8,7	8,5	9,4	9,7	10,0	9,3	8,9	8,0	6,6	6,4	16
3,0	5,0	4,8	4,1	4,3	2,5	3,0	2,4	3,4	2,7	3,7	3,3	5,2	17
5,8	5,0	4,8	4,3	4,3	4,6	4,4	3,9	2,3	2,5	5,2	1,2	1,4	18
9,0	9,0	8,2	6,3	6,1	4,9	5,6	5,0	4,3	4,3	3,3	2,7	2,3	19
3,1	3,0	3,3	3,0	3,4	3,5	3,3	3,3	3,1	3,0	2,8	1,5	2,8	20
6,8	1,3	3,6	−0,1	4,1	5,4	8,1	0,4	0,7	−0,2	2,1	0,6	0,7	21
−0,6	−0,9	−0,6	0,3	0,3	0,3	1,0	1,3	0,9	0,8	0,9	0,7	0,8	22
7,6	8,4	7,6	7,8	6,4	6,3	6,5	5,5	5,1	3,3	2,1	2,2	2,1	23
4,6	4,7	4,9	4,9	5,6	5,5	3,7	4,3	3,9	3,9	3,9	3,5	3,3	24
11,7	11,9	11,5	10,3	10,1	9,0	7,5	8,0	6,9	6,7	6,2	6,1	6,8	25
7,5	7,5	8,7	8,4	8,8	8,8	8,8	8,4	7,3	7,0	6,8	6,1	5,9	26
176,9	**.**	**.**	**178,7**	**.**	**.**	**179,6**	**.**	**.**	**180,5**	**.**	**.**	**183,2**	**31**

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2020	2021	2022	2023
			Jahresangaben			
	Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände [1)]					
	Ausgaben					
1	**Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)**	**Millionen Euro**	**6061**	**6316**	**6783**	**7383**
2	**je Einwohner**	**Euro**	**2852**	**2990**	**3196**	**3476**
	darunter					
3	Personalausgaben	Millionen Euro	1679	1741	1853	1981
4	je Einwohner	Euro	790	824	873	932
5	Laufender Sachaufwand	Millionen Euro	1047	1082	1216	1311
6	je Einwohner	Euro	493	512	573	617
7	Laufende Zuweisungen u. Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	Millionen Euro	3117	3244	3492	3840
8	je Einwohner	Euro	1467	1536	1645	1808
9	Sachinvestitionen	Millionen Euro	890	924	908	939
10	je Einwohner	Euro	419	437	428	442
	davon					
11	Baumaßnahmen	Millionen Euro	728	734	746	787
12	je Einwohner	Euro	342	347	351	370
13	Erwerb von unbeweglichen und beweglichen Sachen	Millionen Euro	163	190	162	152
14	je Einwohner	Euro	77	90	76	72
	Einnahmen					
15	**Gesamteinnahmen (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)**	**Millionen Euro**	**6361**	**6680**	**6975**	**7679**
16	**je Einwohner**	**Euro**	**2993**	**3162**	**3287**	**3615**
	darunter					
17	Steuern (netto) und steuerähnliche Einnahmen	Millionen Euro	1738	1931	2088	2238
18	je Einwohner	Euro	818	914	984	1053
	darunter					
19	Grundsteuer A und B	Millionen Euro	250	252	255	254
20	je Einwohner	Euro	118	120	120	120
21	Gewerbesteuer (netto)	Millionen Euro	636	824	948	1036
22	je Einwohner	Euro	299	390	447	488
23	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	Millionen Euro	636	648	683	751
24	je Einwohner	Euro	299	307	322	354
25	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	Millionen Euro	195	189	179	172
26	je Einwohner	Euro	92	90	85	81
27	Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	Millionen Euro	641	658	748	799
28	je Einwohner	Euro	302	311	352	376
29	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse [2)]	Millionen Euro	4052	4134	4306	4766
30	je Einwohner [2)]	Euro	1906	1957	2029	2244
31	Zuweisung und Zuschüsse für Investitionen	Millionen Euro	608	650	596	686
32	je Einwohner	Euro	286	308	281	323
33	**Finanzierungsaldo**	**Millionen Euro**	**300**	**363**	**193**	**296**
34	**je Einwohner**	**Euro**	**141**	**172**	**91**	**139**
35	**Schuldenstand am Ende des Berichtszeitraums [3)]**	**Millionen Euro**	**1377**	**1285**	**1211**	**1122**
36	**je Einwohner [3)]**	**Euro**	**648**	**608**	**571**	**528**

1) Angaben kumulativ
2) einschließlich Ersätze zum Familienleistungsausgleich
3) einschließlich rückzahlungspflichtiger Altschulden; ohne Kassenkredit

2023											2024		Lfd. Nr.
Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	
.	**1653**	.	.	**3388**	.	.	**5202**	.	.	**7383**	.	.	**1**
.	**779**	.	.	**1597**	.	.	**2451**	.	.	**3476**	.	.	**2**
.	435	.	.	904	.	.	1389	.	.	1981	.	.	3
.	205	.	.	426	.	.	655	.	.	932	.	.	4
.	307	.	.	618	.	.	923	.	.	1311	.	.	5
.	145	.	.	291	.	.	435	.	.	617	.	.	6
.	917	.	.	1865	.	.	2820	.	.	3840	.	.	7
.	432	.	.	879	.	.	1329	.	.	1808	.	.	8
.	153	.	.	355	.	.	598	.	.	939	.	.	9
.	72	.	.	167	.	.	282	.	.	442	.	.	10
.	122	.	.	295	.	.	505	.	.	787	.	.	11
.	57	.	.	139	.	.	238	.	.	370	.	.	12
.	31	.	.	60	.	.	94	.	.	152	.	.	13
.	15	.	.	28	.	.	44	.	.	72	.	.	14
.	**1535**	.	.	**3399**	.	.	**5292**	.	.	**7679**	.	.	**15**
.	**723**	.	.	**1601**	.	.	**2493**	.	.	**3615**	.	.	**16**
.	355	.	.	947	.	.	1477	.	.	2238	.	.	17
.	167	.	.	446	.	.	696	.	.	1053	.	.	18
.	60	.	.	130	.	.	200	.	.	254	.	.	19
.	28	.	.	61	.	.	94	.	.	120	.	.	20
.	256	.	.	530	.	.	788	.	.	1036	.	.	21
.	121	.	.	250	.	.	371	.	.	488	.	.	22
.	32	.	.	230	.	.	385	.	.	751	.	.	23
.	15	.	.	108	.	.	181	.	.	354	.	.	24
.	1	.	.	44	.	.	85	.	.	172	.	.	25
.	1	.	.	21	.	.	40	.	.	81	.	.	26
.	191	.	.	384	.	.	592	.	.	799	.	.	27
.	90	.	.	181	.	.	279	.	.	376	.	.	28
.	1038	.	.	2235	.	.	3462	.	.	4766	.	.	29
.	489	.	.	1053	.	.	1631	.	.	2244	.	.	30
.	133	.	.	218	.	.	357	.	.	686	.	.	31
.	63	.	.	103	.	.	168	.	.	323	.	.	32
.	**−118**	.	.	**10**	.	.	**90**	.	.	**296**	.	.	**33**
.	**−56**	.	.	**5**	.	.	**42**	.	.	**139**	.	.	**34**
.	**1182**	.	.	**1152**	.	.	**1132**	.	.	**1122**	.	.	**35**
.	**557**	.	.	**543**	.	.	**533**	.	.	**528**	.	.	**36**

ZAHLENSPIEGEL

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	2020	2021	2022	2023
			Jahresangaben			
	Geld und Kredit [1]					
	Kredite und Einlagen [2]					
1	**Kredite an Nichtbanken**	**Millionen Euro**	**38082**	**38932**	**40197**	**60043**
	davon					
2	kurzfristige Kredite	Millionen Euro	1272	1246	1481	1780
3	mittelfristige Kredite	Millionen Euro	2141	2157	2360	2579
4	langfristige Kredite	Millionen Euro	34669	35529	36356	55684
5	darunter an inländische Nichtbanken	Millionen Euro	37375	38319	39382	59243
	davon					
6	Unternehmen	Millionen Euro	15745	16234	16920	27880
7	wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	Millionen Euro	4902	4932	4944	4724
8	wirtschaftlich nichtselbständige Privatpersonen	Millionen Euro	12888	13450	14059	14231
9	öffentliche Haushalte	Millionen Euro	3840	3703	3459	12408
10	**Einlagen von Nichtbanken**	**Millionen Euro**	**46926**	**48423**	**49814**	**54318**
	davon					
11	Sichteinlagen	Millionen Euro	31442	33532	35163	37823
12	Termineinlagen	Millionen Euro	1787	1480	1995	4064
13	Sparbriefe	Millionen Euro	793	722	709	1651
14	Spareinlagen	Millionen Euro	12904	12689	11947	10780
15	darunter von inländischen Nichtbanken	Millionen Euro	46757	48216	49639	54152
	davon					
16	Unternehmen	Millionen Euro	8544	8586	9166	10994
17	wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	Millionen Euro	4090	4330	4348	4335
18	wirtschaftlich nichtselbständige Privatpersonen	Millionen Euro	31875	32779	33512	34102
19	öffentliche Haushalte	Millionen Euro	2248	2521	2613	4721
	Sparverkehr [3]					
20	Gutschriften auf Sparkonten	Millionen Euro	696	599	528	841
21	Zinsgutschriften	Millionen Euro	18	15	15	28
22	Lastschriften auf Sparkonten	Millionen Euro	823	697	737	1057
23	Bestand an Spareinlagen von Nichtbanken	Millionen Euro	12904	12689	11947	10780
	darunter bei					
24	Großbanken	Millionen Euro	2053	2101	1985	1960
25	Sparkassen	Millionen Euro	8281	8011	7503	6717
26	Kreditgenossenschaften	Millionen Euro	2461	2466	2365	2032
	Insolvenzen					
27	**Insolvenzen**	**Anzahl**	**1622**	**2470**	**2218**	**2273**
	davon					
28	Unternehmen einschließlich Kleingewerbe	Anzahl	219	206	233	252
	darunter					
29	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	30	21	33	30
30	Baugewerbe	Anzahl	39	35	47	41
31	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Anzahl	27	27	28	37
32	Gastgewerbe	Anzahl	24	16	15	22
33	übrige Schuldner	Anzahl	1403	2264	1985	2021
	darunter					
34	natürliche Personen als Gesellschafter u. Ä.	Anzahl	4	6	8	5
35	ehemals selbständig Tätige mit Regelinsolvenzverfahren	Anzahl	262	319	285	322
36	Verbraucher	Anzahl	985	1701	1450	1476
37	eröffnete Verfahren	Anzahl	1421	2323	2057	2102
38	mangels Masse abwiesene Verfahren	Anzahl	166	123	137	150
39	Schuldenbereinigungsplan angenommen	Anzahl	35	24	24	21
40	Voraussichtliche Forderungen	Tausend Euro	378953	337563	330279	497092
41	Beschäftigte	Anzahl	2658	1494	1909	2268

1) Quelle: Deutsche Bundesbank, Hauptverwaltung Leipzig
2) am Jahres- bzw. Monatsende
3) Umsätze im Vierteljahr; Bestand am Jahres- bzw. Monatsende

2023											2024		Lfd. Nr.
Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	
.	**39726**	.	.	**40154**	.	.	**40083**	.	.	**60043**	.	.	**1**
.	1560	.	.	1683	.	.	1701	.	.	1780	.	.	2
.	2297	.	.	2377	.	.	2448	.	.	2579	.	.	3
.	35869	.	.	36094	.	.	35934	.	.	55684	.	.	4
.	38930	.	.	39396	.	.	39295	.	.	59243	.	.	5
.	16868	.	.	17328	.	.	17248	.	.	27880	.	.	6
.	4617	.	.	4642	.	.	4611	.	.	4724	.	.	7
.	14023	.	.	14078	.	.	14093	.	.	14231	.	.	8
.	3422	.	.	3348	.	.	3343	.	.	12408	.	.	9
.	**49140**	.	.	**49110**	.	.	**48813**	.	.	**54318**	.	.	**10**
.	34262	.	.	33933	.	.	33475	.	.	37823	.	.	11
.	2553	.	.	3138	.	.	3532	.	.	4064	.	.	12
.	707	.	.	747	.	.	837	.	.	1651	.	.	13
.	11618	.	.	11292	.	.	10968	.	.	10780	.	.	14
.	48991	.	.	48967	.	.	48634	.	.	54152	.	.	15
.	8788	.	.	8866	.	.	8633	.	.	10994	.	.	16
.	4324	.	.	4272	.	.	4292	.	.	4335	.	.	17
.	33438	.	.	33400	.	.	33305	.	.	34102	.	.	18
.	2441	.	.	2429	.	.	2404	.	.	4721	.	.	19
.	630	.	.	635	.	.	690	.	.	841	.	.	20
.	10	.	.	6	.	.	5	.	.	28	.	.	21
.	967	.	.	967	.	.	1019	.	.	1057	.	.	22
.	11618	.	.	11292	.	.	10968	.	.	10780	.	.	23
.	1879	.	.	1868	.	.	1908	.	.	1960	.	.	24
.	7341	.	.	7119	.	.	6867	.	.	6717	.	.	25
.	2314	.	.	2228	.	.	2121	.	.	2032	.	.	26
182	**209**	**175**	**195**	**211**	**134**	**216**	**187**	**179**	**198**	**195**	**196**	**141**	**27**
33	17	20	27	19	21	18	21	26	14	25	24	29	28
2	3	1	3	1	2	5	-	7	2	3	3	3	29
4	2	5	5	5	3	1	3	3	3	4	7	8	30
5	2	2	4	-	4	4	4	6	1	3	2	5	31
7	1	2	3	2	2	-	1	2	1	-	1	-	32
149	192	155	168	192	113	198	166	153	184	170	172	112	33
-	1	-	-	1	-	-	1	-	-	1	1	1	34
25	26	25	21	26	26	32	32	16	29	37	37	18	35
109	142	106	130	146	76	151	112	116	136	116	113	83	36
166	197	160	181	198	118	203	175	171	184	167	175	127	37
13	12	15	14	10	13	12	11	6	11	25	20	12	38
3	-	-	-	3	3	1	1	2	3	3	1	2	39
21592	186467	13762	64767	17912	21764	18575	25694	60247	24158	27564	18155	20850	40
99	418	96	382	103	185	43	165	513	39	178	143	176	41

Veröffentlichungen im April 2024

Titel	Periodizität	Bestell-nummer	Preis in Euro
Bauhauptgewerbe Januar 2023 – Januar 2024	m	05 201	3,75
Baugenehmigungen Februar 2024	m	06 207	5,00
Straßenverkehrsunfälle Januar 2024 – vorläufige Ergebnisse	m	08 102	6,25
Straßenverkehrsunfälle Februar 2024 – Vorläufige Ergebnisse	m	08 102	6,25
Verbraucherpreisindex März 2024	m	12 101	6,25
Statistisches Monatsheft Februar 2024	m	40 301	5,00
Statistisches Monatsheft März 2024	m	40 301	5,00
Energiewirtschaft 4. Vierteljahr 2023	vj	05 401	5,00
Gemeindefinanzen 1.1. – 31.12.2023	vj	11 203	6,25
Preisindizes für Bauwerke Februar 2024	vj	12 105	3,75
Erwerbstätige 2013 – 2023 – Ergebnisse der Fortschreibung 2023, Jahresdurchschnittsberechnung -	j	01 602	8,75
Pendlerverhalten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am 30.6.2023	j	01 610	13,75
Viehbestand und tierische Erzeugung 2023	j	03 308	3,75
Hebesätze in Thüringen 2023	j	11 202	5,00
Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände 2022	j	11 204	11,25
Schulden des Landes und der kommunalen Körperschaften am 31.12.2022	j	11 301	7,50
Personal des öffentlichen Dienstes am 30.6.2022	j	11 302	5,00
Bruttoanlageinvestitionen 2011 – 2021	j	15 110	6,25
Thüringer Kreise im Vergleich, Ausgabe 2023	j	40 407	12,50
Faltblatt Thüringer Kreise im Vergleich 2023	j	80 128	0,00
Steuerpflichtige und steuerbarer Umsatz 2022	j	11 401	0,00
Steuerpflichtige und steuerbarer Umsatz 2022 nach Kreisen und Gemeinden	j	11 402	0,00
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.9.2023	3j	01 605	6,25
Agrarstrukturerhebung 2023: Struktur der Viehhaltung	3j	03 407	5,00
Agrarstrukturerhebung 2023 – Betriebswirtschaftliche Ausrichtung der landwirtschaftlichen Betriebe	3j	03 408	3,75
Agrarstrukturerhebung 2023 – Rechtsformen und sozialökonomische Betriebstypen	3j	03 409	3,75
Agrarstrukturerhebung 2023 – Besitzverhältnisse und Pachtentgelte der landwirtschaftlichen Betriebe	3j	03 410	3,75
Agrarstrukturerhebung 2023 - Personal- und Arbeitsverhältnisse in den landwirtschaftlichen Betrieben	3j	03 411	5,00
Agrarstrukturerhebung 2023: Ökologischer Landbau	3j	03 415	3,75

Abkürzungen: m - monatlich; vj - vierteljährlich; j - jährlich; 3j - dreijährlich

Die oben genannten Preise gelten für die gedruckten Statistischen Veröffentlichungen. Die Veröffentlichungen im PDF- und Excel-Format stehen - bis auf wenige Ausnahmen - zum kostenlosen Download im Internet zur Verfügung.

Link zum Webshop

www.statistik.thueringen.de

Herausgeber:

Thüringer Landesamt für Statistik
Europaplatz 3, 99091 Erfurt
Postfach 90 01 63, 99104 Erfurt